



PROGRESSIVE
ALLIANZ

Unsere Zukunft gestalten

Für eine globale soziale und ökologische Transformation

BERICHT AN DIE
PROGRESSIVE ALLIANZ
VON

Luiz Dulci
Sigmar Gabriel
Risa Hontiveros
Pascal Lamy
Benjamin Mkapa
Sergei Stanishev

*Mit einem Vorwort von
Martin Schulz*



PROGRESSIVE
ALLIANZ

Jochen Steinhilber
Konstantin Woinoff

Unsere Zukunft gestalten

Für eine globale soziale und ökologische Transformation



Unsere Zukunft gestalten

Für eine globale soziale und ökologische Transformation

BERICHT AN DIE
PROGRESSIVE ALLIANZ
VON
Luiz Dulci
Sigmar Gabriel
Risa Hontiveros
Pascal Lamy
Benjamin Mkapa
Sergei Stanishev

*Mit einem Vorwort von
Martin Schulz*



Mit freundlicher Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)

Diese Veröffentlichung wurde durch die Unterstützung des Europäischen Parlamentes ermöglicht. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser. Das Europäische Parlament haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Verfasser: Jochen Steinhilber
Koordination: Konstantin Woinoff

Impressum

© **Copyright:** 2017 Progressive Allianz
Erstauflage

Herausgeber: Progressive Allianz
www.progressive-alliance.info

Gestaltung: Tibor Bogun, Berlin
www.tibor-bogun.de

Übersetzung: Stefan Gabriel, Potsdam
www.translant.de

Korrektorat: Klaus Sticker, Bonn
www.uebersetzungen-sticker.de
Lektorat Unker, Osnabrück
www.lektorat-unker.de

Alle Fotos: © Maurice Weiss/Ostkreuz
www.ostkreuz.de/fotografen/maurice-weiss

Herstellung: Druckteam Berlin
Gustav-Holzmann-Straße 6, 10317 Berlin
<http://www.druckteam-berlin.de>

Printed in Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Zusammenfassung	10
Vorwort <i>Von Martin Schulz</i>	16
1 Neue Hoffnung kurz vor Ladenschluss ...?	20
1.1 Ein neuer politischer Humanismus	23
1.2 Kooperativ und international	24
1.3 Realistisch-visionäre Antworten	25
2 Die Erschöpfung	30
2.1 Schneller, höher, weiter – wohin steuert die globale Ökonomie?	30
2.2 The rich and the rest: Die soziale Frage	36
2.3 SOS-Signale: Die ökologische Herausforderung	41
2.4 Krise der Demokratie	44
3 Apocalypse not! Eine Politik der Transformation	52
3.1 Zähmung und Erosion	54
3.2 Sachzwang Wirtschaftswachstum?	56
4 Wer soll es richten?	64
4.1 Der Mensch im Mittelpunkt: Freie Radikale	65
4.2 Die Parteien: Wir können auch anders ...!	69
4.3 Die Gefährten Die Gewerkschaften: Zur Sonne, zur Freiheit ... Soziale Bewegungen: „Teilchenbeschleuniger“	75 75 77
4.4 Staatsfragen	80
4.5 Maschinen	85

5 Hotspots	90
5.1 Öl von gestern – für eine gerechte globale Energietransformation	93
5.2 Money, money ...	98
5.3 Globalisation must work! – Gute Arbeit weltweit durchsetzen	105
5.4 Riskante Zeiten? Frieden ist unteilbar	112
5.5 Städte regieren	120
5.6 Badlands – für eine globale Agrarwende	125
6 Ausblick	132
Biografien	138
Luiz Dulci	138
Sigmar Gabriel	139
Risa Hontiveros	139
Pascal Lamy	140
Benjamin Mkapa	140
Martin Schulz	141
Sergei Stanishev	141
Jochen Steinhilber	142
Konstantin Woinoff	142

Zusammenfassung

Was müssen wir schultern?

Vielen unserer Gesellschaften ist der Glaube an eine bessere Zukunft abhanden gekommen. Wirtschaftliche Krisen, ökologische Schief lagen, ungelöste soziale Fragen, die Bereicherung Weniger auf Kosten vieler und die Wiederkehr von Krieg und Nationalismus als politische Mittel sind erdrückende Hypotheken für Menschen und Gemeinwesen. Immer mehr Menschen fühlen sich vom sozialen Fortschritt ausgeschlossen, mehr noch: mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und Biografien oft von den Institutionen und ihren Verantwortlichen nicht mehr repräsentiert. Kulturelle und soziale Beziehungen, die früher Halt und Orientierung versprachen, lösen sich auf. Auch spüren die Menschen, dass die alten Rezepte – mehr Markt, mehr Profitorientierung, mehr Eigennutz – nicht mehr verfangen, dass hinter die lange Phase des Neoliberalismus ein Schlusspunkt gesetzt werden muss: So kann es nicht weitergehen. Das Verlangen nach Orientierung und der Wunsch nach Veränderung sind groß.

Jenseits eines „Weiter-so“-Ansatzes – der das bisherige Wirtschafts- und Politikmodell einfach fortschreibt und beim Krisenmanagement stehenbleibt – und anders als die verschiedenen Spielarten eines autoritären Populismus, der Ängste instrumentalisiert und auf Ressentiments und Ausgrenzung setzt, müssen sozialdemokrati-

sche, sozialistische und progressive Parteien den Kampf um die Zukunft aufnehmen – eine Zukunft, die heute beginnt; ein Kampf mit der Aussicht auf eine globale soziale und ökologische Transformation, die das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle mit den Belastungsgrenzen unseres Planeten in Einklang bringt und der statt geteilter Probleme wieder gemeinsame Ziele in den Vordergrund rückt. Wir können uns dabei nicht nur auf globale Verabredungen wie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen stützen, sondern müssen auch die Erkenntnis vieler Menschen einbeziehen, dass die meisten von ihnen künftig ihr Leben nur dann selbst bestimmen können, wenn wieder mehr gesellschaftliches Denken und gemeinschaftliche Interessen im Vordergrund stehen.

Wohin soll es gehen?

Um das Vertrauen in die Gestaltungskraft sozialdemokratischer, sozialistischer und progressiver Parteien zu stärken, brauchen wir zwei zusammengehörige Dinge: zum einen konkrete Projekte, die im Hier und Heute ansetzen und die akuten Lebensumstände mit ihren Härten und Widrigkeiten in den Blick nehmen; zum andern längerfristige Überlegungen, die helfen, Öffentlichkeit und politische Verbündete zu mobilisieren und die den Willen zur Veränderung und die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle, das bestimmt ist durch Freiheit, Anerkennung, Selbstständigkeit und Sicherheit. Ausgangspunkt unseres politischen Handelns ist dabei ein neuer politischer Humanismus, der die Menschen ernst nimmt – mit ihren Ängsten, vor allem aber mit ihren Fähigkeiten, Gesellschaften aktiv zu gestalten. Mitdenken, Mitgestalten, Mitentscheiden: Politik und die Erneuerung von Demokratie muss im Nahbereich der Menschen beginnen – in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Region. Dieser Nahbereich muss auch gerade jenen Menschen die Teilhabe ermöglichen, die heute am

schwersten an den Krisen und gesellschaftlichen Widersprüchen tragen. Es ist dabei unsere Aufgabe, erstens mehr Menschen dafür zu gewinnen und in die Lage zu versetzen, durch eigenes Handeln und politische Urteilskraft aktiv ihre Lebensgrundlagen mitzugestalten und zweitens, die Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Kooperation zu verbessern. Denn die Transformation lässt sich nicht denken, ohne dass viele Menschen auf den unterschiedlichsten Feldern nach Lösungen suchen und der Bauplan der Welt offensteht für alle, die daran mitarbeiten wollen. Voraussetzung hierfür ist der Zugang zu Kommunikationsmitteln sowie zu Wissen und Information. Ein demokratischer Einsatz von Technologie muss dies gewährleisten.

Damit sich diese „sozio-ökologische Werkstattmentalität“ entfalten kann, müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten ihr traditionelles Projekt der Transformation des Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung vorantreiben. Das bedeutet auch, dass der Rückzug aufs Nationale keine Lösung sein kann, da die Reichweite nationaler Politik beschränkt ist. Stattdessen müssen wir beharrlich am Auf- und Ausbau tragfähiger regionaler und globaler Institutionen arbeiten.

Wer soll es richten?

Unseren Parteien kommt bei alledem eine zentrale Rolle zu. Wir sind immer dann erfolgreich, wenn wir auch oft widersprüchliche gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklungen in einer Idee von Zukunft zusammenbringen. Diese Fähigkeit zur Orientierung, zum Zusammendenken und „Zusammenhandeln“ ist nun zu erneuern – etwa mit Blick auf das Verhältnis von sozialer und ökologischer Frage, nationaler und globaler Ebene, von traditionellen Machtstrukturen und dezentralen Ansätzen. Dafür müssen wir wieder aktiver grundsätzliche Alternativen formulieren und diese im politischen Streit vertreten.

Jede substanzielle progressive Alternative wird auf den Widerstand mächtiger Interessen stoßen. Unser Anspruch, die staatlichen Institutionen zu gestalten und zu nutzen, ist deshalb Grundvoraussetzung für eine gelingende Transformation. Von sozialdemokratischen, sozialistischen und progressiven Parteien wird aber auch erwartet, dass sie gesellschaftliche Auseinandersetzungen ideologisch, sozial und kulturell prägen. Diese Aufgabe kann nur im Bündnis mit anderen bewältigt werden. Um aber als Bindeglied zu wirken, müssen unsere Parteien sich stärker zu Gesellschaftsparteien entwickeln, die in engem Austausch mit Menschen, sozialen Bewegungen und Organisationen stehen, die an sozialdemokratischen Ansätzen außerhalb der Partei arbeiten. Unsere Politik ist damit nicht nur auf den Machtgewinn gerichtet: Sie stößt durch gesellschaftliche Bündnisse auch konkrete Veränderungen jenseits der Regierungsebene an. Neben einem gestaltenden Staat und sozialen Bewegungen sind Gewerkschaften für uns wichtige Partner in einer sozialen und ökologischen Transformation: am Arbeitsplatz, als organisierte Arbeiterbewegung und in breiten gesellschaftlichen Bündnissen.

Ohne dieses Zusammenspiel werden die anstehenden Aufgaben nicht zu meistern sein. Die Herausforderungen sind zahlreich, und Sozialistinnen und Sozialisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich im Rahmen der Progressiven Allianz zunächst auf ausgewählte Projekte konzentrieren. Dazu gehören eine globale Energiewende, friedenspolitische Ansätze, gute Arbeit weltweit, die Reform der Finanzmärkte, Stadtpolitik sowie Fragen von ländlicher Entwicklung und Ernährung. Zukunftsfähige Fortschrittsmodelle müssen für uns dabei ökologisch nachhaltig und geschlechtergerecht sein. Sie müssen Vertrauen aufbauen, Demokratie erneuern, Gerechtigkeit durchsetzen und Widersprüche überbrücken. Solche Projekte beziehen alle politischen Ebenen mit ein. Sie setzen sowohl auf die Kreativität und den Willen der Menschen zur Veränderung als auch auf die Gestaltungsfähigkeit von Regierungen und Institutionen.

Vorwort

Von Martin Schulz

Wir leben in unruhigen Zeiten, in denen vieles aus den Fugen zu geraten scheint. Gerade deshalb bin ich überzeugt, dass es die progressiven Kräfte sein müssen, die in diesen turbulenten Zeiten für Zusammenhalt sorgen. Das ist der Kern unserer Politik – weltweit und mehr denn je.

Diese Botschaft vom Zusammenhalt als unsere gesellschafts-politische Kernaufgabe steht auch im Mittelpunkt des vorliegenden Berichts. Dieser Text ist nicht nur ausgesprochen substanziell und differenziert, sondern in erster Linie so gelungen, weil er von so unterschiedlichen und klugen progressiven Politikerinnen und Politikern aus vier verschiedenen Kontinenten verfasst wurde. Mein Dank gilt deshalb zuallererst denjenigen, die an diesem hervorragenden Bericht mitgewirkt haben.

Als progressive Kräfte sehen wir uns heute weltweit mit großen Herausforderungen konfrontiert. Wir erleben einen internationalen Finanzkapitalismus, der mit seinem globalen Expansionsdrang den Primat der Politik immer stärker in Frage stellt. Denn die gesellschaftlichen Verwerfungen, die daraus in vielfältiger Weise entstehen, wecken Zweifel an der Fähigkeit offener Gesellschaften und demokratischer Politik. Besitzen wir überhaupt noch die Möglichkeit, einen

Unterschied zu machen, Einfluss zu nehmen, Probleme zu lösen? Hier erwächst uns ein Legitimationsproblem, das sich kaum überschätzen lässt.

Dieses Legitimationsproblem wird von autoritären Kräften in der ganzen Welt zunehmend genutzt, um ein Politik- und Gesellschaftsbild durchzusetzen, das unseren progressiven Überzeugungen diametral entgegensteht. Eine neue chauvinistische Internationale fordert unsere liberalen Demokratien heraus. Sie steht für eine aggressive *Rollback*-Politik in jeder Hinsicht, nationalistische Abschottung und die Bekämpfung einer nach innen und außen offenen Gesellschaft. Uns allen ist klar: Im Kampf um die Deutungshoheit über unser Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politik-Modell stehen wir an vorderster Front. Aber dafür sind wir deshalb auch programmatisch gefordert, eine positive und progressive Begrifflichkeit anzubieten, die uns und unseren Partnern als gedankliche Leitlinie dienen kann. Wir brauchen einen Oberbegriff sowohl für die künftige Politikformulierung als auch für die Bündnisfähigkeit der progressiven, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien nach außen.

In diesem Bericht schlagen wir vor, die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit unter der Überschrift einer „sozialen und ökologischen Transformation“ zu fassen. Man mag spontan dazu neigen, die Breite des Begriffs als zu weitgehend zu empfinden. Ich denke vielmehr, das Gegenteil ist richtig. Denn wenn es unser Anspruch ist, für die globale Neubelebung linker Politik einzutreten, brauchen wir ein solches breites Verständnis, brauchen wir diesen umfassenden Begriff der „Transformation“. Mit ihm wollen wir die Notwendigkeit des Zusammenspiels von grundsätzlichen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Veränderungen in den Mittelpunkt stellen und die Bedeutung von Akteuren und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen betonen. Er soll nicht nur für die Umwelt- und Klimapolitik (in deren Zusammenhang „Transformation“ bisher schon geläufig ist) stehen, sondern vielmehr mehrdimensional verstanden werden – geht es uns doch um die weitgehende Neufor-

mung ökonomischer Strukturen und der demokratischen Praxis und bis hin zur politischen Kultur.

Gleichzeitig ist klar: Eine solche globale, soziale und ökologische Transformation wird nur dann gelingen, wenn wir uns selbst als progressive, sozialdemokratische und sozialistische Parteien miteinander verbünden und es uns daneben gelingt, für dieses Bündnis starke Partner in der Gesellschaft zu gewinnen. Wir brauchen die Gewerkschaften, wir brauchen die sozialen Bewegungen und wir brauchen vor allem all jene Menschen mit dem Willen zu Veränderungen, für deren Engagement nur wir eine Plattform bieten können. Mit einer starken, inhaltlich und gesellschaftlich breit aufgestellten Progressiven Allianz haben wir gemeinsam die Chance, unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Um nicht weniger geht es. Lasst uns die Chance nutzen.



1 Neue Hoffnung kurz vor Ladenschluss ...?

„*Business as usual*“ ist keine Option mehr – das ist mittlerweile Konsens. Die Finanz- und Wirtschaftskrise geht einher mit einer umfassenden Umweltkrise und struktureller extremer Ungleichheit. In vielen Ländern der Welt verschärft sich zudem die Krise der Demokratie. Krieg und Nationalismus leben als politische Mittel wieder auf und verringern die Bereitschaft für internationale Kooperation. Was Marx beschrieben hat, vollzieht sich heute, so David Harvey, vor unserer Haustür: massive ökonomische Instabilitäten, ein entkoppelter Finanzkapitalismus, sinkende Wachstumsraten und der Abbau sozialen Schutzes, Bereicherung Weniger auf Kosten vieler, pessimistische Zukunftsannahmen und sich weiter verschärfende Verteilungskämpfe.

Doch die Diskrepanz zwischen der theoretischen Einsicht in die Notwendigkeit zu handeln und dem realen Mangel an politischem und gesellschaftlichem Veränderungs- und Gestaltungswillen war noch nie so groß. Denn nicht nur der real existierende Kapitalismus wird hart kritisiert – auch um die etablierten Kritiker ist es nicht besonders gut bestellt. Es müsste die Stunde der fortschrittlichen Parteien sein. In einer Zeit, in der der Finanzkapitalismus seine „Nahtoderfahrung“ (Joseph Stiglitz) hatte, sich viele Gesellschaften in einer tiefen Orientierungskrise befinden und die Entfremdung zwischen politischen und ökonomischen Eliten und weiten Teilen der Bevöl-

kerungen wächst, liegt eine Chance für progressive, sozialdemokratische und sozialistische Parteien weltweit – auch wenn es diesen in den zurückliegenden Jahren nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, das Vakuum von Orientierungslosigkeit und fehlenden Zukunftsentwürfen zur gerechteren Gestaltung unserer Gesellschaften zu füllen.

Mit Blick auf die Lösungen der anstehenden Herausforderungen geht es nicht mehr nur um kosmetische Veränderungen: Zwangsläufig machen sowohl die Krisen in unserer Welt wie auch die der Parteien ein grundsätzlicheres Denken und Handeln unumgänglich. Gewiss: Angesichts des Zustands der Welt haben es derzeit selbst überzeugte Optimisten schwer. Die gute Nachricht aber ist: Bei aller krisenhafter Entwicklung haben sich die Voraussetzungen für progressive Alternativen in den vergangenen Jahren verbessert.

Vor mehr als drei Jahrzehnten markierten zwei Sätze Margaret Thatchers den Beginn eines Umbauprozesses, der weltweit sowohl die Wirtschaft als auch das politische und gesellschaftliche Denken der Folgezeit prägte: „Es gibt keine Alternative“ und „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen“. Zwar beruft man sich noch heute vor allem auf den ersten, wenn die Widerstände zu groß und die Argumente schwach sind. Beide werden aber auch entschieden in Frage gestellt. Dass es angesichts der Krisen alternativer Ansätze bedarf, ist heute offensichtlich. In vielen Grundsatzdiskussionen der letzten Jahre – sei es zur Klimapolitik, zur Ungleichheit oder zur Finanzmarktreform – wurde zudem deutlich, dass die intellektuellen und materiellen Ressourcen für eine alternative Politik vorhanden sind: mit der Vielzahl kritischer Zeitdiagnosen, den Vorschlägen zur konkreten Politikgestaltung, den globalen Abkommen wie dem Pariser Klimavertrag. Und schließlich haben Viele die politische Sachzwanglogik satt, weil hier nicht Willensbildung und Streit um Alternativen im Vordergrund stehen, sondern das Gemeinwohl scheinbar *a priori* bereits festgelegt ist.

Jahrzehntelang wurden Egoismus und Selbstsucht als Tugenden verherrlicht, verbunden mit der Auffassung, dass nur eine markt-konforme Lebensführung ein gutes Leben ermögliche; dennoch ist heute auch die Sehnsucht vieler Menschen nach Gemeinschaft und Gemeinsinn groß. Der Kapitalismus als durchökonomisierte Lebensform, worin der Mensch als bloßer Kunde und Konsument auf den eigenen Nutzen konzentriert und reduziert ist, erscheint heute weniger als Verheißung denn als Zwang, sein eigenes Leben optimieren zu müssen. Gleichzeitig schärft sich in vielen Gesellschaften das Bewusstsein dafür, dass die meisten Menschen künftig ihr Leben nur dann selbst bestimmen und individuell gestalten können, wenn wieder gesellschaftliches und solidarisches Denken und gemeinschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Heute spüren viele, dass nach der langen Phase des Neoliberalismus ein Endpunkt erreicht ist – es kann so nicht mehr weitergehen. Das Verlangen nach Orientierung und der Wunsch nach Veränderung sind groß.

Auf die Entfremdung von Politik und Gesellschaft, auf Abstiegsängste und den Kontroll- und Identitätsverlust vieler Menschen haben sich auch reaktionäre „Krisenlöser“ bereits ihren Reim gemacht. Im rechten Populismus schlägt die Diskreditierung von Politik – dies ist bereits im Neoliberalismus angelegt – in offene Verachtung der „politischen Klasse“ und politischer Institutionen um. Ihre Antworten auf unsere Ängste und auf die Erosion des Gemeinschaftsgefühls verbinden die soziale Frage mit autoritären und chauvinistischen Ansätzen, mit einer durch Ressentiments unterfütterten Politik und der Absage an internationale Kooperation. Zwar geben neue Freund-Feind-Schemata und klare Frontlinien von „Draußen“ und „Dinnen“ Orientierung und schieben dem konkreten Unsicherheitsempfinden vieler Menschen eine Deutung unter, doch vermitteln die populistischen Versprechen lediglich Scheinsicherheiten.

1.1 Ein neuer politischer Humanismus

Bloße politische Feinderklärungen, Appelle an Vernunft und Moral oder die Selbstberuhigung, dass alles nicht so schlimm kommen wird, werden hier kaum ausreichen. Sozialdemokratische und sozialistische Parteien müssen ihre Gegner ernst nehmen. Unsere Parteien waren in der Vergangenheit oft dann erfolgreich, wenn sie an den Schnittstellen und Konfliktlinien unterschiedlicher politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Logiken wirkten. Diese Fähigkeit des Zusammendenkens und „Zusammenhandelns“ ist nun zu erneuern, etwa mit Blick auf das Verhältnis von sozialen und ökologischen Problemen, von Langfristzielen und konkreter Politik, von traditioneller Machthierarchie und dezentralen, gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen, von nationaler und globaler Ebene.

Ziel unseres Handelns ist ein gutes Leben für alle, das durch Freiheit, Anerkennung, Selbstständigkeit und Sicherheit gekennzeichnet ist. Ausgangspunkt ist ein politischer Humanismus, der die Menschen ernst nimmt – mit ihren Ängsten, aber insbesondere auch mit ihren Fähigkeiten, zur Lösung von Problemen beizutragen. Sozialdemokratische und sozialistische Politik muss ihnen die dazu nötigen Möglichkeiten, Instrumente und Plattformen bieten – am Arbeitsplatz, in den Kommunen, in politischen Gremien. Demokratie zu erneuern bedeutet auch, den Menschen wieder zu ermöglichen, mit ihrem politischen Denken, Handeln und Eingreifen etwas zu bewirken. Wir sollten dabei darauf setzen, dass der Großteil der Menschen nicht in ihrer Furcht bestätigt, sondern von ihr befreit werden will. Während der rechte Populismus eine Kultur der Unselbstständigkeit und des Nichtverstehens fördert, muss sozialdemokratische und sozialistische Politik dazu beitragen, dass sich die Menschen – in Kooperation mit anderen – ihre Welt wieder selbst aneignen können, sodass daraus Sinn und Gemeinschaft entsteht.

Zu diesem politischen Humanismus gehört aber auch, mit dem Fatalismus zu brechen, dass nichts verändert werden kann. Oft sind

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten heute vor allem in Abwehrkämpfe verstrickt. Stattdessen aber muss es darum gehen, den Kampf um die Zukunft wieder aufzunehmen. Dabei gilt es, einen schmalen Grat zu beschreiten: einerseits Dringlichkeit und Reichweite der anstehenden Veränderungen deutlich zu machen, andererseits nicht bei schrillum Alarmismus und apokalyptischen Szenarien stehen zu bleiben, um sich dann gemütlich am Abgrund einzurichten. Dies weckt nur gesellschaftliche Ohnmachtsgefühle, die Zukunftsängste weiter schüren. Gesellschaften, so Alexander Kluge, haben einen enormen Bedarf an Zukunftserwartungen, an offenen, gestaltbaren Zukünften, die mehr als das Abtragen von „Altlasten und Schulden“ der Vergangenheit bedeuten. Es geht nicht darum, nur das Alte zu bewältigen, sondern das Neue aufzubauen.

Es ist dieser Glaube an eine bessere Zukunft, der vielen Gesellschaften abhandengekommen ist. Und es ist dieser Glaube, der wachzurufen, zu erneuern und politisch zu unterfüttern ist. Denn der Fortschritts- und Veränderungspessimismus ist Ergebnis jahrelanger angeblicher Alternativlosigkeit – damit zementiert er die aktuellen Machtverhältnisse. Politik braucht die intellektuelle Courage, aber auch die Freiheit, Langzeitprojekte zu verfolgen.

1.2 Kooperativ und international

Eine substanzielle progressive Alternative ist ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen nicht zu realisieren – das können und sollen unsere Parteien aber nicht mehr alleine leisten. Sie brauchen Bündnispartner: traditionelle wie die Gewerkschaften, aber auch neue wie die sozialen Bewegungen und NGOs, die in den letzten Jahren zahlreiche Menschen mobilisiert haben. Obwohl sich dafür heute nur schwer werben lässt: Die Parteien des Internationalismus müssen all dies auch global denken. Denn nicht nur werden die Herausforderun-

gen, die wir ohne Berücksichtigung globaler Zusammenhänge nicht mehr bewältigen können, immer vielfältiger, auch wird der Rückzug auf Identitätspolitik und nationale Lösungen die Krisen schlicht weiter verstärken – vor allem aber hat er der globalen Ökonomie nichts entgegenzusetzen. Auch deshalb brauchen wir die starke internationale Stimme sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien: weil sie nicht nur das naive Gerede vom globalen Dorf vermeidet, sondern sich auch der Versuchung widersetzt, den Rückzug aufs Nationale für die Lösung zu halten.

Mit der neuen, 2015 verabschiedeten universalen Nachhaltigkeitsagenda (*Agenda 2030*) und ihrem weitgehenden politischen Veränderungsanspruch auf eine sozial-ökologische Transformation verfügt die internationale Sozialdemokratie bereits über einen klaren globalen Orientierungsrahmen. Die *Agenda 2030* ist universell. Ihre Nachhaltigkeitsziele gelten für alle. Auch das Politikverständnis der Agenda ist neu: Statt sich lediglich auf die Symptombekämpfung zu beschränken, werden nun auch die strukturellen Ursachen und Herausforderungen und damit auch ihre politischen und gesellschaftlichen Bedingungen gezielt angesprochen. Die Stärke (und das Risiko) dieser praktischen Utopie liegt nicht zuletzt darin, dass sie auf soziale Mobilisierung setzt (und setzen muss) und sie verschiedensten Akteuren ermöglicht, ihre politische Praxis in den Nachhaltigkeitszielen zu begründen.

1.3 Realistisch-visionäre Antworten

Und schließlich brauchen wir überzeugende, plausible und attraktive Alternativen, jeweils verbunden mit einer Handlungsstrategie. Oft sind die vielen einzelnen Dossiers zu kleinteilig und zu unverbunden, um daraus ein Projekt zu formulieren, das tatsächlich in der Lage wäre, Partei, Öffentlichkeit und politische Verbündete zu mobilisieren. Häufig sind die großen Ziele – Freiheit! Gerechtigkeit! Solidari-

tät! – wiederum zu abstrakt und zu weit entfernt, um strategisch tatsächlich zu überzeugen und Gestaltungsmöglichkeiten greifbar zu machen. Anspruch progressiver, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien muss es sein, „realistisch-visionäre“ Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu formulieren. Diese müssen beides beinhalten: politische Strategien und Einstiegsprojekte für das Hier und Heute sowie langfristige Ideen und Entwürfe. Durchaus mit einem utopischen Überschuss, müssen sie den Willen zur Veränderung und die Möglichkeit einer anderen, besseren, gerechten Gesellschaft zum Ausdruck bringen und so politisches Tagesgeschäft mit weitergehenden Visionen verbinden. Die Projekte dürfen nicht losgelöst sein von Alltagserfahrungen. Sozialdemokratische und sozialistische Parteien müssen das miteinander verbinden, was der französische Soziologe Didier Eribon als die unterschiedlichen Dimensionen linker Politik beschreibt: Eine „Horizontwahrnehmung“ der Welt als Ganzes, aber eben auch die konkreten und akuten Lebensumstände mit ihren Härten und Widrigkeiten müssen auch diejenigen, die versuchen, „würdevoll durch das Leben zu kommen“ mit jenen verbinden, die für Minderheiten- und Freiheitsrechte kämpfen. Dies ist gewiss kein leichtes Unterfangen.

Alternativen führen auf unbekanntes Terrain, auf dem niemand besonders trittsicher ist. Sie machen angreifbar, weil man sich heute immer mehr auf die Gegenwart und auf akutes Krisenmanagement fixiert. Doch keine Bange: Realist ist, wer die Wirklichkeit zum Maßstab seines Handelns macht. Wenn sich die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Bedingungen so gravierend verändern wie in den letzten Jahren, dann verweigern sich nicht diejenigen der Realität, die aus den jeweiligen Umständen ein Umdenken und Umsteuern ableiten, sondern diejenigen, die glauben, dass alles so weiter gehen kann wie bisher, die sich im Status Quo einrichten oder (scheinbar) simple Lösungen präsentieren.

Viele Fragen können wir heute noch nicht beantworten. Der Großteil der Projekte und eine neue sozialdemokratische Erzählung

sind erst noch zu entwickeln. Auch findet politische Arbeit nicht im luftleeren Raum statt: Konkrete Gewerkschaftsarbeit bedeutet in der deutschen Automobilindustrie etwas anderes als in den Bauxitminen im Amazonasgebiet. Parteipolitik wird unter den Bedingungen einer lebendigen Zivilgesellschaft anders konzipiert als unter autoritären Verhältnissen. Die politischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen, auch die eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten, beeinflussen Strategiebildung, Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsbedingungen. Dieser Text kann deshalb nur ein paar allgemeine Wegmarken aufstellen, denn in jedem Land und in jeder Region sind die Voraussetzungen für eine gelingende, progressive Transformation ganz unterschiedlich.



2 Die Erschöpfung

2.1 Schneller, höher, weiter – wohin steuert die globale Ökonomie?

Die Globalisierung ist als allgemeiner Trend internationaler und nationaler Politik der maßgebliche Bezugsrahmen für das Verhältnis zwischen Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Über die Jahrzehnte feierten Regierungen, globale Institutionen und internationale Foren die Globalisierung euphorisch. Innovationen, Deregulierung der Finanzmärkte, Entfesselung der Marktkräfte, technologische Vernetzung und ein besserer Wissensaustausch sollten nicht nur neues Wachstum bringen, sondern auch Unterschiede in der Weltwirtschaft nivellieren und Ungleichheit abbauen. Lange Zeit lief es gut für die Verfechter dieses Globalisierungsentwurfes. Die Vorstellung von Prosperität für alle durch Wettbewerb und die Befreiung von der Bevormundung des Staates schien durch eine Reihe von Entwicklungen bestätigt: das Ende der Blockkonfrontation und die Integration von immer mehr Ländern in die globale Ökonomie, den Aufstieg kleiner und großer Schwellenländer, einen enormen technologischer Schub, die weitere Ausdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung und eine wachsende Mittelklasse in den Schwellenländern. Deshalb gehörten zum wirtschaftspolitischen Pflichtprogramm für

die Kernländer der globalen Ökonomie ebenso wie für die ehemaligen „Ostblockstaaten“ die Strukturanpassungskonzepte von IWF und Weltbank: Etatkürzungen, (Arbeits-)Markt- und Preiseregulierung, handelspolitische Liberalisierung und die Privatisierung von staatlichen Unternehmen.

Mehr noch: Die Ansätze avancierten zu einem ökonomischen und politischen Einheitsdenken, das den ökonomischen Prozessen einen höheren Sinn verlieh – andere, etwa soziale, ökologische und demokratische Ziele waren den Marktprozessen und der Stabilitätspolitik unterzuordnen und wachsende Ungleichheit als Preis der Freiheit in Zeiten der Globalisierung zu akzeptieren. TINA – „*There is no alternative*“ – stand (und steht) für eine technokratische Ideologie, die politischem Handeln seinen Sinn nimmt, weil es angesichts von Komplexität keinen Zugriff mehr auf die Realität und sich der ökonomischen Vernunft unterzuordnen habe. Jede Alternative wurde als „naiv“, „irrational“, „ideologisch“ oder „nicht finanzierbar“ abgestempelt. Es entwickelte sich ein regelrechter „Rationalitätsmythos“ um Märkte und Marktentscheidungen. Dabei gelang es den ökonomischen und politischen Eliten zumeist, Entscheidungen zugunsten von Unternehmen und Kapital- und Vermögensbesitzern als Entscheidungen im Sinne des Allgemeinwohls darzustellen und neoliberale, marktorientierte Vorhaben als Lösung für drängende soziale und ökonomische Probleme gesellschaftlich abzusichern. Hans Tietmeyer, der frühere Bundesbank-Chef, brachte das auf die Formel von der „wohltuenden Wirkung“ der internationalen Finanzmärkte: Sie seien in der Lage, rasch „falsche politische Entscheidungen“ nationaler Gesetzgeber zu korrigieren.

Ein „Triumph gescheiterter Ideen“?

Dieser stumme Konsens ist brüchig geworden. Seit die sozialen Auswirkungen und die einseitigen Begünstigungen durch dieses Wirtschaftsmodell deutlicher werden, beginnen ihre Strahlkraft und das

Vertrauen, Wohlstand nicht nur für das „1 Prozent“ bereit zu halten, zu schwinden, die Euphorie ist verfliegen. Zudem verengen geringere Wachstumsraten die Verteilungsspielräume. Um dennoch die alte Politik fortführen zu können, trat an die Stelle des wegschmelzenden Konsenses ein immer größerer Konformitätsdruck: Vor allem die globalen Finanzmärkte, die mit ihnen verbundenen Institutionen und ihre zentralen Indizes (wie z.B. Gewinnerwartungen, Aktien- und Währungskurse und Ratings) wirken disziplinierend auf staatliches Handeln und auch auf Gesellschaften. Und je fragiler der Konsens über die ökonomische Richtung wird, desto schärfer wird der antidemokratische Grundton.

Kennzeichen dieser Ökonomie sind Kurzfristigkeit und eine rein auf Profit angelegte Unternehmensbewertung mit überzogenen Renditeerwartungen. Mit der „Finanzialisierung des Alltags“, so der amerikanische Künstler und Soziologe Randy Martin, sind mittlerweile viele private Entscheidungen, die etwa Wohnen und Konsum, die Verschuldung privater Haushalte und sozialen Schutz betreffen, eng mit den Finanzmärkten verbunden. In den „Laboren“ der großen institutionellen Anleger und der Banken wurden immer neue, komplexere Finanzprodukte entwickelt, die hohe Gewinne versprachen und in ihren Auswirkungen auf die Stabilität der Märkte kaum zu überschauen waren. Dafür gab es massiven politischen Flankenschutz: In den angelsächsischen Ländern, später auch in der Eurozone, wurden viele Schranken für riskante Produkte abgebaut. So entkoppelte sich der dominierende Finanzsektor zunehmend von der Realwirtschaft, übte jedoch gleichzeitig wachsenden Anpassungsdruck auf Unternehmen und Wirtschaftssysteme aus.

Eben dieses System, in der Finanzkrise 2008 erschüttert und (vorübergehend) diskreditiert, fraß sich mit seinen Auswirkungen tief in die Realökonomie. Es ist dasselbe System, das seither einen „seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“ (Paul Krugman) feiert, nämlich mit der Sanierung des alten Modells und seiner Krisenpotenziale: Abwälzen der Verluste auf die öffentliche Hand, Wiedereröffnung des

Casinos mit öffentlichen Geldern, Restauration der alten Prinzipien mit Blick auf die Schuldenkrise. Denn viele Regierungen reagierten zwar kurzfristig mit der Restrukturierung ihres Bankensystems, der Isolierung toxischer Einlagen in *Bad Banks* und einem nachfrageorientierten „Akut-Keynesianismus“, auch wurde innerhalb der G20 die bessere Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte, eine bessere Transparenz und die Änderung der Vergütungsregelungen beschlossen. Aber neun Jahre nach dem Untergang von Lehman Brothers ist davon nur noch wenig spürbar:

Das Versprechen der Regierungen im Zeichen der Krise, künftig jedes Finanzprodukt zu regulieren und zu überwachen, wurde bisher nicht eingelöst. Viele der angekündigten oder angedachten Maßnahmen wurden nicht umgesetzt oder durch massive Lobbyarbeit verwässert. Ebenso befasste man sich bisher kaum mit den weiteren grundlegenden Ursachen – etwa den Strategien der globalen Finanzinstitutionen, den ökonomischen Ungleichgewichten, der sozialen Ungleichheit sowie einer durch den Abbau von stabilisierenden Elementen (wie soziale Sicherungs- und progressive Steuersysteme) insgesamt fragiler gewordenen Ökonomie. Zahlreiche Kommissionen wurden eingesetzt, etwa die Stiglitz-Kommission¹, die eine global zu koordinierende Runderneuerung der Weltfinanzordnung vorschlug. Keiner dieser Vorschläge wurde auch nur in Ansätzen weiter verfolgt. Im Gegenteil: Nur zwei Jahre nach der Krise begannen zahlreiche Länder (auch viele des globalen Südens) trotz Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit damit, die öffentlichen Haushalte wieder zurückzuführen – durch Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei den sozialen Sicherungssystemen, Streichungen von Subventionen für Kraftstoffe, Lebensmittel und Strom. Viele öffentliche Haushalte sind heute kleiner als vor der Krise.

1 *Commission on Reforms of the International Monetary and Financial System* der VN unter der Leitung von Joseph Stiglitz.

Am Ende des Wachstums?

Viele glaubten 2008, es handle sich um einen kurzen und reversiblen Schock, dem eine ebenso rasche Erholung folgen werde. Doch schwächt sich die ökonomische Dynamik insgesamt wohl ab, die gängigen Rezepte – expansive Geldpolitik und Haushaltskürzungen – scheinen wenig zur Stimulierung der Wirtschaft beizutragen. Seit der Krise ist selbst in den westlichen Ländern – die über die Instrumente und Ressourcen verfügen, um mit Konjunkturzyklen umzugehen – die durchschnittliche Wachstumsrate um 54 Prozent zurückgegangen, so der VN-Bericht *World Economic Situation and Prospect 2016*. Berücksichtigt man die angestrebten Bemühungen der USA, der Eurozone und einer Reihe von Schwellenländern um eine Erholung der Wirtschaft, erscheint das schwache Wachstum noch geringer: Die Leitzinsen wurden auf (fast) null abgesenkt (in Japan und Schweden sogar auf unter null) und es wurden massiv Staatsanleihen aufgekauft, allein durch die EZB für 1,7 Billionen Euro. Doch selbst die massive Unterstützung der geldpolitischen Institutionen hilft den Ökonomien nicht wieder auf die Beine.

Nach den USA und der Eurozone erfasst die „*Great Malaise*“ (Joseph Stiglitz) nun auch die großen Schwellenländer – ausgerechnet jene Länder, die die Weltwirtschaft durch die Krise getragen haben und auf die in den Jahren danach knapp zwei Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums entfielen. Für viele Schwellen- und Entwicklungsländer wird das ökonomische Umfeld schwieriger: durch fallende Rohstoffpreise, das Ende der Nullzinspolitik der US-Zentralbank und die damit verbundenen großen Volatilitäten bei Kapitalzuflüssen, Preisen und Wechselkursen. So befinden sich Brasilien und Russland in einer tiefen Rezession, Südafrika stagniert, China richtet sein Entwicklungsmodell stärker auf die Binnennachfrage aus und hat Rückgänge zu verzeichnen, nur Indien bleibt (vorerst) stabil.

Deutlich wird nun auch, dass es für eine Reihe dieser Länder nie eine kohärente Wachstumsperspektive gab. Für die meisten be-

deutete Weltmarktintegration vor allem: besserer Zugriff der etablierten Industrieländer sowie einiger großer Schwellenländer auf Ressourcen und Arbeitskräfte. Insbesondere viele Länder Afrikas, die den Wachstumsboom auf den Rohstoffmärkten mit einer nachhaltigen ökonomischen Strategie verwechselten, leiden nun unter dem Preisverfall und der geringeren Nachfrage Chinas. Ähnliches gilt für die Rentenökonomien in Zentralasien, dem Mittleren Osten und Lateinamerika – ihnen gehen schlicht die Renten aus.

Billige Arbeitskraft als bislang wichtiger Katalysator im Aufholprozess vieler Entwicklungsländer könnte bald ihre Bedeutung verlieren: Bereits heute deutet sich an, dass die weitere Automatisierung ganzer Industriebereiche nicht nur die Struktur der nationalen Arbeitsmärkte beeinflusst, sondern auch die Handels- und Wirtschaftsgeografie wieder verändern könnte. Spielt der Lohn zukünftig eine geringere Rolle, wird die Nähe zu den Märkten wieder relevanter. So hat Adidas gerade damit begonnen, Schuhe wieder in Deutschland zu produzieren – in fast vollautomatischen Fertigungshallen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer, so Weltbank und ILO, könnten deshalb von der „Industrie 4.0“ stärker noch als die Industrieländer selbst betroffen sein².

Das Wachstum in den *Least Developed Countries* wird für 2016 auf höchstens 4,8 Prozent geschätzt, deutlich unter den in den SDG postulierten mindestens 7 Prozent zur Erreichung der Armutziele. Konnte, so die Weltbank in ihrem *Global Economic Prospect*, ein durchschnittliches Schwellenland vor der Krise noch erwarten, innerhalb von rund 40 Jahren das heutige Einkommensniveau der Industrieländer zu erreichen, so hat das niedrige Wachstum der letzten Jahre diese Aufholphase auf 68 Jahre verlängert.

Der IWF nennt es „*the new mediocre*“, der amerikanische Ökonom Larry Summers „*the secular stagnation*“, und in China heißt es „*the new normal*“: Die Begriffe beschreiben alle eine neue wirtschaftliche Eiszeit, mit geringem (oder geringerem) Wachstum, Rezessionen

und mageren Kapitalerträgen. Was auch immer die Gründe sind – demografische Entwicklung, größere Ungleichheit, mangelnde Durchschlagskraft und geringerer Kapitalbedarf von Innovationen, fehlendes Vertrauen in die Banken oder die Staatsüberschuldung: Es sind keine guten Nachrichten für Volkswirtschaften und Deutungsmuster, in denen Wirtschaftswachstum der Dreh- und Angelpunkt für gesellschaftliche Wohlfahrt ist. Aber sie zeigen auch die ökonomische Erschöpfung eines Modells, dessen soziale, ökologische und demokratische Folgekosten offen zutage treten.

2.2 The rich and the rest: Die soziale Frage

Propagiert wurde die ökonomische Globalisierung als der große Gleichmacher, der Wohlstand und Marktchancen über die ganze Welt verteilt, indem er Märkte öffnet, Reformen antreibt und Innovationen stimuliert. Tatsächlich lassen sich in den letzten Jahrzehnten erhebliche Entwicklungsfortschritte feststellen. Nicht nur den großen Schwellenländern gelang es, sich immer stärker in die globale Ökonomie zu integrieren und dank ihrer Dynamik ihre Entwicklungsprobleme selbst anzugehen. Zwar hat sich in vielen ehemaligen „Tiger- und Pantherstaaten“ das Wachstum abgeschwächt. Und auch nicht alle der „Next-11“, den von Goldman Sachs 2005 identifizierten dynamischsten aufstrebenden Ökonomien, entwickeln sich stabil. Dennoch holen viele Länder des globalen Südens, verglichen mit den etablierten Industrieländern, rasant auf.

Allein in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrtausends ist laut Weltbank die Zahl der Niedrigeinkommensländer von 60 auf 39 gesunken. Am schnellsten, so der ehemalige Weltbank-Chefökonom Francois Bourguignon, wuchsen Population und Einkommen der globalen Mittelschicht – sie verfügt heute über 3.000 bis 6.000 US-Dollar im Jahr. Der Lebensstandard einer Reihe von Schwellenländern nähert sich langsam dem der Industriegesellschaften an, was ein Blick

2 In Thailand und Indien könnten Schätzungen zufolge 70 Prozent der Arbeitsplätze ersetzt werden, in Äthiopien sogar 85 Prozent.

in die globale Schlussbilanz der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) von 2015 bestätigt: Seit 1990 wurde die Armut weltweit mehr als halbiert, bei der Alphabetisierung wurden beachtliche Fortschritte erzielt, die Benachteiligung von Mädchen bei der Grundschulbildung wurde erkennbar reduziert, 90 Prozent der Kinder in Entwicklungsländern wurden eingeschult und die Malaria- und HIV-Infektionen sind deutlich zurückgegangen. In wenigen Jahren dürfte das Smartphone mit all seinen Möglichkeiten der Partizipation, Kommunikation, Information und des Konsums zu einem universellen Produkt der Menschheit werden – dem ersten der Tech-Industrie.

Leben über die Verhältnisse anderer

Dennoch ist die Welt heute weit davon entfernt, den Weg zu einem „globalen Dorf“ zu beschreiten. Im Gegenteil: Während einige Länder vom Fahrstuhleffekt der globalen Ökonomie profitieren können, droht zugleich die Abkopplung ganzer Regionen. Vor allem in vielen Ländern Subsahara-Afrikas sowie in den immer zahlreicheren Konflikt- und Bürgerkriegsländern haben sich viele Indikatoren der menschlichen Entwicklung verschlechtert. Fortschritte bei den MDGs wurden auch durch die Finanzkrise jäh unterbrochen. Hunger und extreme Armut haben wieder zugenommen, die Preise für Lebensmittel, Treibstoff und Saatgut sind stark angestiegen. 80 Prozent von 55 untersuchten Entwicklungsländern gaben 2012 mehr Geld für Grundnahrungsmittel aus als 2007/2008. Die Krisenfolgen zeigen sich auch auf den globalen Arbeitsmärkten: Weltweit stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 197 Millionen (2015), das sind 27 Millionen mehr als vor der Krise. Die dauerhaften Arbeitsmarktdefekte – etwa der große Anteil an informeller Arbeit vor allem in den Entwicklungsländern, die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Millionen „*Working Poor*“, die trotz Arbeit in extremer Armut leben – haben sich seit 2008 wieder verschlimmert. Dabei sind die Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen, ländlichen und städtischen

Regionen sowie zwischen Frauen und Männern beträchtlich. Besonders betroffen sind junge Menschen. Weltweit sind 45 Prozent der erwerbsfähigen jungen Menschen entweder arbeitslos oder sie leben trotz Arbeit in Armut. Auch in Europa fühlt sich mehr als die Hälfte der 16- bis 30-jährigen ökonomisch und sozial marginalisiert, so das Eurobarometer. Zur prekären Arbeitsmarktlage gehört auch, dass drei Viertel der Menschheit ohne sozialen Schutz sind und täglich massenhaft Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verletzt werden – bis hin zur Bedrohung, Verfolgung und Ermordung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

Zwar hat sich die Einkommensungleichheit zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahren vor allem durch das hohe Wachstum und das gestiegene Pro-Kopf-Einkommen in den Schwellen- und Entwicklungsländern leicht verringert. Am globalen Entwicklungsdilemma hat sich jedoch nichts geändert: Zum einen wirken sich globale Probleme (etwa bei Gesundheit, Bildung, Klima, Ernährung oder Konflikten) nicht überall gleich aus, sondern konzentrieren sich geografisch. Ökonomische Krisen verschärfen dies weiter, da sie letztlich vor allem die Länder mit den geringsten Anpassungsmöglichkeiten am stärksten treffen. Und zum anderen lagern viele entwickelte Länder Ungerechtigkeit und Armut in andere Gesellschaften aus, in Form von billigen Löhnen, schlechten Produktionsbedingungen, Landkauf und -raub und Umweltverschmutzung. Die reichen Länder, so der Soziologe Stephan Lessenich, leben nicht über ihre Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer.

Auch die Flüchtlingsfrage, die die Mehrzahl der europäischen Länder vor allem als ein Grenzsicherungsproblem sieht, ist in erster Linie eine Gerechtigkeitskrise. Oft gibt es neben akuten Kriegen vielfältige Gründe für Flucht und Migration: Zumeist sind sie Ergebnis von jahrzehntelangen politischen Fehlentscheidungen, Umweltveränderungen, Staatsversagen, zerstörten Produktions- und Existenzbedingungen und Konflikten.

Flucht und Migration gehören zu den extremsten Formen der Anpassung an widrige Lebensbedingungen. Die wenigsten der Geflüchteten erreichen die reichen Länder, der Großteil bleibt in Entwicklungsländern. Doch mit den Geflüchteten, die nun in größerer Zahl nach Europa kommen, scheinen sich auch die Ahnungen zu bestätigen, dass die Auswirkungen der tiefen sozialen Klüfte auch die Inseln der Prosperität erreichen könnten. Hier prallen nun zwei Gerechtigkeitsdimensionen aufeinander: Denn in den reicheren Ländern treffen die Geflüchteten auf die „Abgehängten“, die stark verunsicherten Mitglieder der Unter- und Mittelschicht. Durch die globalen Wachstumsprozesse wurden sie zu den eigentlichen Verlierern, deren Einkommen stagnieren, während eine kleine Gruppe in geradezu obszönem Maße profitiert.

Eine Ökonomie für das „1 Prozent“

Dass die soziale Frage in vielen Ländern wieder im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen steht, liegt in erster Linie jedoch daran, dass sich die Ungleichheit innerhalb vieler Gesellschaften extrem verschärft.

Acht: Das ist, so Oxfam, die Anzahl der reichsten Menschen der Welt, die so viel besitzen wie die ärmsten 3,6 Milliarden, die Hälfte der Menschheit; 2010 waren es noch 388, 2015 62 Superreiche. Selbst im Zuge der weltweiten Krisenbewältigung von 2010 bis 2015 wurden die 62 Reichsten noch um 542 Milliarden USD reicher, während die ärmste Hälfte der Menschheit eine Billion USD verlor. „*Pour up*“ scheint nun die Devise zu sein statt des jahrelang propagierten „*trickle down*“. Heute ist der Leitspruch der amerikanischen Occupy-Bewegung „Wir sind die 99 Prozent“ keine Übertreibung mehr: Global gesehen leben wir in einer wahren Ökonomie für das „1 Prozent“: Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen. Deregulierung von Arbeits- und Finanzmärkten, Vermögenskonzentration und Bereicherungsmentalität bei

den ohnehin Privilegierten, kapitalfreundliche Steuersysteme inklusive Steuervermeidungs- und in der Vergangenheit kaum geahndeter Steuerfluchtpraktiken, eine extreme Shareholder-Value-Orientierung, Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und materiellem Wohlstand, Spreizung der Arbeitseinkommen, mangelnde Bildungschancen: Die Trends und Strukturen zu mehr Ungleichheit sind unverkennbar – und auch deren Folgen.

Sogar das Weltwirtschaftsforum in Davos erwartet laut seines Berichts *Globale Risiken 2014*, dass das starke Einkommensgefälle im kommenden Jahrzehnt weltweit „schwerwiegenden Schaden“ verursachen wird. Ungleichheit erschwert die Armutsbekämpfung und verhindert oft den Aufbau neutraler und funktionierender Institutionen. Starke Vermögenskonzentration vergrößert die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft, da die stets höhere Renditen suchenden Vermögen zu immer riskanteren Anlageformen drängen. Insgesamt zementiert Ungleichheit gesellschaftliche Macht- und Chancenverhältnisse, untergräbt Demokratie und politische Stabilität und verstärkt die Entfremdung in der Gesellschaft. Bereits heute empfinden viele die starke Ungleichheit als inakzeptabel und ungerecht, als eine Verletzung der „*moral economy*“ (Edward Thompson). Selbst die unterschiedlichsten Historien des Scheiterns von Staaten sind vor allem durch zwei Ursachen geprägt: die eine ist die Diskreditierung des Staates, die andere soziale Ungleichheit. Dass Ungleichheit durch politisches Handeln gemindert werden kann, zeigen – wenige – Länder in Lateinamerika und in Afrika. Ihnen gelang es, freilich von einem hohen Niveau aus, Ungleichheit zu reduzieren, etwa durch die Verbesserung des sozialen Schutzes, Mindestloohnerhöhungen oder direkte, an Gesundheit und Bildung gekoppelte Geldtransfers an Menschen in extremer Armut. Entscheidend für die künftige Verfassung der Welt ist deshalb nicht, ob die Globalisierung die Reichen noch reicher macht, sondern ob es gelingt, die strukturellen Ursachen für Ungleichheit zu beseitigen.

2.3 SOS-Signale: Die ökologische Herausforderung

Auch wenn die Komplexität der Klimasysteme immer wieder für Überraschungen sorgt, werden die bisherigen Folgen und grundlegenden Prognosen heute kaum mehr bestritten: Die Erderwärmung ist real und größtenteils menschengemacht durch den Ausstoß von Treibhausgasen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die bodennahe Luft weltweit durchschnittlich um ein Grad erwärmt. Ins junge 21. Jahrhundert fallen 13 von 14 „heißen“ Rekordjahren, 2015 war das wärmste Jahr seit Beginn der systematischen Messungen im Jahr 1880. Die Folgen: Die Meeresspiegel steigen, die Ozeane erwärmen sich, Gletscher schmelzen, das Eis der Arktis schwindet, die Permafrostböden tauen und Hitzewellen werden häufiger – mit zum Teil dramatischen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen.

Für viele Entwicklungsländer ist der Klimawandel bereits heute eine wahre Klimakatastrophe. In 15 bis 20 Jahren werden die ersten Atolle der Südseestaaten Papua Neuguinea und Tuvalu komplett verschwunden sein. Für die meisten der rund sieben Millionen Einwohner von 22 Pazifik-Nationen ist Migration die einzige Möglichkeit der Anpassung. In der Sahelzone – einer Region mit schwachen Staaten, Bürgerkriegen und großen Flüchtlingsströmen – stieg die Durchschnittstemperatur in den letzten 35 Jahren durch veränderte Wassertemperaturen des Indischen Ozeans bereits um ein bis zwei Grad Celsius. Dürreperioden werden von dramatischen Überschwemmungen abgelöst. Das bereits hohe Hungerrisiko wird in manchen Regionen klimabedingt noch dramatischer wachsen. Weltweit verschärft der Klimawandel bestehende Konflikte und Verteilungskämpfe um Süßwasserressourcen, fruchtbaren Boden und Weideflächen.

Die Prognosen sind schwieriger zu stellen. Ungebremste Emissionen, so der Weltklimarat, könnten die Luft bis zum Ende des Jahrhunderts durchschnittlich um fünf Grad gegenüber der Referenzperiode 1985 bis 2005 erwärmen. Auf dem Klimagipfel in Paris einigten

sich die Staaten darauf, die durchschnittliche Erderwärmung nach Möglichkeit auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Aber selbst wenn die von 184 Ländern in Paris vorgelegten Klimaschutzpläne vollständig umgesetzt würden, würde dies wohl noch eine Erwärmung um drei Grad bedeuten.

Doch außer der Klimaveränderung gibt es weitere deutliche SOS-Signale dafür, dass der Druck auf die Umwelt zunimmt. Zu den drängendsten Problemen gehören die Verknappung und die abnehmende Qualität natürlicher Ressourcen (Boden, Trinkwasser, Hölzer), die Bedrohung der für heutige und künftige Generationen immens wertvollen Artenvielfalt, die Belastung weiter Bereiche der Biosphäre, besonders der Ozeane und Regenwälder, sowie die Urbanisierung (mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten). Heute hat die anthropogene Belastung des Erdsystems ein Ausmaß erreicht, bei dem plötzliche globale Umweltveränderungen nicht mehr auszuschließen sind. Um weiterhin sicher leben zu können, muss sich unsere Zivilisation innerhalb bestimmter biophysikalischer, „planetarischer“ Grenzen (Johan Rockström) entwickeln. Vier von neun dieser Belastungsgrenzen sind bereits überschritten: beim Artenverlust, beim Stickstoffkreislauf, beim Klimawandel und bei Landnutzungsänderungen. Aber auch die übrigen ökologischen Grenzen signalisieren bereits dramatische Belastungen, etwa die Versauerung der Ozeane, der Stickstoff- und Phosphateintrag, der Wasserverbrauch sowie die Umwelt- und Luftverschmutzung.

Ökologische Schieflagen

Die verschiedenen Regionen der Erde sind sehr unterschiedlich betroffen – die Kluft zwischen Zonen in Industrieländern mit relativ stabilen Umweltbedingungen und den weniger entwickelten Regionen der Welt mit einer extrem ansteigenden Umweltbelastung wird größer. Die damit verbundenen Ungleichheiten verschärfen sich durch drei Faktoren: 1. Die Regionen, deren Gesellschaften am meisten auf

natürliche Ressourcen angewiesen sind, sind am stärksten betroffen. 2. Die Hauptbetroffenen sind oft nicht die Hauptverursacher. 3. Die am stärksten betroffenen Regionen haben zumeist nicht die notwendigen Anpassungs- und Bewältigungskapazitäten. Besonders in Europa, aber auch in anderen Ländern des Nordens, haben Umweltpolitik, Umwelttechnologien und ein wachsendes ökologisches Bewusstsein ihren Teil zur Umweltverbesserung und -stabilisierung beigetragen. Dies kontrastiert jedoch scharf mit dem hohen Anteil an den Gesamtemissionen, dem Ressourcenverbrauch und der Müllproduktion der Industrieländer – hier stehen sie in der Verantwortung. Ihr ökologischer Fußabdruck reicht weit in die anderen Regionen der Erde. Nach wie vor wälzen sie die steigenden Umweltkosten ihres Wohlstands auf die Länder des Südens ab, ganz direkt z. B. durch billige Schiffsverschrottungen in Indien und Bangladesch, das „Recyclen“ von IT-Müll in Asien und Afrika oder die Aneignung agrarisch nutzbarer Flächen. Auch die Einbindung einer Reihe von Entwicklungsländern als Rohstofflieferanten in den globalen Handel führt weiterhin zu einer Umverteilung der Umweltbelastungen durch die umweltschädliche Extraktion und Verarbeitung z. B. mineralischer Rohstoffe vor Ort.

Zu den größten Herausforderungen gehören der Agrarbereich und die ländliche Entwicklung nicht nur im globalen Süden, wo nach wie vor der überwiegende Anteil der Menschen in der Landwirtschaft arbeitet. Ein knappes Drittel des Ausstoßes klimarelevanter Gase schreibt der Weltklimarat der Landwirtschaft sowie veränderter Landnutzung zu – Hauptursachen sind Massentierhaltung und Waldrodungen zur Gewinnung von landwirtschaftlichen Flächen. In ihrer heutigen Form bedroht Landwirtschaft sowohl direkt als auch vermittelt über die zunehmend monopolistischen Strukturen und ihren Beitrag zum Klimawandel die Lebensgrundlage vieler Menschen. Hinzu kommt: Extreme Wetterschwankungen gefährden die Ertragsicherheit, Böden werden unfruchtbar und Ernteausfälle führen zu steigenden Weltmarktpreisen, die in erster Linie wieder die ärmeren Teile der

Weltbevölkerung treffen. Die Landwirtschaft ist damit ein zentraler Ansatzpunkt nicht nur für die Bekämpfung des Klimawandels, sondern auch von Armut und Ungleichheit.

Durch den Aufstieg großer Schwellenländer und das Wachstum in den Entwicklungsländern ist ein Produktions- und Konsummodell unter Druck geraten, das darauf beruht, dass ein kleiner Teil der Menschheit exklusiv einen großen Teil der Ressourcen und der Belastungskapazitäten dieser Erde nutzt. Die nachholende Entwicklung einer Reihe von Ländern zeigt nun, dass „business as usual“ in den Industrie- und Schwellenländern unweigerlich zum ökologischen Kollaps führen wird. Der *Living Planet Report* des WWF kommt zu dem Schluss, dass die Menschheit bei dem anhaltend hohen Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zwei Planeten bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um den Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Die expansiven Produktions- und Konsumstrategien der Globalisierungsgewinner sind nicht mehr haltbar.

2.4 Krise der Demokratie

Weltweit hat die Demokratie als politische Idee und Staatsform in den letzten sechs Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen: Gab es 1941 nur noch 11 Demokratien und 1970 erst 35 demokratische Länder, sind heute zwei Drittel aller Staaten Wahldemokratien, mehr als die Hälfte davon mit weitergehenden Freiheiten. Auch die allgemeinen Zustimmungswerte zur Demokratie als Norm sind weiterhin hoch. Doch ist keineswegs sicher, dass dies auch so bleibt. Die Rede von einer „Krise der Demokratie“ ist heute allgegenwärtig – und sie hat auch eine materielle Grundlage. In vielen Ländern ist die Weiterentwicklung von Demokratie blockiert. Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte oder mangelnde Kontrolle der Exekutive werden als Dauerzustand hingenommen. Die Legitimation junger und alter Demokratien erodiert, da sie die in sie gesetzten Hoffnungen auf

Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit nicht erfüllen können. Auch sind neue Leitbilder auf dem Vormarsch, etwa die verschiedenen Spielarten der „souveränen Demokratie“, die Machtkonzentration und Einschränkungen von Freiheitsrechten mit Scheinargumenten begründen: mit lokalen Mentalitäten, dem Kampf gegen den Terror, Religion oder mit ökonomischer Entwicklung. Korruption und Transparenz demokratischer Institutionen bleiben in vielen Ländern eine Herausforderung. Mit der ökonomischen Globalisierung wurden nationale Schutzräume abgebaut – demokratische und effiziente *globale* Governance-Systeme hingegen konnten nicht geschaffen werden.

Hinzu kommt eine wachsende gesellschaftliche Unsicherheit. In den meisten Regionen der Welt ist Unsicherheit angesichts der alltäglichen Bedrohung durch Hunger, Krankheiten, Repression und Kriege bereits eine Konstante menschlicher Entwicklung. Doch auch andernorts zieht sie wie kaum sonst etwas die politische und öffentliche Aufmerksamkeit mehr und mehr auf sich. Sie wird zum Dauerthema, dessen unterschiedliche Dimensionen – innere und äußere, gesellschaftliche und persönliche, militärische und soziale Unsicherheit – miteinander vermischt werden. Ursachen dafür gibt es viele: vor allem wachsende „soziale Verwundbarkeit“ (Manuel Castells), Angst vor sozialem Abstieg und ein starkes Ungerechtigkeitsempfinden, etwa hinsichtlich des brüchig gewordenen Kompromisses zwischen Demokratie und Kapitalismus. Zur Verunsicherung tragen auch Terrorangriffe und Kriminalität, Migration und Integration sowie die Auflösung und Umdeutung traditioneller, mit Familie, Nation oder Geschlecht verbundener Werte bei. Zwar werden Risiken nicht immer rational beurteilt, doch drängt sich vielen Menschen der Eindruck auf, dass sich das Sicherheitsversprechen der Moderne, das sich auf die Erwartung einer immer besseren Beherrschung von Risiken und des stetigen sozialen Fortschritts stützt, nicht mehr erfüllt. Eine tiefe Orientierungskrise ist die Folge.

Wer regiert und für wen?

Dies geht einher zum einen mit der mittlerweile hartnäckigen Überzeugung, demokratische Institutionen könnten die Krisen nicht mehr bewältigen. Was auch damit zusammenhänge, dass heute die Frage „wer regiert?“ nicht mehr eindeutig zu beantworten sei. Dabei lassen sich die Verschiebung politischer Macht- und Entscheidungszentren hin zu mächtigen Wirtschaftsakteuren, die Auslagerung zentraler politischer Steuerungsaufgaben in die Ökonomie und die grundsätzliche Orientierung an den Interessen „der Märkte“ kaum von der Hand weisen. 69 der 100 größten „Ökonomien“ weltweit sind transnationale Konzerne, Walmart befindet sich auf Platz 10 noch vor Spanien, Australien und den Niederlanden. Dass die Anhäufung ökonomischer Macht Hand in Hand geht mit politischem Einfluss, lässt sich am starken Lobbyeinfluss auf Gesetzgebungsprozesse ebenso ablesen wie am rücksichtslosen Geschäftsgebaren transnationaler Konzerne in vielen Entwicklungsländern, das nicht selten von den dortigen Regierungen noch befördert wird. In der „marktkonformen Demokratie“ werden nicht mehr die Ergebnisse marktgesteuerter Wirtschaftsprozesse politisch bewertet, und wenn notwendig, korrigiert, sondern das Gemeinwesen wird an die Bedürfnisse der Märkte angepasst. In dem Maße jedoch, wie die „Magie“ ökonomischer Lösungen abnimmt, werden sie immer autoritärer und undemokratischer durchgesetzt.

Hinzu kommt: Immer mehr Menschen fühlen sich vom sozialen Fortschritt ausgeschlossen und mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und Biografien von staatlichen Institutionen und ihren Verantwortlichen nicht mehr ausreichend repräsentiert. Für unsere Parteien und Bewegungen muss dies ein Warnsignal und Ausgangspunkt für die Formulierung innovativer und mutiger Zukunftsentwürfe sein. In dieser Situation artikuliert sich die Krise der Demokratie in erster Linie als eine Krise des Vertrauens gerade in die zentralen Institutionen der Meinungs- und Mehrheitsbildung. Andere, wie Zentralbanken oder auch

teilweise die Polizei, stehen eher in der Gunst eines großen Teils der Bevölkerungen. Weltweit rangieren vor allem politische Parteien regelmäßig unter den am wenigsten geschätzten Institutionen. Weniger als 30 Prozent der Europäer haben dem EU-Statistikbüro Eurostat zufolge Vertrauen in ihre nationalen Parlamente.

All dies beeinträchtigte in den vergangenen Jahren den Erhalt und erst recht die Weiterentwicklung demokratischer Institutionen und Kultur. Mehr noch: Der Spielraum für Demokratie wurde in vielen Ländern sogar erheblich eingeschränkt. Demokratische Strukturen wurden zunehmend ausgedünnt, demokratische Prozesse auf Regierungstechniken, Plebiszite und Öffentlichkeitsarbeit verkürzt – bis hin zur politischen Kommunikation als Grundrauschen mit wenig Bezug zur Wahrheit, wie jüngst die Brexit-Kampagne oder Donald Trump *par excellence* demonstrierten. Das emphatische Verständnis von Demokratie dagegen, d. h. Demokratie als „Lebensform“ (John Dewey) und Experimentierfeld für Formen des Zusammenlebens, verliert an Bedeutung bzw. wurde in vielen Ländern noch gar nicht entwickelt.

Konservative Antworten

Darauf zu antworten, stellt progressive Politik vor eine schwierige Herausforderung: Sie darf sich einerseits den Ängsten und Befürchtungen in der Gesellschaft nicht verschließen, andererseits darf sie nicht der Versuchung erliegen, ihr Heil in einfachen, nationalistischen oder rückwärtsgewandten „Lösungen“ zu suchen, sondern muss alternative Deutungen und Handlungsansätze anbieten. Eben dies gelingt zurzeit kaum. Die Linken sind weitgehend sprachlos, sodass in vielen Ländern zwei konservative Deutungs- und Handlungsmuster die Debatte bestimmen: ein „Weiter so“ sowie die verschiedenen Spielarten eines „autoritären Populismus“ (Stuart Hall).

„Weiter so“

Der „Weiter so“-Ansatz, das Hergebrachte höchstens gering modifizierend, schreibt das bisherige Wirtschafts- und Politikmodell einfach fort – in den ökonomisch stärksten und anpassungsfähigsten Ländern als *Green Economy*, in den meisten Ländern jedoch mit einer weiteren Verschärfung der Krisenerscheinungen. Werden vor allem im globalen Süden die Katastrophenszenarien bereits mit konkreten Orten und Auswirkungen real, können sich die global dominierenden Länder noch etwas Zeit kaufen. Die gesellschaftlichen Irritationen sind hier noch zu gering, die Auswirkungen noch nicht akut genug, als dass es sich lohnen würde, bereits jetzt die gewohnten politischen Pfade zu verlassen. Gleichwohl ist Politik hier in erster Linie Krisenpolitik und steht oft unter extremem Handlungsdruck. „Resilienz“ wird zum neuen Leitbegriff. Die Kernbotschaft lautet, dass wir uns an Krisen gewöhnen und anpassen müssen. Im Anthropozän sei es unsere vornehmste Aufgabe, das selbst verschuldete Chaos zu meistern. Anpassen aber können sich nur die Länder (und Menschen), die reich an Macht und Ressourcen sind – die Ungleichheiten werden sich dadurch weiter verschärfen.

Es sind also die Krisen, die unser Denken beherrschen, nicht die Ideen und Projekte für eine bessere Zukunft. Wir präparieren uns für den Ausnahmezustand, statt die eigentlichen Krisenursachen anzugehen. Konsequenz: Die Intervalle zwischen Anpassung und Krisenverschärfung werden immer kürzer, der Gesellschaft wie dem Einzelnen als überstrapaziertem Stehaufmännchen gehen immer rascher die Puste aus, weil die alten Instrumente, Hierarchien und Strategien immer weniger zur Problemlösung taugen. „*Muddling through*“ wird zum „*muddling down*“, bis Anpassung nicht mehr möglich ist.

„Schotten dicht!“

Je größer die Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und politischem Handeln ist und je geringer das Vertrauen in die etablierten politischen Eliten und Institutionen, desto wahrscheinlicher ist es, dass nationalistische Politiken und rechtspopulistische Bewegungen dieses Missverhältnis ausnutzen. Großen Zulauf, von den Philippinen bis Polen, erhalten von Ressentiments getriebene Initiativen, die von der Entfremdung zwischen weiten Teilen der Bevölkerungen und den ökonomischen und politischen Eliten zehren. Ihr Protest richtet sich jedoch meist nicht gegen die ökonomischen Grundlagen und dominanten Wirtschaftsakteure, sondern eher diffus gegen „die Politik“ allgemein. Jahrelange Verdrossenheit und Skepsis gegenüber Politik und ihren Prozessen schlägt nun vielerorts in offene Verachtung der „politischen Klasse“ um. Gleichzeitig verbinden diese Initiativen die soziale Frage mit autoritären Ansätzen und einer durch Ressentiments unterfütterten Politik, die sich gegen ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – Migrantinnen und Migranten, ethnische Minderheiten, Schwule und Lesben, Langzeitarbeitslose – richten lässt. Hier steht wieder die Sehnsucht nach trennscharfen Dichotomien im Vordergrund, neue „Freund / Feind“-Schemata sollen die Komplexität des politischen Umfelds reduzieren. Der Charme der klaren Fronten mobilisiert und gibt scheinbar Orientierung, führt jedoch kaum zu angemessenen Antworten, sondern in politische Sackgassen. Auf den oben beschriebenen angeblich „alternativlosen“, sachzwang- und technokratieverhafteten Politikstil, der politischen Streit, demokratisches Aushandeln und das Denken in Alternativen verdorren ließ, reagiert der rechte Populismus mit einer Ängste instrumentalisierenden, aber ideenlosen nationalistischen Politik auf Kosten von Minderheiten und Migrantinnen und Migranten. Resultat sind durch Angst mobilisierte Gesellschaften ohne konstruktive Veränderungsoptionen. Es ist die Zeit der immer engmaschigeren Zäune und der hochfliegenden Illusionen über die Lückenlosigkeit des Systems.

„Die Hölle, das sind die anderen“ (Jean-Paul Sartre): Mit den politischen, ökonomischen, technologischen und kulturellen Brandmauern zum eigenen Nachbarn versucht ein jeder, zu seinem Separatfrieden zu gelangen. „Schotten dicht!“, heißt das Motto, das schließlich nur zu noch wütenderen Sturmfluten und weiterer Unsicherheit führen kann.

Diese Spaltung wird das konservative Lager beschäftigen, sozialistische und sozialdemokratische Parteien können davon jedoch nicht profitieren. Hier braucht es einen eigenen Ansatz.



3 **Apocalypse not! Eine Politik der Transformation**

Im Lichte der Dauerkrisen zeichnen sich in jüngerer Zeit die Konturen einer Handlungsorientierung ab, die wegweisend für eine programmatische und strategische Neugestaltung sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien und Bewegungen sein könnte. „Transformation“ wird zu einem Leitbegriff, der in den unterschiedlichsten Kontexten an Bedeutung gewinnt – von einzelnen Politikfeldern („Transformation der Energiesysteme“) bis zum großen Ganzen („Transformation unserer Welt – die *Agenda 2030* für nachhaltige Entwicklung“). Wie immer, wenn Begriffe dabei sind, in verschiedenste Bereiche vorzudringen, werden sie ganz unterschiedlich benutzt und interpretiert. Mit Blick auf die strukturellen Krisenherausforderungen eignet sich für die Neubelebung linker Politik am ehesten ein breiter Begriff von Transformation, der die Notwendigkeit des Zusammenspiels von grundsätzlichen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Veränderungen in den Mittelpunkt stellt und die Bedeutung von Akteuren und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen betont.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Sache ist kompliziert, es gibt mehr Fragen als Antworten. Dennoch lassen sich Ansatzpunkte finden, die für die künftige Politikformulierung und Bündnisfähigkeit progressiver, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien und

Bewegungen von Bedeutung sind. Transformation in diesem Sinne heißt, hier und heute und unter den gegebenen Verhältnissen anzusetzen, aber mit der Maßgabe, mittelfristig Strukturen, Institutionen und ganze Ordnungen zu verändern, bestehende Pfade zu verlassen und einen neuen Entwicklungsweg einzuschlagen. Transformation ist dabei mehrdimensional: Wird der Begriff bisher vor allem im Zusammenhang mit der Umwelt- und Klimapolitik und teils auch für soziale Entwicklungen verwendet, steht außer Frage, dass eine umfassende Transformation auch die ökonomischen Strukturen, die demokratische Praxis und die politische Kultur ergreifen muss.

Transformation ist komplex und die Kunst besteht darin, scheinbar Disparates miteinander zu vereinbaren: soziale Entwicklung und ökologische Begrenzung, lokale Politik und globale Bedingungen, Marktelemente und Strukturen der solidarischen Ökonomie, traditionelle politische Hierarchien und demokratische Innovationen von unten sowie kurzfristige Projekte und längerfristige Ziele.

Transformation, so verstanden, macht schon den Prozess zum Teil der Alternative, indem sie politischen Großprojekten eine Kultur des Suchens und Experimentierens im Kleinen gegenüberstellt, die Irrtümer und Fehlritte zulassen und weiterverarbeiten kann. Viele Fragen werden wir daher am Anfang des Weges noch nicht beantworten können, einiges wird nur als Silhouette sichtbar, manche Ausblicke dürften falsch sein. Das müssen wir aushalten. Neue Masterpläne, denen die Realität dann anzupassen sei und an denen die Linke schon so oft gescheitert ist, wird es deshalb nicht geben. Aber wir sollten Leitlinien und Erwartungen formulieren, die der Orientierung und Mobilisierung dienen. Weil es meist die nahe, greifbare Zukunft ist, für die sich Menschen einsetzen und für deren Gestaltung sie sich motivieren lassen, sind für die Transformation konkrete Projekte wichtig – solche, die jetzt umgesetzt werden und gleichzeitig die spätere Ausgangsposition für weiterreichende Politikansätze verbessern können, indem sie Freiräume schaffen, Institutionen aufbauen oder schlicht Geld in die öffentlichen Kassen spülen. „Praktische Uto-

prien“ (Pierre Bourdieu), „*Real Utopia*“ (Erik Wright), „realistisch-visionäre Projekte“: In dieser Verbindung von strahlkräftigen Langfristzielen und konkreten aktuellen Vorhaben, für die es sich einzusetzen lohnt, liegt genau der spezifische Ansatz, die Herausforderung, aber auch die Chance für eine gelingende Transformationspolitik.

3.1 Zähmung und Erosion

Jede substantielle linke Alternative wird sich gegen gewachsene Ordnungssysteme mit mächtigen Interessen richten, deren Veränderung neue Gewinner und Verlierer produziert: Eine globale Energietransformation verschiebt notwendig Marktanteile und verändert Eigentumsverhältnisse; die ernsthafte Bewältigung der Ungleichheit rüttelt an den Grundfesten des Finanzkapitalismus; Zugriffsbeschränkungen für den Norden auf die Arbeits-, Rohstoff- und Landressourcen des Südens haben Konsequenzen für die Produktions- und Konsummuster der Industrieländer; die Durchsetzung von Arbeitsrechten verschiebt das Gewicht zugunsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Gewerkschaften, deren Rechte jahrelang marginalisiert wurden. Über Fragen eines gerechten Übergangs in neue Ordnungsstrukturen wird daher maßgeblich in politischen (Verteilungs-)Kämpfen entschieden. Auch sind sowohl das Beharrungsvermögen als auch die Wandlungsfähigkeit des bestehenden Systems gerade in Krisenzeiten nicht zu unterschätzen. Deshalb: Um Alternativen auch glaubwürdig zu formulieren, muss man zumindest eine Vorstellung davon haben, welche Akteure sich an den Veränderungsprozessen beteiligen und auf welche Handlungsstrategien sie setzen können.

Progressive Parteien und Bewegungen wie auch einzelne Personen verfügen über ganz unterschiedliche Strategien gegen die Zumutungen des Kapitalismus. Der amerikanische Soziologe Erik Wright unterscheidet im Wesentlichen vier: „*Smash*“, das Revolutionsszenario, geht davon aus, dass nichts Neues entstehen kann,

bevor die alten Strukturen nicht zerstört sind. „*Escape*“, die private Flucht aus dem Kapitalismus, beschreibt den Versuch, sich im persönlichen Nahbereich Alternativen aufzubauen. Die Option „*Tame*“ will den Kapitalismus durch Regulierungen und Verteilungspolitiken einhegen. Und schließlich „*Erode*“: Hier sollen schleichend und von unten durch kollektives Handeln und solidarische ökonomische Projekte in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen neue, sich der Marktlogik widersetzende Strukturen entstehen.

Diese Optionen sind für heutige Handlungsstrategien unterschiedlich relevant:

- Der rasche, komplette Bruch mit dem Bestehenden und die Hoffnung auf das alles klärende, revolutionäre Gewitter überzeugt kaum noch. Es gibt weder eine plausible, kurzfristig umsetzbare linke Alternative noch die dazu notwendigen durchsetzungsfähigen Akteure. Und auch die Erfolgsbilanz von Revolutionen hinsichtlich emanzipativer Entwicklungen ist bislang sehr begrenzt.
- Der individuelle „Ausstieg“ aus dem Kapitalismus bleibt oft privat, sucht nicht nach Chancen auf Veränderung durch kollektives und politisches Engagement und setzt häufig eine privilegierte gesellschaftliche Position voraus. Die diversen Fluchten und Verweigerungen werden sich deshalb kaum zu einer breiten Alternative summieren.
- Die Zähmung des Kapitalismus war lange Projekt der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der Sozialistinnen und Sozialisten. Durch Umverteilung, (Arbeits-)Marktregulierung, Schaffung von öffentlichen Gütern, Demokratisierung der Wirtschaft und Absicherung von Risiken im Wohlfahrtsstaat wurden im Nachkriegskapitalismus vor allem in den Län-

dern des Nordens durchaus erfolgreich die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen verbessert. Zentral waren dabei eine allgemein akzeptierte Rolle des Staates in der Ökonomie sowie starke Gewerkschaften, die gesellschaftlichen Druck entfalten und Rechte am Arbeitsplatz durchsetzen konnten. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus wurden jedoch die Instrumente zur Zähmung bewusst aus der Hand gegeben und die institutionellen Strukturen zu einer demokratischen Steuerung der Wirtschaft abgebaut. In vielen Entwicklungsländern wurden sie erst gar nicht zugelassen. Jedoch wird ohne ein neuerliches Projekt der Zähmung des Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung keine Transformation gelingen.

- Diese häufig zentralistische *Top-down*-Politik reicht allerdings nicht mehr aus: Sie muss kombiniert werden mit *Bottom-up*-Ansätzen („*erode*“), die versuchen, die Demokratie auf breiter Grundlage zu erneuern und im bestehenden System Alternativen zu marktwirtschaftlichen Strukturen zu entwickeln – zunächst in Nischen, aber mit dem Anspruch, in wichtigen Bereichen des Gemeinwohls (wie Energieversorgung, Gesundheit, Ernährung, Information, Finanzen) neuen solidarischen und demokratischen Formen des Wirtschaftens zum Durchbruch zu verhelfen.

3.2 Sachzwang Wirtschaftswachstum?

In vielen Debatten über eine sozial-ökologische Transformation ist das Wachstum mittlerweile der Dreh- und Angelpunkt: In unseren Wachstumsgesellschaften sind Produktions- und Konsummuster, politisches Handeln, Institutionen und Werteorientierungen auf ein stetiges Mehr ausgerichtet. Das gilt für privatwirtschaftlich organisierte

Gesellschaften ebenso, wie es für die Staatsökonomien der sozialistischen Länder galt. Noch heute ist die Antwort auf viele Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Staatsverschuldung noch mehr Wachstum, auch wenn seine Grenzen sehr deutlich zutage treten.

Das Wachstumsdilemma

Mittlerweile gibt es viele Spielarten der Wachstumskritik, die versuchen, alternative Pfade zu beschreiben. Ihre Einschätzungen aber gehen in vielerlei Hinsicht weit auseinander: mit Blick auf die Ursachen, die Ziele, die Akteure und politisches und gesellschaftliches Handeln. Salonfähig ist zurzeit vor allem der Ansatz, Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch einen Schub technologischer Innovationen zu entkoppeln. Unter dem Label „*Green Economy*“ geht es um qualitatives Wachstum, um ressourcenschonende Produktion und erneuerbare Energien. Als zentrale Treiber gelten die Marktakteure, denen man genügend Flexibilität zutraut, den Wandel zu bewältigen. Ansonsten bleiben die Eingriffe in die Art und Weise des Wirtschaftens oder die Anforderungen an gesellschaftliche Veränderungen überschaubar. Mit einem *Green New Deal* verbindet sich außerdem die Hoffnung auf massive Investitionen in die ökologische Infrastruktur zur Belebung der schwächelnden Weltwirtschaft. Zwar wird es ohne Technologie und Investitionen nicht gehen. Doch deutet einiges darauf hin, dass diese eindimensionale Sicht einer bloß „grünen“ Verlängerung heutiger Modelle in die Zukunft (auch wenn dies vor allem für die alten Industrieländer am tröstlichsten wäre) nicht ausreichen wird. Denn bisher wurden in vielen Fällen Effizienzgewinne durch verändertes Nutzerverhalten wieder aufgehoben.

Das „Wachstumsdilemma“ impliziert jedoch, dass ein pauschales Null- oder Minuswachstum wegen der sozialen Folgen nicht möglich ist und – im globalen Norden wie im globalen Süden – keine tragfähige Vision sein kann. Auch der – teils moralische – Appell an

Askese und Verzicht verkennt die völlig unterschiedliche Ausgangslage für eine Abkehr von expansiven Produktions- und Lebensstilen, bedingt durch die Ungleichheit sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Gesellschaften. Die Frage einer Zukunft nach dem Wachstum richtet sich daher vor allem an die hochentwickelten Länder als kleinster und reichster Teil der Menschheit, der die ökologischen Grenzen am stärksten belastet. Es ist offensichtlich, dass diese Regionen im Mittelpunkt eines Politikwechsels stehen müssen, um vor allem den Ländern des Südens ihre Entwicklungschancen zu lassen und sie darin zu unterstützen, diese auf einer nachhaltigen Grundlage zu nutzen. Insbesondere mit Blick auf die drängendsten existenziellen Probleme – die Bekämpfung von Hunger und Armut – spielte bereits in der Vergangenheit nicht Wachstum die entscheidende Rolle, sondern vielmehr der Zugang zu Land, Ressourcen und Wissen. Auch in den reichen Gesellschaften ist der Abbau von Ungleichheit die entscheidende Voraussetzung für die Akzeptanz wachstumskritischer Ansätze. Sie wird jedoch unter den bestehenden Strukturen und Machtverhältnissen in den meisten Ländern nicht zu realisieren sein. Bei den meisten wachstumskritischen Ansätzen geht es also nicht um bloße Schrumpfungsplädoyers, wie es oft kolportiert wird, sondern um die Frage, wie ökonomische und gesellschaftliche Strukturen so verändert werden können, dass sie nicht mehr dem Wachstumsdruck unterliegen.

Das Wachstumsdilemma ist nur durch strukturelle Veränderungen aufzuheben. Dabei wird „Wachstumsentzug“ nicht ohne Konflikte vonstattengehen. Denn die entscheidenden Fragen werden nicht den Marktakteuren überlassen, sondern als eine eminent politische und gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe begriffen, um die gerungen wird: was weiter wachsen kann, weil es zum Gemeinwohl beiträgt; was rückgebaut werden muss, weil es ökologisch und sozial abträglich ist; wie die Übergänge sozial gerecht gestaltet werden; und wie die unterschiedlichen Ansätze zur Effizienz, zur Verträglich-

keit zwischen Natur und Produktions- und Konsumweisen (Konsistenz) und zum richtigen Maß (Suffizienz) kombiniert werden.

Sorgearbeit:

Das „Ganze der Wirtschaft“ in den Blick nehmen

Wachstumskritische Ansätze nehmen vor allem die Übernutzung der natürlichen Ressourcen in den Blick. Doch zur Maßlosigkeit gegenüber der Natur gesellt sich die Sorglosigkeit gegenüber den sozialen Ressourcen des Wirtschaftssystems, die ebenfalls täglich genutzt werden und scheinbar ebenso unendlich und unbewertet zur Verfügung stehen. Die Rede ist von der Sorgearbeit, ohne die kein Gemeinwesen und keine Wirtschaft funktionieren können und die dennoch aus der „offiziellen“ Ökonomie ausgeblendet wird und unsichtbar im Privaten verbleibt. Sorgearbeit, sowohl für andere als auch für sich selbst, kann so unterschiedliche Bereiche wie Pflege, Erziehung, Bildung umfassen, in vielen Regionen aber auch Gesundheit, Wohnen, die Versorgung mit Wasser und Strom oder die Nahrungsmittelherstellung. Durch Sorgearbeit werden Lebensmöglichkeiten erst geschaffen. Jede Gesellschaft und jeder Mensch bedarf also Sorgearbeit. Doch wird diese in überwiegendem Maße Frauen zugewiesen und von ihnen auch erbracht. Diese Ungleichverteilung trägt maßgeblich zu den Geschlechterungerechtigkeiten auf den Arbeitsmärkten und in der Wirtschaft bei. Erwerbs- und Bildungschancen werden durch Sorgearbeit häufig eingeschränkt. Und oft müssen die Anpassungsleistungen von Gesellschaften im Krisenmodus – sei es aufgrund von Konflikten, Umweltkatastrophen, Lücken in der staatlichen Versorgung oder sozialen Schieflagen – von Frauen bewältigt werden. Zwar steigt in manchen Ländern die Erwerbsquote von Frauen an und wurden Diskriminierungen in der Bildung und am Arbeitsplatz abgebaut. Hier führt die Doppelbelastung jedoch zu Überforderungen, da beide Bereiche der Ökonomie nicht aufeinander bezogen sind, die Sorgearbeit ungleich verteilt ist und nicht als ge-

sellschaftliche Aufgabe gesehen wird. In den alternden Gesellschaften ist die „Pflegekrise“ und die marktwirtschaftliche Organisation von Sorgearbeit ein Dauerthema. Aber auch „*care migration*“, eine spezielle Form der internationalen Arbeitsteilung, die zur Umverteilung von Sorgearbeit zwischen Frauen unterschiedlicher Regionen und gesellschaftlicher Herkunft beiträgt, ist eine wichtige Facette der globalen Sorgekrise. Nach Schätzungen der ILO gibt es weltweit ungefähr 100 Millionen Hausangestellte, oft illegal beschäftigt, schlecht bezahlt und sozial isoliert. Vier Fünftel von ihnen sind Migrantinnen, die in ihren Heimatländern oft selbst Kinder und Eltern haben.

Zukunftsfähige Fortschrittsmodelle müssen deshalb notwendigerweise nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch geschlechtergerecht sein und die geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellen. Der eindimensionale Blick auf die Ökonomie zerstört nicht nur die Umwelt, sondern auch die sozialen Grundlagen von Gesellschaften. Es braucht konkrete Sozialpolitik, aber auch einen grundsätzlichen Perspektivwechsel. Analog zu den ökologischen Wachstumsdebatten muss auch hier wieder stärker der Blick vom Menschen und seinen Bedürfnissen ausgehen: Welche Voraussetzungen braucht es für gute Sorgearbeit? Wie kann sie gerecht verteilt werden? Wie kann sie besser anerkannt, aufgewertet und organisiert werden? Wie kann sie in den ökonomischen und gesellschaftlichen Indikatoren abgebildet und damit sichtbar gemacht werden? So entsteht ein Blick auf die Ökonomie, „als ob alle Menschen zählten“ (Lourdes Benería) und der Umgang mit Sorgearbeit wird zum Ausgangspunkt für eine geschlechtergerechte, nachhaltige Ökonomie. Von feministischen Konzepten wie der „vorsorgenden Wirtschaft“, in der das „Ganze der Arbeit“ und das „Ganze der Wirtschaft“ (Adelheid Biesecker) erfasst werden und in denen die Prinzipien der Vorsorge, der Kooperation und der Orientierung am Lebensnotwendigen im Mittelpunkt stehen, können entscheidende Impulse für eine sozial-ökologische Transformation ausgehen.

Neues ökonomisches Denken ist dann attraktiv, wenn deutlich wird, dass es hier nicht in erster Linie um Verzicht und Moral geht, sondern um Chancen auf ein besseres Leben für alle – z. B. um „Zeitwohlstand“ für Bildung und Familie, um sinnvolle Arbeit oder gemeinschaftliche Tätigkeiten. Anders als konservative Wachstumskritik, die von „Schrumpfung als Schicksal“ spricht (Meinhard Miegel), die ungerechte Geschlechterverhältnisse zementieren und emanzipative Erfolge aufheben will und oft in kulturpessimistische Kritik der Moderne und Einschnitte ins soziale Netz mündet, müssen progressive Parteien etwas anderes herausstreichen: Dass dieser neu verstandene Wohlstand viel von dem umfasst, was der österreichische Schriftsteller Robert Musil „Möglichkeitssinn“ nannte, das, was Menschen Hoffnung machen und sie zum Engagement bewegen kann.



4 Wer soll es richten?

Die Rede von der „Alternativlosigkeit“ ist haltlos: Schließlich wurden bereits Energiewenden durchgerechnet und alternative stadtpolitische Ansätze entwickelt, realisierbare Klimaschutzpläne entworfen und detaillierte Vorschläge für eine radikale Bankenreform diskutiert, wurden konkrete Maßnahmen zur weiteren Einhegung der Finanzmärkte und transnationalen Konzernen ebenso wie zur Reduzierung von Ungleichheit und zur Umsetzung von guter Arbeit weltweit präsentiert. Intellektuell ist die Linke auf dem Vormarsch. Mit der von der Staatengemeinschaft verabschiedeten *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* gibt es zudem einen globalen Rahmen für die Vision einer sozial-ökologischen Transformation – mit konkreten Zielen und Indikatoren.

Die intellektuellen, technologischen und teils auch materiellen Ressourcen für eine Transformation sind vorhanden. Nun bedarf es noch des politischen Willens und der sozialen Kräfte, die zu ihrer Realisierung beitragen. Kern sozialdemokratischer, sozialistischer und progressiver Politik muss sein, einen neuen politischen Humanismus zu etablieren, den zweierlei auszeichnet: erstens mehr Menschen dafür zu gewinnen und in die Lage zu versetzen, dass sie durch eigenes Handeln und politische Urteilskraft aktiv ihre Lebensgrundlagen mitgestalten können und zweitens, Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Kooperation zu verbessern. Denn die gesellschaftlich effizientes-

ten Lösungen kollektiver Probleme, so der französische Sozialphilosoph André Gorz, sind kollektive Lösungen.

Weiter bedarf es starker Akteure, die gesellschaftliche Entwicklungen aufnehmen, in einen größeren Zusammenhang stellen und an der Schnittstelle zu Staat und Regierung zusammenführen können. Dies ist vor allem Aufgabe von Parteien und unabhängigen Gewerkschaften. Soziale Bewegungen können ganz unterschiedliche Teile der Gesellschaften erreichen, Unbehagen in politischen Losungen zum Ausdruck bringen und den Einzelnen zu eigenem politischen Engagement inspirieren und motivieren. Der Staat wird ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen, um kooperatives Handeln zu fördern, den Druck der Märkte abzuschwächen und international zu kooperieren. Und schließlich muss eine entscheidende Voraussetzung eigener Entscheidungsfähigkeit und Kooperation erfüllt sein: über Kommunikationsmittel sowie Informationen und Wissen zu verfügen.

4.1 Der Mensch im Mittelpunkt: Freie Radikale

Jenseits des Rechtspopulismus vollzieht sich in vielen Gesellschaften, wenngleich noch sehr zaghaf und oft übersehen, eine Repolitisierung, deren Kern eben dieser neue politische Humanismus bildet. In vielen Ländern sind, oft auch schlicht geboren aus der Notwendigkeit des Überlebens, unter den Stichworten „solidarische Ökonomien“ und „Commons“ zahlreiche Initiativen entstanden mit dem Anliegen des Schutzes und der Förderung lebensnotwendiger natürlicher und sozialer Gemeingüter. Zu den Beispielen gehören so unterschiedliche Ansätze wie Arbeiter- und Produzentenkooperativen, Energiegenossenschaften, offene Werkstätten, Fair-Trade-Netzwerke, Kreditgenossenschaften, alternative Währungen, Unterstützungskassen, partizipative Haushalte, freies Wissen sowie Millionen von Selbsthilfegruppen. Konkret reicht die Bandbreite von selbstverwalteten

Kanalisations- und Wasserwerken in Kolumbien über die solidarische Landwirtschaft in Japan, die genossenschaftlichen Strukturen in der Emilia Romagna, Waldnutzer-Organisationen in Äthiopien bis hin zu Wissensallmenden wie Navdanya (eine indische Saatgutbank), *Creative-Commons*-Lizenzen und *Open-Source*-Software. In Regionen wie Lateinamerika ist die solidarische Ökonomie als Antwort auf die Krisen der 1980er Jahre bereits ein fester Bestandteil von Volkswirtschaften, zumeist als Ergänzung und nicht als Herausforderung für bestehende Strukturen. Selbst in den USA arbeiten rund zehn Millionen Menschen in Betrieben, die ganz oder teilweise im Besitz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind – drei Millionen mehr, als die Gewerkschaften auf dem privaten Sektor Mitglieder haben.

Gemeinschaftspraxen

Manche Gemeinwohlstrukturen bestehen schon seit Langem, wie die 500 Jahre alten gemeinschaftlichen Bewässerungsstrukturen in den Schweizer Alpen. Andere, wie Wikipedia, haben unsere Wissenskultur in kurzer Zeit entscheidend verändert, demokratischer und zugänglicher gemacht. Ähnlich wie die Sorgearbeit sind Ansätze der solidarischen Ökonomie bereits heute fester Bestandteil von Ökonomien und sichern Lebensunterhalt und Grundversorgung von Millionen von Menschen sowie die lokale Entwicklung zahlreicher Kommunen weltweit.

Diese Pioniere einer anderen Gesellschaft warten nicht auf den großen Wurf, der schlagartig alle Probleme beseitigt. Vielmehr wird auf zahllosen kleinen Feldern mit verschiedensten Lösungen experimentiert. Im besten Falle vereinen diese Initiativen Werte und Strategien, die den Transformationsgedanken fördern und ihn auf eine gesellschaftliche Grundlage stellen können. Zunächst geht es um Selbstermächtigung und das Gefühl, aus eigener Kraft zu einem guten und gelingenden Leben beitragen zu können. Funktionierende Alternativen unter den gegebenen Bedingungen zu schaffen, kann motivie-

ren und die zum Teil verschüttete politische und gesellschaftliche Kreativität von Menschen freisetzen. An die Stelle bloßer Abwehrkämpfe (gegen Sozialabbau! Umweltverschmutzung! Bankenmacht!) tritt positives Denken, das konkret nach den Bausteinen einer demokratischeren, sozial gerechten und nachhaltigen Welt fragt. Weiter lässt sich die Idee des Gemeinwohls nicht ohne Menschen denken, die miteinander kooperieren, gemeinsame Räume schaffen und so demonstrieren, dass sich individuelle und kollektive Interessen nicht ausschließen. Menschen sind „besser als rational“, so die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom; sie besitzen oft erstaunliche Fähigkeiten, beständige, vielfältige und originelle Regelsysteme zu entwickeln, um gemeinsame Ressourcen nachhaltig zu nutzen und soziale Dilemmata zu überwinden.

Diese „Gemeinschaftspraxis“ trägt dazu bei, die Ökonomie wieder stärker an gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten und zu demokratisieren. Eine am Gemeinwohl orientierte Produktion, Verteilung, Verwaltung und Konsumption richtet sich gegen die Logik von Shareholder-Value-Strategien, für die soziale Fragen und Nachhaltigkeit oft belanglos sind. Demokratisches Selbstmanagement und gemeinsames Eigentum können klassische profitorientierte Marktstrukturen schrittweise durch solidarisch-demokratische Ansätze ersetzen, denen es um ökologische Nachhaltigkeit und das Wohlergehen aller geht. Die Kontrolle über Produktion und Verteilung sowie Zusammenschlüsse und Allianzen mit sozialen Bewegungen helfen wiederum, über die jeweilige Initiative hinausweisende Forderungen zu stellen und den Boden für weitere solidarische Projekte zu bereiten.

Im Nahbereich der Menschen ansetzen

Sicher dürfen diese Entwicklungen nicht romantisch verklärt werden. Viele Initiativen werden vor allem aus der Not geboren und entstehen dort, wo Markt und Staat versagen und ökonomischer und so-

zialer Druck die Menschen zu eigenen, solidarischen Lösungen und zum Aufbau einer (neuen) sozialen Infrastruktur drängt. Hier versucht sich zu organisieren, wer sonst keinerlei Schutz oder Verwendung in den marktwirtschaftlichen Strukturen findet, etwa die zahllosen informell Beschäftigten, indigene Bevölkerungen und andere in nationalen Entwicklungsstrategien oft marginalisierte Gruppen. Die Initiativen bleiben prekär, sind oftmals mit geringem Kapital ausgestattet und abhängig vom persönlichen Engagement und der Zeit, die einzelne dafür aufbringen können. Auch besteht die Gefahr, dass gute Ansätze wie die *sharing economy* durch Profitinteressen kooptiert oder dass solidarische Initiativen an der Schnittstelle zu marktwirtschaftlichen und globalen Strukturen aufgeweicht werden, wie bei manchen Fair-Trade-Kooperativen. Und schließlich kann das Engagement der Vielen den Staat auch dazu verleiten, seine Pflichten zur Bereitstellung elementarer Güter nicht mehr ernstzunehmen.

Bislang verbindet sich der Pioniergeist nur selten mit einer umfassenderen, durch staatliche Strukturen oder internationale Organisationen unterstützten Strategie. Künftig sollten wir den solidarischen Ansätzen auch als aktive Strategie der Transformation mehr Beachtung schenken, ihre Erfolgsbedingungen durch politisches Handeln verbessern und Strukturen so verändern, dass sie solidarische Ansätze fördern und nicht gegen sie arbeiten. Wichtig wird dabei sein, dass sich alternative Ansätze nicht auf verlängerte NGO-Aktivitäten beschränken, an denen sich lediglich nur wenige, durch Zeit, Geld und Wissen Privilegierte beteiligen können. Mitdenken, Mitgestalten und Mitentscheiden müssen deshalb vor allem im Nahbereich der Menschen ansetzen: in der Nachbarschaft, der Kommune, der Region und am Arbeitsplatz. Manch neuer Weg wird dabei in einer Sackgasse enden; andere Entwürfe hingegen haben das Potenzial, Nischen zu verlassen, systemische Grenzen zu verschieben und zu einer sichtbaren Alternative zu werden. Damit diese sozio-ökonomischen Nischenansätze und -bewegungen nicht defensiv bleiben, son-

dern offensiv für eine Transformation genutzt werden können, bedarf es Verbündeter.

4.2 Die Parteien: Wir können auch anders ...!

Das Wertegerüst sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – ist robust und wird weltweit geschätzt. In vielen gesellschaftlichen Initiativen finden diese Werte ihr Echo. Sozialdemokratische, sozialistische und progressive Parteien treten für diese Werte ein. Diese mit den aktuellen Problemlagen zusammenzubringen und daraus praktische Konsequenzen für politische Strategien, Themen, Bündnisfähigkeit, Politikstil und Selbstverständnis abzuleiten und umzusetzen ist eine große Herausforderung, der sich unsere Parteien entschlossen stellen müssen.

Die Ursachen dieser Entwicklung wurden bereits vielfach beschrieben und diskutiert; im Grunde läuft es auf die Feststellung hinaus, dass die Antworten unserer Parteien auf die radikale Veränderung der kulturellen, ökonomischen, organisationspolitischen und bürokratischen Grundlagen unserer Arbeit bisher nicht ausreichend sind. Es geht um Entwicklungen und Erscheinungen wie die Auflösung der (Arbeiter-)Milieus und die Ausdifferenzierung der Gesellschaften; der wirtschaftliche Strukturwandel und Druck auf sozialdemokratische Regulierungsansätze im Nationalstaat; die Vernachlässigung ökologischer Fragen und der Verlust an gesellschaftlicher Orientierungsfunktion; der Wegfall alter Bündnispartner und die Entfremdung von sozialen Bewegungen; die Rückkehr des Nationalismus und der Mangel an einer starken gemeinsamen internationalen Stimme.

Hinzu kommt: Weltweit rangieren Parteien jeglicher Couleur auf der Skala der öffentlichen Wertschätzung schon seit Jahren ganz unten. Man misstraut ihnen, zu Recht oder zu Unrecht. Dieses Resentiment speist sich aus der weit verbreiteten Auffassung, dass es

Parteien nicht um die Sache, sondern nur um eigene (Macht-)Interessen gehe, dass sie abgehoben seien, bestimmte gesellschaftliche Gruppen über- und andere gar nicht mehr repräsentierten, dass sie zur Problemlösung für das Gemeinwesen nichts mehr beizutragen hätten. Die pauschale Geringschätzung der Parteien – in der Gesellschaft, aber auch seitens der Regierungen – geht jedoch oft Hand in Hand mit antidemokratischen Affekten und dem autokratischen Selbstbild mancher Regierenden. Danach bedürfe es einer Einheit zwischen ihnen und „dem Volk“, in der demokratische Institutionen nur störten. Doch sind die Parteien in vielen Ländern schlicht zu schwach, zu personalisiert und unterdrückt, um dem ihre zentrale demokratische Rolle entgegensetzen und sie ausüben zu können. Das sind keine guten Nachrichten.

Parteien werden gebraucht

Denn der Zustand von Demokratien ist unauflösbar mit dem von Parteien verbunden: Sie sind die einzigen Institutionen, die unmittelbar an der Schnittstelle zwischen Staat, Gesellschaft und Parlament agieren und alle diese Bereiche gestalten können; sie führen partikulare und lokale Interessen zusammen; sie formulieren ideologisch unterschiedlich geprägte Vorstellungen des gesellschaftlich Allgemeinen – und sie sollten den politischen Orientierungsstreit darüber organisieren und austragen. Parteien werden also gebraucht: Eben dies sollten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten mit Selbstvertrauen betonen. Das geht auch an die Adresse derjenigen in der Zivilgesellschaft, die aus Enttäuschung gern den Abgesang auf Parteien anstimmen und sie für überflüssig halten: Denn ohne starke sozialdemokratische und sozialistische Parteien, die klar Position beziehen, aber auch innerhalb und zwischen Gesellschaften moderieren können, wird eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen. Aber: Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, müssen sie sich entwickeln.

Orientierung geben

Sozialdemokratische und sozialistische Parteien waren in der Vergangenheit oft dann gefragt, wenn die Konfliktlinien unterschiedlicher politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Vorstellungen hervortraten; wenn es darum ging, die zentralen Bruchstellen der Gesellschaften in den Blick zu nehmen, Widersprüche zu überwinden und unterschiedliche Interessen und Sichtweisen zu moderieren und wenn es, wie heute, in weiten Teilen der Gesellschaften großen Bedarf an Deutungen der Situation und an alternativen Handlungsangeboten gab. Um Orientierung zu geben, in Alternativen zu denken und Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln, bedarf es neuen intellektuellen Elans und „normativen Richtungssinns“ (Axel Honneth). Sozialdemokratische und sozialistische Parteien müssen aktiver gesellschaftliche Ziele formulieren, weil sich Gesellschaften in den letzten Jahren zunehmend nur über gemeinsame Probleme definieren. Dabei muss es auch um Grundsätze gehen. Nicht jede Vision muss *ad hoc* umsetzbar sein – es geht vielmehr darum, dass progressive, sozialdemokratische und sozialistische Parteien über ein intellektuelles Milieu in Think Tanks, auf Internetplattformen und durch Zeitschriften verfügen, das weit vernetzt und in der Lage ist, strahlkräftige Alternativen (vor)zuformulieren und neue Denkansätze auch in die Parteien zu tragen.

Gesellschaften brauchen wieder mehr Auseinandersetzung. Dazu gehört, dass Kontroversen nicht mit Orientierungslosigkeit gleichgesetzt werden und politischer Streit über grundsätzliche Alternativen nicht mehr als bloßes „Parteiengetzänk“ abgetan wird. Im Gegenteil: Es ist gerade der Mangel an kontrovers geführten Diskursen und politischer Unterscheidbarkeit, der die politische Auseinandersetzung in vielen Ländern lähmt und rechtspopulistische Bewegungen fördert. Sozialdemokratische und sozialistische Parteien müssen zwar offen sein für verschiedene gesellschaftliche Ansätze, brauchen jedoch auch eine parteipolitische Prinzipientreue. Trotz

vielfältiger nationaler Unterschiede sollten sie sich von anderen Parteien durch eine klare ideologische Grundhaltung und eine eigene Identität unterscheiden, auf deren Basis sie gemeinsame Projekte ableiten können.

Mehr Gesellschaftspartei

Gerade von Arbeiterparteien wird erwartet, dass sie gesellschaftliche Auseinandersetzungen ideologisch, sozial und kulturell prägen. Das heißt aber anerkennen, dass sie diese Aufgabe nicht alleine bewältigen können. Auf politische Monopole zu pochen und andere gesellschaftliche Akteure auszuschließen stärkt Parteien nicht, sondern marginalisiert sie. Genauso offensichtlich ist, dass die zahlreichen (Mikro-)Bewegungen und Initiativen der letzten Jahre allein kein Umsteuern schaffen. Ihrer brauchen wir mehr, aber vor allem brauchen wir Parteien, die diese Bewegungen unterstützen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten müssen deshalb traditionelle und neue Formen der Macht besser zusammenbringen.

Der Anspruch sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien, die staatlichen Institutionen zu gestalten und zu nutzen, ist Grundvoraussetzung für eine gelingende Transformation. Um aber als Bindeglied zu wirken, müssen sie sich stärker zu Gesellschaftsparteien entwickeln. Sie werden Diskurs und Diskussion mehr Raum geben müssen, in engem Austausch mit Menschen, die bereits an sozialdemokratischen Lösungen außerhalb der Partei arbeiten. Hier geht es nicht nur darum, die vielfältigen Bewegungen als Seismografen zu verstehen, an denen gesellschaftliche Entwicklungen abzulesen sind, sondern um einen grundsätzlichen Perspektivwechsel. Die Frage lautet nicht mehr nur: „Was kann die Partei für euch tun?“, sondern: „Was können Partei, soziale Bewegungen und Gewerkschaften gemeinsam tun?“ Und wie können Parteien aufgrund ihrer privilegierten politischen Stellung die gemeinsamen Projekte befördern?

So werden Parteien in solchen Netzwerken zwar eine wichtige, aber nicht die einzige Rolle spielen.

In vielen Ländern wie auch auf globaler Ebene sind die progressiven Akteure fragmentiert und ihre Beziehungen von Misstrauen, Missverständnissen sowie substanziell unterschiedlichen ideologischen und strategischen Vorstellungen geprägt. Wir brauchen einen produktiven Umgang mit solchen Differenzen. Kooperation mit anderen progressiven Akteuren kann nicht durch ihre Einbindung in ein von der Partei geschaffenes, politisches Gesamtkunstwerk, sondern nur dann gelingen, wenn die verschiedenen Akteure an konkreten Vorhaben arbeiten können, ohne ihre Autonomie aufzugeben.

Progressive Politik ist damit auch nicht mehr auf Machtgewinn beschränkt, sondern stößt durch gesellschaftliche Kooperationen und Bündnisse konkrete Veränderungen jenseits der Regierungsebene an. Parteien sind dann nicht mehr nur Mehrheitsbeschaffer, sondern „*creative communities with a cause*“, Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskussionen mit einer klaren Haltung. Die Balance zwischen Staats- und Gesellschaftspartei, also zwischen Offenheit gegenüber den verschiedenen Spielarten progressiver Gesellschaftspolitik und Bündnisfähigkeit einerseits und der Interessensabwägung in Regierungszeiten andererseits, ist oft schwierig zu halten. Dennoch muss beides miteinander verbunden werden, weil beides unser Verständnis von Politik prägt: Eine wirkliche Veränderung in Parlamenten, Regierungen und Staat ist nur herbeizuführen, wenn ihr eine Politisierung der Gesellschaften vorausgeht. Demokratische (Gegen-)Macht wiederum kann sich nur dauerhaft entfalten, wenn sie sich auf Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften stützt, die in zentralen Institutionen der Gesellschaft wirken können. Anders als soziale Bewegungen und NGOs müssen Parteien stärker auf das Gemeinwohl achten und Widersprüche zusammendenken. Oft werden Parteien letzten Endes jedoch im Rahmen einer Transformation auch Richtungsentscheidungen treffen müssen.

„Leave no one behind“

Keinesfalls darf es geschehen, dass an der Transformation nur die Privilegierten im Wohlstandsgürtel der Gesellschaften mitarbeiten können. Eine Revitalisierung sozialdemokratischer und sozialistischer Politik muss vielmehr von jenen ausgehen, die heute am heftigsten mit gesellschaftlichen Widersprüchen konfrontiert sind. Oft bilden diese Menschen den Großteil der Bevölkerung; ausgeschlossen von ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabe, fühlen sie sich von keiner Institution oder Organisation vertreten. Auch sind dies Menschen, die früher in den entwickelten Ländern zur Arbeiterklasse gehört hätten, freilich oft gut bezahlt, in stabilen Beschäftigungsverhältnissen, organisiert, politisch und kulturell wach und mit starkem Zugehörigkeitsgefühl. Heute zählen sie objektiv zu den Verlierern der Globalisierungsprozesse, fühlen sich von „den Eliten“ abgehängt und von „der Politik“ nicht mehr repräsentiert. Verunsichert sehen sie in einem weiteren Strukturwandel, den eine Transformation unweigerlich mit sich bringt, vor allem eine Bedrohung. „*Leave no one behind*“ – der Leitgedanke der *Agenda 2030* – muss gerade hier für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten Richtschnur sein, sonst wird sich fortsetzen, was sich heute bereits andeutet: dass sich die Rechte des Klassenthemas populistisch annimmt und reaktionäre und nationalistische Lösungen fordert. Für die Umsetzung brauchen wir einen langen Atem. Denn die Veränderungen verlangen von Parteien wie von Bündnispartnern und Wählerinnen und Wählern Zeit und Geduld, weil es nicht ausreicht, neue Strategien nur in Programmen zu beschwören: Vielmehr müssen sie sich in der Praxis ausformen und bewähren.

4.3 Die Gefährten

Die Gewerkschaften: Zur Sonne, zur Freiheit ...

Nach Jahren der ausführlichen Krisen- und Niedergangsdagnostik von Arbeiterinnen- und Arbeiter- sowie Gewerkschaftsbewegungen konnten Gewerkschaften in den vergangenen Jahren wieder ein Comeback verzeichnen. Endzeitszenarien werden kaum noch gemalt, in vielen Regionen spielen Gewerkschaften wieder eine größere Rolle in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Zwar gibt es, wie unter den progressiven Akteuren insgesamt, auch bei den Gewerkschaften ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, was am alten System noch instandzusetzen und was zu überwinden sei. Offensichtlich aber werden Gewerkschaften in vielen Transformationsprozessen zu den entscheidenden Akteuren gehören – nicht nur was zentrale Transformationsfelder wie Energie, Industrie, Landwirtschaft, Bau, Transport und öffentliche Dienste angeht, sondern auch hinsichtlich gerechter Übergänge, Erneuerung und Weiterentwicklung von Demokratie und der Gestaltung der Globalisierung.

Vor allem in Bezug auf eine ökologische Transformation galten Gewerkschaften lange als strukturkonservative Institutionen. Die Haltung vieler Gewerkschaften zu ökologischen Fragen mag zwar weiterhin ambivalent sein, dennoch hat sich in den letzten Jahren in einer Reihe von Organisationen – sei es auf der lokalen, der nationalen oder der globalen Ebene – ein neues Bewusstsein dafür entwickelt, wie soziale Entwicklung und ökologischer Fortschritt miteinander zu vereinbaren und zu verzahnen sind. Es gibt viele gewerkschaftspolitische Ansätze, um die lange bestehenden Fronten zwischen Ökonomie und Ökologie aufzubrechen: von den Bündnissen zwischen „*Teamsters and Turtles*“ anlässlich der Anti-WTO-Proteste über das massive Engagement des IGB bei den Klimaverhandlungen und konzeptionelle Gedanken zum gerechten Übergang in ein neues Wirtschaftssystem bis hin zu zahlreichen lokalen Initiativen für „*Climate Jobs*“. Dieser Bewusstseinswandel verdankt sich in ers-

ter Linie der offensichtlichen Tatsache, dass die Krisenbewältigung vielen Gewerkschaften eine Veränderung ihres politischen Selbstverständnisses, ihrer Organisationskultur und strategischen Zielsetzung abverlangt, wenn sie dabei eine maßgebliche Rolle spielen wollen.

„*There are no jobs on a dead planet*“, so das Motto des IGB. Standen die Gewerkschaften der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls 1997 noch skeptisch gegenüber, forcieren sie – in erster Linie über ihre internationalen Dachorganisationen – nun die Debatte: Wie kann die Bekämpfung des Klimawandels genutzt werden, um die Prinzipien menschenwürdiger Arbeit – sichere und gut bezahlte Arbeit, sozialer Schutz, Achtung der Arbeitnehmerrechte sowie sozialer Dialog – neu und besser zu verankern? Das Pariser Klimaabkommen und die *Agenda 2030* enthalten Ziele, die nur zu erreichen sind, wenn die Gewerkschaften an der Umsetzung intensiv mitarbeiten.

Mit der Idee der gerechten Übergänge verfolgen die Gewerkschaften ein Konzept, das Geist und Strategie einer sozial-ökologischen Transformation aus Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmersicht anklingen lässt. Es bildet einen ersten gemeinsamen Horizont für die Gewerkschaften in den nächsten Jahren ab, bietet Anknüpfungspunkte für andere Akteure und fragt in den einzelnen Prozessen sehr konkret danach, wer den ökologischen Umbau bezahlt. Im Grunde bilden Umwelt- und Sozialpolitik hier keinen Widerspruch, sondern können einander stärken. Ziel aller Maßnahmen muss sein, Emissionen zu reduzieren, Ungleichheit und Armut abzubauen und gute Arbeit zu schaffen. In konkreten, zumeist lokalen Transformationsprozessen bestehen jedoch erhebliche Zielkonflikte: Viele Beschäftigte haben erfahren und erlitten, dass die unterschiedlichen Strukturveränderungen der letzten vier Jahrzehnte meist ohne ihre Mitsprache und gegen ihre ökonomischen und häufig existenziellen Interessen durchgesetzt wurden. Arbeitsplätze in den fossilen Industrien mögen klimaschädlich und nicht zukunftsfest sein, sichern vielen aber ein Auskommen im Hier und Heute. Gerechte Übergänge müssen deshalb beides gewährleisten: Arbeitsplatzsicherung

nur in den Sektoren, die den Umbau zu emissionsarmen Ökonomien unterstützen *und* greifbare und direkte Hilfe und Unterstützung für alle konkret vom Strukturwandel Betroffenen. Dies umfasst Forschung und frühzeitige Bewertung von sozialen und beschäftigungsrelevanten Folgen von Transformationsprozessen ebenso wie Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen sowie den Ausbau von sozialen Sicherungssystemen.

Wie kein anderer Akteur vermögen starke Gewerkschaften unterschiedlichste Machtressourcen in den Dienst einer sozial-ökologischen Transformation zu stellen: am Arbeitsplatz, als organisierte Arbeiterbewegung, als Interessenvertreter in staatlichen Strukturen und als Partner in breiten gesellschaftlichen Bündnissen.

Soziale Bewegungen: „Teilchenbeschleuniger“

Protest- und soziale Bewegungen haben in den vergangenen zehn Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Allein zwischen 2006 und 2013, so eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, gab es über 800 Proteste in knapp 90 Ländern. Mit der Occupy-Bewegung entstanden in den Großstädten der Welt innerhalb weniger Wochen 1.400 Camps. Nicht nur gab es die Occupy-Parkbesetzerinnen und den arabischen Frühling, auch waren vielerorts zahlreiche Hungerrevolten, Streiks, wilde Betriebskonflikte und städtische Unruhen zu verzeichnen. Hacker und Whistleblower erlangten Zugang zu umfangreichen Daten und sorgten, wie im Falle der NSA oder der *Panama-Papers*, für Transparenz beim sonst geheimen Handeln von Regierungen, Unternehmen und Finanzmarktakteuren.

So unterschiedlich die konkreten lokalen Auslöser der Proteste auch waren – die Forderungen der verschiedenen Bewegungen konzentrierten sich meist auf ökonomische Gerechtigkeit, „*real democracy*“ sowie Rechte. Sie richteten sich somit gegen die Erosion der elementaren Grundlagen des sozialen Alltags und die Abkoppelung der Ökonomie von den Bedürfnissen weiter Teile der Gesell-

schaften. Ob Tunesien, Brasilien, Spanien oder Frankreich: Der „Aufstand der Ausgebildeten“ (Wolfgang Kraushaar), vor allem der jungen Angehörigen der Mittelklassen, richtete sich gegen Perspektivlosigkeit. In vielen Ländern Afrikas und zahlreichen Großstädten weltweit sind „*service delivery protests*“ an der Tagesordnung im Kampf um erschwinglichen Wohnraum, Transport, Energie, Strom und Nahrungsmittel.

Auch Frauenbewegungen waren in den vergangenen Jahren wichtige Akteure in zahlreichen lokalen und nationalen Konflikten. Dabei sind die Lebensrealitäten von Frauen ebenso unterschiedlich wie die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gestaltungsräume, in die feministische Politik hineinwirkt und auf die Frauenbewegungen reagieren. Frauenpolitik konzentrierte sich in den entwickelten Ländern lange Zeit eher auf die Verwirklichung bürgerlicher Rechte, auf die Auflösung von Rollenzuschreibungen, die Durchsetzung von Gleichberechtigung bei der Repräsentation in Arbeitswelt und Politik, bei der Berufswahl und beim Entgelt. In den Ländern des Südens stehen häufig Rechte für den Schutz menschlicher Sicherheit im Vordergrund – für die Freiheit von Angst und Mangel sowie die Freiheit, in Würde zu leben. Dabei geht es ganz elementar um die Verwirklichung von Menschenrechten wie das Recht auf Bildung und Arbeit, die Freiheit von Diskriminierung oder das Recht auf Freiheit und persönliche Sicherheit. Auch den Kampf um globale Gerechtigkeit und um feministische Positionen in politökonomischen Fragen trugen vor allem feministische Intellektuelle und Grassroot-Bewegungen aus dem globalen Süden. Seit Langem schon thematisieren sie Wasser, Gesundheit, Bildung und Sicherheit sowie die Privatisierung öffentlicher Güter. Hier sind viele innovative, strategische und organisationspolitische Ansätze entstanden. Themen wie sexuelle Gewalt, Sexismus und Fragen sozialer Gerechtigkeit werden in jüngerer Zeit auch in den entwickelten Ländern von Frauenbewegungen in den Mittelpunkt gestellt; sie bedienen sich zugleich intensiv der neuen Medien und sind gut mit anderen sozialen Bewegungen vernetzt.

In diesen unterschiedlichen sozialen Bewegungen lässt sich so etwas wie eine andere weltweite Stimmung ausmachen. Weil andere Kanäle der Artikulation verstopft (oder gar nicht vorhanden) sind, artikulierten die Proteste, so unterschiedlich sie waren, ein Unbehagen an der Gesellschaft: Ob Indignados, Occupisten, Gezi-Park-Besetzer, Y'en a marre im Senegal oder viele andere – sie waren auch Ausdruck dafür, dass sich Politik und Institutionen in vielen Ländern gegen die Befürchtungen und Bedürfnisse der Menschen panzerten. Die Proteste verbanden beides: die Kritik an sozialen Missständen mit der Kritik an zunehmend autoritären Regierungsstilen, sei es in Gestalt korrupter Modernisierungsregimes oder einer weitgehend der demokratischen Kontrolle entzogenen Krisenverwaltung in Europa. Dieses Engagement meist junger Menschen ist nicht selbstverständlich, da wir es mit einer Generation zu tun haben, deren persönliche Situation von Unsicherheit geprägt ist. Aber sie will über den Sarkasmus der Desillusionierten hinaus und sucht mehr als das Ausleben privater, ohnehin sehr beschränkter Optionen. Hier, so Claus Leggewie, ist weniger das „Prinzip Demokratie umstritten als ihre alltägliche Praxis enttäuschend.“

Oberflächlich betrachtet waren viele Proteste im Sinne konkreter Ergebnisse sicherlich nicht erfolgreich – weshalb sie leicht als politische Folklore und sozialromantische Rückfälle denunziert wurden. Über die Zeit gesehen aber wurden die Erfolge deutlich: Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ wurden durch die sozialen Bewegungen und an Orten wie dem Weltsozialforum die ersten Risse in den Mythos der Unvermeidlichkeit gestemmt, der besagte, dass es heute praktisch unmöglich sei, die Idee einer anderen Gesellschaft zu denken. Vieles von dem, was dort als Bremsregeln für die internationalen Finanzmärkte formuliert wurde, liegt heute auf Ministertischen.

Die Proteste haben politische Diskurse verändert und Themen wie Ungleichheit ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt, haben neue soziale Kräfte und Parteien etabliert. Wichtiger noch: Sie

bieten vielen Menschen, die von traditionellen Organisationen nicht mehr erreicht werden, eine politische Heimat, wo sie Fragen aufwerfen, politische Prozesse verstehen, Positionen entwickeln und sich vernetzen können. Denn in vielen sozialen Bewegungen und NGOs wird jenseits von politischer Formelsprache mit einem geradezu enzyklopädischen Aufklärungswillen über komplexe politische und ökonomische Themen informiert und diskutiert. Die größeren sozialen Bewegungen setzen oft Impulse für zahlreiche kommunale und nachbarschaftliche Aktivitäten. Denn im Unterschied zu den Gipfelprotesten der 1990er Jahre gegen IWF, WTO und Weltbank sind die sozialen Bewegungen heute enger in lokale Auseinandersetzungen involviert. In vielen Ländern sickern unter dem Radar der medialen Öffentlichkeit die Proteste in den Alltag der Menschen ein, vielfältige Mikrobewegungen bilden sich heraus. Oft wirken soziale Bewegungen für den Einzelnen als eine Art „Teilchenbeschleuniger“, die politische Inspiration und Motivation vermitteln. Auch deshalb bleiben sie wichtige Bündnispartner für eine sozial-ökologische Transformation und die „Demokratisierung der Demokratie“ (Hartmut Rosa).

4.4 Staatsfragen

Auch wenn Staatsschelte und Machtskepsis heute in vielen progressiven Initiativen fast schon Programm sind: Ohne den Staat wird es nicht gehen. Eine sozial-ökologische Transformation und eine lebendige, gemeinwohlorientierte Gesellschaft brauchen den Staat als Partner. Im Globalisierungsrausch der 1990er Jahre wurde der Staat pauschal diskreditiert und die globalen Prozesse gegen den „Moloch“ Staat in Stellung gebracht. In den letzten Jahren hingegen lässt sich tatsächlich eine Renaissance des Staates beobachten; jedoch tritt er hier weniger als aktiver Gestalter des strukturellen Umfelds für eine Transformation, sondern in erster Linie als Krisenmanager, Stabilisator und Bewahrer dort auf, wo die Märkte versagen. Und die wie-

derentdeckte klassische Souveränitätspolitik – sei es mit Blick auf (Grenz-)Sicherheit, Wirtschaftspolitik oder die Zusammenarbeit in internationalen Institutionen – beschränkt sich meist auf nationalstaatliches, wenn nicht nationalistisches Handeln und lässt Fragen einer Global Governance außen vor.

Der Staat ist immer eine Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Oft tritt er progressiven Bewegungen als repressiver Verbündeter einer ökonomischen und politischen Elite entgegen und sichert Ausbeutungsverhältnisse ab, beschneidet Rechte oder behindert politische Arbeit. Im Extremfall werden der Staat und vor allem seine Ressourcen zur Beute dieser Eliten. Anders als zu Zeiten des Wohlfahrtsstaates nehmen viele Menschen auch in entwickelten Ländern den Staat heute als ihnen entfremdete, teilweise feindliche Institution wahr, von der keine Besserung zu erwarten ist.

Für sozialdemokratische, progressive und sozialistische Parteien ist das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft seit jeher ein zentrales Thema, das sich in den verschiedenen Ländern und Zeiten ganz unterschiedlich darstellt. Ihre Politik richtete sich in der Vergangenheit nicht nur darauf, Staat und Herrschaft zu demokratisieren: Mit einem aktiven Staat verbanden sie auch die Hoffnung, soziale Demokratie in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – auch in der Wirtschaft – durchzusetzen. Der Staat wurde dabei zum zentralen Reforminstrument, mit dessen Hilfe man regulierte, Impulse setzte, umverteilte und Innovationen anstieß. In den letzten Jahrzehnten jedoch ist der Reformeifer vieler Staaten erlahmt, und auch ihr Regulierungsinstrumentarium wurde mit der (Finanz-)Marktöffnung und Globalisierung ausgedünnt und aufgegeben.

Der Staat als „Ermöglicher“

Heute muss es deshalb um zwei Fragen gehen. Erstens: Wie kann der Staat stärker zum „Ermöglicher“ (Elinor Ostrom) für die Entwicklung

verschiedener Formen der Selbstorganisation, des Selbstmanagements und der Ermächtigung von Menschen in ihren Gemeinschaften werden und die Fähigkeit der Gesellschaften insgesamt fördern, die sozial-ökologische Transformation zu tragen und voranzubringen? Dazu sind staatliche Strukturen und Aktivitäten so auszurichten, dass sie soziopolitische Innovationen fördern, schützen und in das größere Gemeinwohl einordnen. Um Gemeinwohlansätze zu fördern, müssen sich staatliche Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen zunächst darauf konzentrieren, die „Erschließungswerkzeuge“ (materielle Infrastruktur wie Technologie, Kapital, Wissen, soziale Räume) für Gemeinwohlprojekte bereitzustellen. Wenn etwa in für das Gemeinwohl wichtigen Sektoren zahlreiche sozioökonomische Labore etabliert werden sollen, in denen neue Wege ausprobiert (und auch wieder verworfen) werden, muss der oft paternalistische Ansatz staatlicher Institutionen einem anderen Ansatz Platz machen, der die Basis für Kooperationen schafft, ansonsten aber vielfältige gemeinwohlorientierte Lösungen zulässt – und auch aushält. In einem zweiten Schritt, ähnlich anderen Innovationsprozessen, können öffentliche Institutionen gezielter den sozial-ökologischen Strukturwandel fördern, indem sie Anreize für besonders erfolgreiche Projektansätze bieten (z. B. über Steuern) und hemmende Strukturen abbauen – so setzen sie Steuerungsimpulse und schaffen Richtungssicherheit für die Gemeinwohllakteure. Ein in diesem Sinne gestaltender Staat muss jedoch nicht nur „von unten“ Impulse aufnehmen und verstärken, sondern die Dinge auch „von oben“, also systemisch betrachten.

Regieren jenseits des Nationalstaats

Die zweite Frage lautet daher: Wie können die Institutionen des Staates so instandgesetzt werden, dass sie die Aufgabe des Zähmens und Regulierens wieder erfüllen, also z. B. sicherstellen können, dass Wege eines gerechten Übergangs auch die Verlierer von Transformationsprozessen berücksichtigen? Und dass sie Handlungsspiel-

räume für neue ökonomische Ansätze ermöglichen und den Druck globaler Märkte reduzieren? Das bedeutet nicht, dass der Staat alles in die Hand nehmen soll. Aber als Kernaufgabe staatlichen Handelns muss wieder verstanden werden, die Wirtschaft an gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren und die (Finanz-)Märkte zu regulieren. Auch wenn dies zurzeit komplex, wenig greifbar und vor allem nur schwer zu bewerben sein mag: Vieles lässt sich nur regional und global umsetzen. Aufgabe sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien ist es deshalb mehr denn je, Ideen von Governance und Regieren jenseits des Nationalstaats zu entwickeln. Ohne in einen naiven Steuerungsoptimismus zu verfallen: Bei Sozialdemokraten und Sozialistinnen überwiegt die Einsicht, dass erstens verbindliche globale Ordnungsrahmen und Regelwerke zur Zivilisierung der Beziehungen zwischen den Staaten beigetragen haben, dass zweitens globale und regionale Kooperation nicht zu mehr, sondern zu weniger Komplexität führt (weil das so geschaffene Vertrauen Komplexität und Unsicherheit reduziert und Gestaltungsspielräume zurückerobert) und dass drittens deshalb auch in schwierigem Fahrwasser nicht Selbstentbindung von globalen Regeln, sondern der beharrliche Ausbau der bisher noch sehr selektiven *Global Governance* zu betreiben ist. Trotz EU-Krise, trotz des schlechten Zustands vieler anderer regionaler Zusammenschlüsse und der Erschütterungen im internationalen System gilt auch heute: Die Reichweite nationalstaatlicher Politik ist zu beschränkt, um globale Herausforderungen wirksam bewältigen zu können. Anders als auf lokaler oder nationalstaatlicher Ebene sind Reformvorschläge auf internationaler Ebene am wenigsten greifbar, ja selbst in Zeiten internationaler Zusammenarbeit am schwierigsten umzusetzen. Aber selbst wenn schnelle Erfolge wenig wahrscheinlich sind, bleibt *Global Governance* der einzige Weg zu einem „gesunden Internationalismus“ (Boutros Boutros Ghali). Dessen muss sich eine internationale Organisation sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien annehmen. Denn: Die Geschichte vom Aufbau effizienter und tragfähiger Politiknetzwerke von regionaler und globaler

Reichweite hat erst begonnen. Das Global Agenda Council für globale Regierungsführung und die Zukunft regionaler Organisationen, hat zum Beispiel „Poly-Governance-Modelle“ vorgeschlagen, um Lücken der „Multi-Level-Governance“ zu schließen. Derartige Modelle der Partnerschaft und Zusammenarbeit, in denen unterschiedliche gesellschaftliche und staatliche Akteure zusammenwirken, können dazu dienen, Informationsdefizite zu überwinden, unterschiedliche Interessen auszugleichen und eine Plattform bieten, wo staatliche Führung und Kooperation nicht vorhanden sind.

Gemeinsamer Wohlstand braucht also starke öffentliche Institutionen. Die richtig verstandene Stärkung eines gemeinwohlorientierten Sektors unterscheidet sich somit von konservativen Strategien, gesellschaftliches Engagement einzufordern und Freiwilligenvereine und Wohlfahrtsverbände nur rhetorisch zu stärken, um dann den (Wohlfahrts-)Staat faktisch weiter auszuhöhlen. Zentral für gemeinwohlorientierte Ansätze sind vielmehr staatlich garantierte Prinzipien des Wohlfahrtsstaates wie die Mechanismen der Solidarität, gerechte Bildungschancen oder ein öffentliches kulturelles Leben.

Die Mitglieder einer Gesellschaft als neue „soziale Macht“ und der Staat müssen Partner sein beim Aufbau von Alternativen. Damit diese Partnerschaft gelingen kann, muss das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und aktiven Bürgerinnen und Bürgern und ihren Initiativen flexibel bleiben. Sie muss Raum bieten, voneinander zu lernen, Korrekturen vorzunehmen und Impulse aufzugreifen. Dies setzt ein Staatsverständnis voraus, das Bürgerinnen und Bürger nicht nur als passive Empfänger von Dienstleistungen sieht, sondern als „produktive“ Gesellschaftsmitglieder. Der Staat selbst muss also transparent werden und jenseits von Wahlen und Plebisziten neue partizipative Institutionen schaffen, nicht nur, um den Austausch über Transformationsansätze zu fördern, sondern auch, um den demokratischen Elan der Projekte und Initiativen aufzunehmen und insgesamt die Demokratie zu stärken.

Bereits heute gibt es viele Beispiele, wie „Mini-Öffentlichkeiten“ politische Entscheidungen auf lokaler und nationaler Ebene orientieren. Sie reichen von lokalen „Konsultativen“ (Claus Leggewie) zur Energiewende und zum öffentlichem Transport, über „*Participatory Budgeting*“, „*Town meetings*“ und Bürger-Jurys bis zum mittlerweile berühmten „Ameisenhügel“ in Island – dort wurden als Reaktion auf den Vertrauensverlust in die Politik nach der Finanzkrise rund tausend Bürgerinnen und Bürger zufällig ausgewählt, um Vorschläge für die neue Verfassung auszuarbeiten, die anschließend durch den systematischen Einsatz sozialer Medien von weiten Teilen der Bevölkerung kommentiert wurden. Hier geht es nicht um Konkurrenzinstitutionen für Parlamente und Magistrate: Vielmehr können zumeist lokale Institutionen, die die „Weisheit der Vielen“ nutzen und den argumentativen Austausch fördern, nicht nur zu sachgerechteren und praxistauglicheren Antworten, sondern auch zu einem nachbarschafts- oder gemeindebezogenen, politischen „Wir-Gefühl“ führen – jenseits der Identitätspolitik von rechts. An vielen Orten weltweit gibt es bereits zahlreiche dieser demokratischen Experimente. Bislang werden sie aber oft nicht genügend ernst genommen.

4.5 Maschinen

Für eine Transformation sind Kommunikation und Information entscheidend. Der Zugang dazu muss deshalb überall gewährleistet sein, wo ihn technische, soziale oder kulturelle Schranken bisher noch verhindern. Der Bauplan der Welt muss allen offenstehen, die daran mitarbeiten wollen. Die technologische Entwicklung ist eine Chance, die uns erlaubt, vieles wieder selbst in die Hand zu nehmen. Zwar haben technologische Innovationen mindestens zwei Seiten, und die Kehrseiten des Fortschritts hin zum „zweiten Maschinenzeitalter“ (Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee) sind allgemein bekannt: Automatisierung von Routinejobs, Verschärfung der Ungleichheit,

allgegenwärtige Überwachung, Verletzungen der Privatsphäre und unsichere technologische Folgeabschätzungen. Blind darf man also nicht sein gegenüber technologischen Innovationen. Aber: Genauso wenig taugen Denkverbote, geht es doch darum, wie das gesellschaftliche und demokratische Potenzial von Technologie zu entfalten ist und welche Bedingungen es dafür geben muss.

In die Weiterentwicklung und Verbreitung von Informationstechnologien setzt man große Hoffnungen. Internetbasierte Instrumente finden auch außerhalb enger Expertenzirkel bereits Beachtung: etwa 3D-Druck, der künftig eine lokale Güterproduktion an jedem Ort der Erde ermöglichen könnte, oder *MOOCs* (*Massive Open Online Courses*), mit denen ein frei zugängliches Lernumfeld gestaltet und Bildung demokratisiert werden kann. Gerade im globalen Süden können Technologien, die vielen zugänglich und an lokale Bedürfnisse angepasst sind, zur Lösung von Entwicklungsproblemen beitragen. Solche angepassten Technologien sollten ressourcenschonende, dauerhafte, flexible und offene Systeme sein und lokal instandgehalten und kontrolliert werden können. Voraussetzung wiederum ist, dass möglichst viele Menschen nicht nur Zugang zu (Informations-)Technologien erhalten, sondern dass damit auch neue sozioökonomische Entwicklungen angestoßen werden, von denen alle profitieren.

Die Ergebnisse des *Weltentwicklungsberichts* der Weltbank zum Thema „*Digital Dividends*“ sind zumindest ambivalent: Zwar haben drei Viertel der Weltbevölkerung heute Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien und gibt es mehr Haushalte mit Mobiltelefonen als mit sauberem Trinkwasser und Elektrizität. Jedoch fallen die digitalen Dividenden, das heißt die damit verbundenen Entwicklungserfolge, bisher bescheiden aus. Denn der soziale Erfolg des Technologie-Einsatzes hängt auch von den Rahmenbedingungen ab, d. h. ob dezentrale Forschung gefördert wird, ein Minimum an Investitionskapital zur Verfügung steht, Produktions- und Organisationswissen geschaffen und schlicht weltweit die Grundbildung verbessert wird (knapp 800 Millionen Menschen sind Analphabeten, zwei Drit-

tel von ihnen Frauen). Von der Ausgestaltung des Zugangs und der Rahmenbedingungen hängt also ab, ob viele der bereits entwickelten und eingesetzten „Technologien von unten“ auch nachhaltig erfolgreich sein können.

Die politische Linke sollte also weniger Vorbehalte gegen Technologie haben und mehr über ihre gesellschaftliche Dimension nachdenken – Technologie ist ja keine autonome Kraft, sondern wird von Menschen entwickelt und eingesetzt. Uns stellen sich hier die gleichen Fragen wie in anderen Bereichen: Wer hat Zugang zu Technologie? Wessen und welche Bedürfnisse – gerade auch unter Gender-Perspektive – werden durch Technologie befriedigt? Und wer darf darüber entscheiden? Technologie kann Herrschaft und Gewinnmaximierung zementieren oder Menschen Arbeit, Leben und Teilhabe erleichtern. Kurz: Dass der „Maschinenkapitalismus“ (Dietmar Dath) nicht gerade hoch im Kurs steht, liegt nicht an den Maschinen. Die Debatte muss deshalb aus den derzeit weitgehend geschlossenen Zirkeln von Regierungen und Wirtschaft in die Gesellschaft getragen werden, denn da gehört sie hin. Dazu müssen mehr Orte geschaffen werden, wo die sozio-politische auf die technologische „Garagen-Mentalität“ trifft; Orte, wo Technologie an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet wird, wo die Gebrauchsseite der Dinge im Vordergrund steht, wo Ingenieure und Entwicklerinnen für sinnstiftende technologische Projekte gewonnen (und bezahlt) werden und sich alternative Produktionsverhältnisse entwickeln.



5 Hotspots

Ohne dieses Zusammenspiel von Menschen, die sich frei entfalten können, mit starken Akteuren wie Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, (neuen) Unternehmen und ihren Leiterinnen und Leitern, die die Transformation unterstützen, gesellschaftlich relevanter Technologie und einem Staat, der die richtigen Anreize und Regulierungsimpulse setzt – ohne dieses Zusammenspiel sind die anstehenden Aufgaben nicht zu meistern. Denn die Bandbreite der Herausforderungen ist groß: Sie reicht von Ernährungssicherheit, sozialer Inklusion, der Zukunft der Arbeit, Gesundheit, Migration und Geschlechtergerechtigkeit über Infrastrukturwandel, Umwelt-, Meeres- und Klimaschutz, die Regulierung der Finanzmärkte, internationalen Handel und Investitionen bis zum Aufbau effizienter lokaler und nationaler Institutionen sowie regionaler und globaler Governance- und Sicherheitsstrukturen. Hinzu kommt: Fast jede Veränderung rührt an mächtige ökonomische oder geopolitische Interessen, stößt auf gewachsene kulturelle Systeme und birgt soziale Risiken. Und kein Aspekt kann isoliert betrachtet werden. Mit den 17 Zielen und 169 Unterzielen der *Agenda 2030* ist die große globale Aufgabe gut umschrieben.

Gewiss: Alles ist wichtig. Aber Sozialistinnen und Sozialisten, Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in der Progressiven Allianz werden ihre Kräfte bündeln und sich zunächst auf ausgewählte Projekte konzentrieren müssen. Kriterien für die Auswahl von Schlüs-

selprojekten sind: 1. Sie sind für die Transformation besonders wichtig und dringlich und schaffen Spielräume für weitere Entwicklungen. 2. Sie leisten einen Beitrag zur Erneuerung der Demokratie. 3. Sie „bewegen“ unsere Gesellschaften und Parteien. 4. Sie tragen zur Vertrauensbildung innerhalb und zwischen Gesellschaften bei. 5. Sie betonen sozialdemokratische und sozialistische Grundwerte. 6. Für ihre Umsetzung ist die internationale Verständigung entscheidend.

Die vier Prüfsteine für sozialdemokratische, sozialistische und progressive Politik in diesen Projekten sind folglich:

- **Gerechtigkeit durchsetzen:** Statt sich, wie konservative Ansätze, lediglich partiell und moralisch mit der sozialen Frage zu beschäftigen, werden Progressive, sozialdemokratische und sozialistische Parteien eine „organische Solidarität“ aufbauen, das heißt soziale Gerechtigkeit quer durch die Politikfelder – Wirtschaft, Sicherheit, Klima und Umwelt, Technologie, Bildung und Gesundheit – als Kernpunkt ihrer Politik verankern.
- **Vertrauen aufbauen:** Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten werden sich vor allem, wie mühsam dies auch sein mag, der Vertrauensbildung annehmen – sowohl zwischen als auch innerhalb von Gesellschaften, in Kommunen und auf nationaler Ebene. Das bedeutet: politisches und soziales Vertrauen herstellen und festigen und Vertrauenserrosion vermeiden. Wir tun dies, indem wir das Gemeinwohl fördern – partikulare Interessen, seien sie religiöser, ethnischer oder ökonomischer Natur, werden nicht bedient. Und: Wir setzen auf soziale Demokratie, politischen Diskurs und zivile Konfliktbeilegung – politische Abschottung und autoritäre Lösungen gibt es mit uns nicht. Vertrauen ist die Grundlage politischen und sozialen Handelns, es ist der ei-

gentliche wechselseitige „Vertrag der Sicherheit“ und Voraussetzung für Kooperation.

- **Demokratie erneuern:** Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten ist Demokratie nicht nur eine Form der Repräsentation, sondern auch eine Ressource für politische, ökonomische und gesellschaftliche Innovation und Wertschöpfung. In dieser „produktiven Demokratie“ (Joel Rogers) stehen die Menschen mit ihren Fähigkeiten im Mittelpunkt. Ein gestaltender Staat und gestaltende Unternehmen müssen Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten schaffen.
- **Widersprüche überbrücken:** Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten verabschieden sich vom Silodenken, wo jeder nur den eigenen Bereich, den eigenen Erfolg und die Revierverteidigung pflegt. Moderne Gesellschaften und internationale Politik sind komplex. Ihren Widersprüchen kommt man nicht bei, indem man sie ausblendet, sondern sich ihnen stellt. Wir denken Widersprüche zusammen und versuchen, sie sowohl mit Pragmatismus als auch mit einer Idee von Zukunft zu reduzieren oder gar aufzuheben. Die Ressource moderner Macht und Gestaltungsmöglichkeit bleibt die Fähigkeit zu Kooperationen (trotz nationalistischer Bestrebungen). Dies gilt für Bündnisfähigkeit und kooperatives Handeln innerhalb einer Gesellschaft ebenso wie für die internationale Politik und zwischen den politischen Ebenen. Wir konzentrieren uns deshalb auf die Schaffung und Stärkung kooperativer und inklusiver Institutionen.

5.1 Öl von gestern – für eine gerechte globale Energietransformation

Die Energiepolitik zeigt wie kaum ein anderes Politikfeld, wie komplex und wie nötig eine Transformation ist und was sie leisten muss; sie kann nur gelingen, wenn viele Akteure und Politikebenen zusammengebracht werden. Mit dem Pariser Klimaabkommen und der *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* sind jedoch die Rahmenbedingungen so günstig wie nie zuvor, um eine gerechte globale Energietransformation voranzutreiben.

Ohne eine sichere, verlässliche und bezahlbare Versorgung mit Energie ist modernes Leben nicht denkbar. Viele Bedingungen menschlicher Entwicklung – Ernährung, Gesundheit, Bildung, Transport, Produktion und Kommunikation – hängen davon ab, ob ausreichend Energie zur Verfügung steht. So haben heute vor allem in ländlichen Gebieten nach wie vor 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer Grundversorgung mit Strom; 2,9 Milliarden Menschen sind auf traditionelle Biomasse (vor allem Holz) angewiesen. Der Zugang zu Energie bleibt eine Grundvoraussetzung für die Überwindung extremer Armut und für (globale) Gerechtigkeit.

Zugleich sind neben Urbanisierung und Landnutzung die Energiesysteme eines der drei wichtigen globalen Transformationsfelder für erfolgreichen Klimaschutz. Denn der Energiesektor ist für rund zwei Drittel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Hier ist schnelles Handeln erforderlich, wenn die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf unter zwei Grad erreichbar bleiben soll, denn: Das CO₂-Potenzial der noch vorhandenen Lager fossiler Brennstoffe entspricht ungefähr der fünffachen Menge dessen, was wir noch verbrauchen dürfen. Klimaschutz ist deshalb weltweit der „definierende Faktor“ für künftige Energiesysteme. Aber: Weil die traditionelle Energiewirtschaft zu den gewinnträchtigsten Branchen der globalen Ökonomie gehört, stehen beträchtliche Vermögenswerte auf dem Spiel. Entsprechend hartnäckig wird der Widerstand in der hochkonzent-

rierten Branche sein – ihre privaten und staatlichen Großunternehmen besitzen großen ökonomischen und politischen Einfluss, und sie sind nicht zuletzt wichtige Arbeitgeber. Mindestens ebenso schwierig wird die Veränderung der energieintensiven Lebensweisen in vielen entwickelten Ländern. Die energieintensiven Konsumstile dort und ihre regelrechte Energieverschwendung kontrastieren scharf mit der Energiearmut in manchen Entwicklungsländern. So verbrauchten die 20 Millionen New Yorker 2010 genau so viel Strom wie die 790 Millionen Menschen Subsahara-Afrikas. Gleichzeitig zerstört der Energiehunger der Industrieländer wichtige Lebensgrundlagen in Entwicklungsländern, die unter den sozialen und ökologischen Folgen der Energieförderung in ihren Ländern leiden.

Transformative Lösungsansätze müssen deshalb ganz unterschiedliche – auf den ersten Blick widersprüchliche – Ziele gleichzeitig in den Blick nehmen: die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, die Sicherung der Energieversorgung, die Bekämpfung der Energiearmut sowie gerechte und inklusive Übergangslösungen für die von der Umstellung betroffenen Beschäftigten.

Der Anfang ist gemacht

Die gute Nachricht ist: Das Ende der fossilen Ära ist eingeläutet. Dafür stehen nicht nur der erfolgreiche Abschluss der Pariser Klimakonferenz und das G7-Treffen in Elmau mit dem Beschluss der großen Industrieländer, ihre Volkswirtschaften bis 2100 vollständig zu dekarbonisieren. Auch die Ziele der *Agenda 2030* setzen eine erfolgreiche globale Energietransformation voraus. Dabei ist die Energiewende in vielen Ländern bereits Realität: Gemessen an den Kraftwerksleistungen wie an den Gesamtinvestitionen wurden 2013 weltweit erstmals mehr Energieanlagen auf regenerativer Basis als Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerke gebaut. Selbst in China ist der Kohleverbrauch rückläufig. Die Kosten der Solarstromerzeugung sind stark gesunken, bereits heute ist Photovoltaik in manchen Regionen die günstigste

Form der Elektrizitätsproduktion, und weltweit hat sich die Photovoltaik-Leistung in den letzten zehn Jahren mehr als verfünffacht. Die Bedeutung erneuerbarer Energien wächst auch für die Bereiche Wärme und Mobilität. Zudem haben die großen Energiekonzerne in vielen erneuerbaren Energiemärkten ihre Oligopolstellung verloren zugunsten zahlreicher kleiner Produzenten wie Kommunen, Bauern und private Haushalte. Als weitere Vorteile der häufig dezentral einsetzbaren erneuerbaren Energien gelten größere Autonomie, stabilere Energieversorgung sowie gesellschaftliche Beteiligung. Sollten die Produktionskosten weiter sinken und die technischen Voraussetzungen für eine dezentrale Energieversorgung weiter verbessert werden, dann könnte dies auch entscheidend dazu beitragen, die Energiearmut in vielen sonnenreichen Regionen der Erde zu beenden. Große institutionelle Anleger wie Versicherungen, Staatsfonds, Pensionskassen und Stiftungen reagierten bereits auf die veränderten Rahmenbedingungen, manche zogen ihre Investitionen komplett aus großen Kohle-, Gas- und Ölunternehmen ab. Zahlreiche Gemeinden, Städte und Länder, unterstützt von Unternehmen, sozialen Bewegungen und NGOs, haben bereits ihre „100 Prozent erneuerbar“-Zukunft formuliert – und teilweise schon erreicht. Hier hat sich in den letzten Jahren eine Bewegung von unten formiert, die das Potenzial hat, die ökonomischen Strukturen nachhaltig zu verändern.

Nach Berechnungen internationaler Umweltschutzverbände lassen sich unter günstigen Voraussetzungen die Weltenergiesysteme bis 2050 sogar kostenneutral auf erneuerbare Energien umstellen. Der Weg dahin ist jedoch noch lang. Die Wende geht nur mit erneuerbaren, effizienten, dezentralen, digital gestützten, partizipativ organisierten und universell einsetzbaren Energiesystemen. Das heißt: Produktionssysteme müssen angepasst, enorme Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt, weitere Produktinnovationen geschaffen, Arbeitsbeziehungen und Konsumentenverhalten verändert und die globale Kooperation intensiviert werden. Also wird es nicht ausreichen, lediglich von der einen auf die andere Energieressource umzustellen. Eine

Energiewende macht die Änderung bestehender Machtverhältnisse und gesellschaftlicher Gewohnheiten notwendig – nur so können wir zukunftsfeste Antworten auf die Fragen formulieren, wie Energie produziert wird, wer sie besitzt, wie sie verteilt und wie sie genutzt wird. Wir brauchen:

- **Einen stabilen Ordnungsrahmen:** Ohne Zweifel muss massiv in erneuerbare Energien, in die Energieeffizienz und die Digitalisierung der Energiesysteme investiert werden. Dabei werden die hohen Anschubkosten für die neue Infrastruktur ohne die Privatwirtschaft nicht zu schultern sein. Ein solcher Investitionsschub muss zwar vor allem in den Industrieländern umfassend und schnell kommen, doch müssen sich auch die Entwicklungsländer ehrgeizige Ziele stecken und langfristige nachhaltige Energiestrategien formulieren. Gerade in Entwicklungsländern, wo die Energieversorgung oft ausschließlich in staatlicher Hand liegt, sind fehlende Investitionen eine der höchsten Hürden für eine umfassende Energiewende. Investitionen aber setzen – gerade mit Blick auf ausländische Investitionen – Vertrauen in stabile Rahmenbedingungen voraus. Der Staat muss also einen soliden politischen Ordnungsrahmen für den Aufbau neuer Energiesysteme schaffen – durch entsprechende Anreize, Rechtssicherheit, die Minimierung von Investitionsrisiken, Energieeinspeisegesetze und die Förderung von Energiegenossenschaften.
- **Energiegerechtigkeit:** Viele werden von einer Umstellung auf dezentrale Systeme, die auf erneuerbaren Energien basieren, profitieren. Allerdings muss die Versorgung sicher und bezahlbar sein. Gerade in Entwicklungsländern wird (fossile) Energie oft durch Subventionen verbilligt – die aber kommen vor allem Unternehmen und Wohlhabenden zugute. Sinnvoller ist es, eine eventuelle Energiekostensteigerung durch direkte

Unterstützung sozial abzufedern. Mit der Umstellung müssen gleichzeitig auch die ökonomischen Potenziale aufgezeigt werden – sie bestehen z. B. in neuen Arbeitsplätzen in der Energiegewinnung oder in der Etablierung nachfolgender Wertschöpfungsketten durch die Elektrifizierung ländlicher Räume. Zu einer sozialverträglichen Gestaltung von Energiepolitik gehören überzeugende Konzepte für die finanzielle und berufliche Absicherung der betroffenen Beschäftigten in der traditionellen Energiewirtschaft. Klima- und energiepolitische Langfristziele sind deshalb immer auch mit beschäftigungspolitischen Zielen zu verbinden, orientiert am Prinzip der guten Arbeit.

- Ein „*race to the top*“: Entwicklungsländer werden ihre Energiewende selbst angehen, müssen aber durch internationale Kooperation und reiche Länder unterstützt werden. Dazu gehören finanzielle Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klima- und Entwicklungsfinanzierung ebenso wie die Förderung von Direktinvestitionen und privatwirtschaftlichem Engagement, technologische Unterstützung und Hilfe beim Aufbau von strategischen Kapazitäten. Unternehmenskooperationen und Transformationspartnerschaften zwischen Ländern unterschiedlicher Entwicklungsniveaus können die Energiewende gezielt voranbringen. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit muss konsequent auf die Förderung dezentraler, erneuerbarer Energieversorgung umgestellt werden. Dabei kommt den multilateralen Entwicklungsbanken für die Finanzierung neuer Strukturen eine wichtige Rolle zu, ebenso der WTO und der UNCTAD mit Blick auf Handelsfragen, Eigentumsrechte und Investitionsregime. Ambitionierte regionale Programme wie die Africa Renewable Energy Initiative zeigen, dass regionale Kooperationen wichtige Bausteine einer weltweiten Energiewende sind. In internationalen Foren wie IRENA und UNEP sowie in den weiteren Beratungen zur

Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele müssen die besten Praktiken zur Realisierung der Energiewenden ausgetauscht werden, um Orientierung für nationale Energiepolitiken zu bieten.

- **Energie von unten:** Energiewenden stellen sich nicht von selbst ein. Entscheidend für eine gelingende Energietransformation sind der auf einen Umbau zielende Druck aus den Gesellschaften ebenso wie die Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung und das Wissen über alternative Energiesysteme. Städte und Gemeinden sind die konkreten Orte dieser Transformation. Die lokalen Lösungen werden aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen gewiss sehr verschieden sein. Bei dezentralen Energiesystemen sind immer mehr Menschen zugleich Energieverbraucher und Produzenten: Das eröffnet Möglichkeiten lokaler Energiediskurse mit enger Einbindung der Bevölkerung in Planung, Entscheidungsprozesse und Umsetzung. Partizipation ist nicht nur mit Blick auf die „Kreativität der Vielen“ gefragt, sondern auch zur Streitbeilegung und für den Interessensausgleich, weil solcherart komplexe Transformationen viel Konfliktstoff bergen. Über Divestment-Kampagnen wie die *Fossil-Free-Campaign*, die es mittlerweile in 60 Ländern gibt, kann auch künftig von unten daran gearbeitet werden, klimaschädliche Unternehmenspolitiken weniger lukrativ zu machen oder zumindest Investitionen in diese Bereiche abzubauen oder zu skandalisieren.

5.2 Money, money ...

Alles im roten Bereich

Wenn es darum geht, die ökonomische Entwicklung nachhaltiger zu gestalten, Vertrauen in die Politik und innerhalb von Gesellschaften zu stärken, Ungleichheit abzubauen und die Bedürfnisse der Men-

schen wieder in den Mittelpunkt ökonomischer Prozesse zu stellen, dann muss die politische Bändigung der internationalen Finanzmärkte ganz oben auf der Agenda stehen.

Der ökonomische, politische und psychologische Schaden der Krise von 2008 war enorm. Allein die europäischen Regierungen ließen sich bis 2010 die Rettung ihres Bankensektors 1,6 Billionen Euro kosten. Weltweit gaben die Staaten, um den konjunkturellen Absturz abzumildern, 2.000 Milliarden USD für Konjunkturprogramme aus. Ganze Volkswirtschaften brachen zusammen, Armut und Hunger wuchsen wieder. Die Krise machte deutlich: Auf die riskanten Geschäftsmodelle der Finanzindustrie, die zunehmend undurchsichtig und komplex angelegt wurden, hat die Politik keinen Zugriff mehr (und will ihn teils auch nicht haben). Das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik ist verloren gegangen. Die Bereicherungsmentalität vieler verantwortlicher ökonomischer Eliten verletzte das Gerechtigkeitsempfinden vieler Teile der Gesellschaften: Ihre Institute wurden schließlich mit öffentlichen Geldern gerettet, was das Haftungsprinzip – ein Grundpfeiler der Marktwirtschaft – außer Kraft setzte. Selten wurden die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste so augenfällig wie in der Finanzkrise. Und selten richteten sich die Funktionsweise und der Charakter eines für die Entwicklung einer Gesellschaft zentralen Systems so eindeutig gegen die Interessen der überwältigenden Mehrheit dieser Gesellschaften wie die Verfasstheit der Finanzmärkte.

Der Finanz- und Bankensektor steht auch im Zentrum der internationalen Steuervermeidung. Die Mindereinnahmen durch Unternehmenssteuervermeidung beziffern die konservativen Schätzungen der OECD auf 240 Milliarden USD. Das trifft die Länder des globalen Südens mit ihrem insgesamt niedrigeren Bruttosozialprodukt besonders hart; zudem sind sie mangels anderer Steuerquellen stärker auf die Besteuerung von Konzerngewinnen angewiesen als die Länder des Nordens. Schätzungen zufolge dürften deshalb die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Entwicklungsländern zwei- bis

dreimal so groß sein wie in den OECD-Staaten. Hinzu kommen die beträchtlichen Summen, die den Ländern des globalen Südens durch die *Offshore*-Steuervermeidung ihrer politischen und ökonomischen Eliten entgehen – das meiste davon übrigens Richtung Norden. Fast ein Drittel des Vermögens reicher Afrikaner – rund 500 Milliarden USD – ist in Steueroasen angelegt. Laut des Mbeki Panel der Afrikanischen Union verlieren die Länder des globalen Südens für jeden Dollar, den sie durch öffentliche Entwicklungshilfe, Investitionen oder Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten einnehmen, fast einen Dollar durch Kapitalflucht. Ursachen gibt es viele: Oft verfügen diese Länder über keine leistungsfähigen Steuersysteme, ihre Steuerverwaltungen sind schlecht ausgestattet, korrupte Eliten schaffen unterschlagenes Staatsvermögen zwecks Anlage in Schattenfinanzzentren ins Ausland, ausländische Investoren erhalten langjährige Steuervergünstigungen oder vermeiden Zahlungen an den Fiskus durch vielfältige Tricks der Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer. Auch haben die Entwicklungsländer i. d. R. keinen Zugriff auf die Bankdaten ihrer Staatsangehörigen in OECD-Ländern.

Nicht einmal seit den Diskussionen über die Geschäftspraktiken in den „Rotlichtzonen des Kapitals“ ist eine Trendumkehr zu erkennen. 2014 waren die Investitionen von Unternehmen in Steueroasen fast vier Mal so hoch wie im Jahr 2001. Neun von zehn weltweit agierenden Konzernen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen.

Reformen greifen zu kurz

Seit der Finanzkrise 2008 gab es eine Reihe von Reformen, die zunächst hoffnungsvoll stimmten, vor allem die G20-Beschlüsse von 2008 und 2009: Kein Akteur, kein Produkt und kein Markt sollten fortan unreguliert und ohne Aufsicht bleiben. Auch die EU unternahm u. a. mit der Überarbeitung der Ratingverordnung und der Transparenzrichtlinie, mit Bankenstresstests und der Umsetzung von Basel III Schritte

zur Finanzmarktregulierung. All dies hat jedoch keine politische Wirkungskraft entfaltet – eine neue Bankenkultur, ausgerichtet auf Nachhaltigkeit und Unterstützung der Realwirtschaft, ist nicht entstanden. Nach zehn Jahren Krisen, *Bail-outs* und Reformen bleibt das globale Finanzsystem gefährlich und dysfunktional. Kennzeichen sind nach wie vor kurzfristige Renditemaximierung und Risikoignoranz. Immer noch finanzieren Banken ihr langfristiges Geschäft mit kurzfristig laufenden Krediten. Nur 26 Prozent dienen dem klassischen Kreditgeschäft, der wichtigste Bilanzposten sind nach wie vor Derivate. Auch nach dem Basel-III-Abkommen ist die Höhe des vorgeschriebenen Eigenkapitals noch zu gering, als dass die Banken im Krisenfall haften könnten – und nicht erneut der Steuerzahler. Zwei weitere weiße Flecken bei den Finanzmarktreformen bleiben eine große Gefahrenquelle: der Schattenbankensektor und die „*too-big-to-fail*“-Banken, die bisher nicht regulierten Systembanken, die Staaten erpressbarer machen.

Die meisten riskanten Praktiken, die zur Finanzkrise führten, waren legal. Aber auch nach den Reformen bleibt ihnen noch zu viel Spielraum. In den kommenden Jahren muss es deshalb Ziel sozialdemokratischer, sozialistischer und progressiver Politik sein, den Finanzbereich demokratischer zu gestalten, ihn wieder in die Rolle des Dienstleisters zurückzudrängen und den Bankensektor so zu regulieren und weiterzuentwickeln, dass er kein permanentes Systemrisiko mehr für ganze Ökonomien und Gesellschaften darstellt:

- **Zähmung und Umbau der Finanzmärkte:** Kein „zweites Lehman“ – darüber war man sich im Kreise der großen Länder einig. Doch je mehr die Erinnerung an die Krise und ihre Ursachen verblasst, desto schneller schwindet nicht nur der Gestaltungswille, sondern erstarken auch erneut die Widerstände der Finanzmarktakteure und die Bereitschaft der Politik, dem nachzugeben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten müssen sich deshalb die konse-

quentere Zähmung der Finanzmärkte auf ihre Fahnen schreiben. Dazu gehören: die strengere Regulierung des Schattenbankwesens, um die Auslagerung von Bankgeschäften in unregulierte Bereiche zu verhindern; der Rückzug aus der Staatshaftung; ein funktionierendes Trennbankensystem; das Verbot riskanter Geschäfte und der Spekulation mit Agrar- und Energierohstoffen; die Reglementierung des Hochfrequenzhandels; die Reform der Geschäftsmodelle von Ratingagenturen sowie eine massive Ausweitung der Aufsicht. Klar muss auch sein: Wer mithilft, Gelder zu waschen oder Steuern zu hinterziehen, muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Vor allem für jene Finanzinstitute, die bei einer Krise ganze Volkswirtschaften in Bedrängnis bringen können, muss es deutlich höhere und qualitativ bessere Eigenkapitalanforderungen geben. Auch die politisch mehrfach beschlossene Finanztransaktionssteuer muss – zumindest in der Eurozone – endlich umgesetzt werden.

- **Tax it!** Gestaltende Steuerpolitik und effiziente Steuersysteme sind in mehrfacher Hinsicht zentral für eine Transformation: Es lassen sich benötigte finanzielle Mittel mobilisieren, und mit Hilfe des Steuersystems können wir die Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb der Gesellschaft gerechter gestalten. Über Steuern lassen sich politisch gewünschte Projekte fördern, unerwünschte Aktivitäten verteuern und Konsum- und Produktionsentscheidungen lenken. Und schließlich können wir Steuersysteme so gestalten, dass sie mehr demokratische Kontrolle ermöglichen und die Rechtsstaatlichkeit stärken, denn: Steuerzahler können Rechenschaft über die Verwendung ihrer Gelder verlangen. Deshalb ist der Aufbau nationaler Steuersysteme gerade auch in den Entwicklungsländern und die gegenseitige Unterstützung dabei wichtig. Aber das reicht nicht aus: Wir müssen auch die inter-

nationale Kooperation in Steuerfragen weiter verbessern – schließlich hat sich die Wirtschaft längst internationalisiert.

Dass Veränderungen auch im internationalen Kontext möglich sind, zeigen die im Rahmen der G20, der EU und der OECD vereinbarten Schritte zur Eindämmung der illegalen Steuerhinterziehung und der formal legalen Steuervermeidung: etwa der automatische zwischenstaatliche Informationsaustausch über Finanzkonten, der G20-Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewinnkürzung und -verlagerung von Unternehmen oder die Transparenzvorschriften im Rahmen der EU-Eigenkapitalrichtlinie. Weitere Schritte sind jedoch notwendig. Sozialdemokraten und Sozialistinnen setzen sich dafür ein, dass der ruinöse Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze beendet wird, indem Steueranreize für multinationale Unternehmen transparent gemacht und schädliche Steuerpraktiken geächtet werden; sie setzen sich dafür ein, langfristig international anerkannte, effektive Mindestsätze für Unternehmenssteuern bzw. globale Gesamtkonzernsteuern einzuführen, die nicht unterschritten werden dürfen; Unternehmen zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung zu verpflichten, damit jeder die Steuerzahlungen von Konzernen nachvollziehen kann; Steueroasen konsequent trockenlegen, indem z. B. strafrechtliche Lücken vor allem für die Banken geschlossen und Steueroasen vom internationalen Finanzsystem abgeschnitten werden. Wichtig dabei ist, in die Regelsetzung auch die Länder des Südens mit einzubeziehen – im Idealfall im Rahmen eines zwischenstaatlichen, bei den UN angesiedelten Gremiums. Auch moderne Freihandelsabkommen können dafür genutzt werden, gemeinsame Regeln zur Unternehmensbesteuerung verbindlich festzulegen.

- **Banking von unten:** Gesellschaften dürfen nicht tolerieren, dass sich prekäre Systeme gegen die Interessen einer großen

Mehrheit entwickeln können. Keine Frage: Es ist Aufgabe des Staates, hier strenge Regeln durchzusetzen. Aber es müssen auch mehr Menschen die Krux der Finanzmärkte verstehen und ebenso, was man dagegen tun kann. Vieles, was in den letzten Jahren über das Geschäftsgebaren der Banken und anderer Finanzmarktakteure bekannt wurde, kam durch Whistleblower ans Tageslicht. Der Schutz von Hinweisgebern muss deshalb verbessert werden. Mehr noch: Wir brauchen gesellschaftliche Aufklärungsarbeit und finanzmarktpolitische Alphabetisierungskampagnen, etwa durch NGOs, weil die Diskussion über entscheidende Fragen befeuert werden muss:

Welchen Platz haben Finanzen und Banken in unserem Leben? Wie werden Menschen im Umgang mit dem Finanzsektor sicherer? Welche Alternativen gibt es?

Zu den Alternativen gehören sicherlich das genossenschaftliche Bankenwesen, aber auch neue Trends, die mit ganz verschiedenen Technologien („FinTechs“) experimentieren. Einige bergen das Potenzial, in der Zukunft ein alternatives Banken- und Finanzwesen zu etablieren, etwa mit *Blockchain*-Technologien, die in nahezu jedem Bankenbereich für Transaktionssicherheit sorgen können und dazu transparenter, dezentral und kostensparender sind. Das „*internet of finance*“ kann *Peer-to-peer*-Kredite (die Kreditvergabe zwischen Privatleuten ohne Banken), den Aufbau alternativer Kreditmärkte oder die Verbreitung von Kryptowährungen vorantreiben. So werden Alternativen geschaffen, die das Finanzsystem wieder auf seine dienenden Funktionen beschränken: Allokation zu erleichtern, Risiken zu managen, Unternehmungen zu finanzieren, Sparen und Investieren zu ermöglichen.

5.3 Globalisation must work! – Gute Arbeit weltweit durchsetzen

Gute Arbeit weltweit zu stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien. Arbeit steht im Mittelpunkt menschlicher Entwicklung. Gute Arbeit sichert den Lebensunterhalt, verringert Ungleichheit, fördert die Gleichstellung der Geschlechter und stärkt Gemeinschaften, indem auch Arbeit im Haushalt, in der Pflege und Freiwilligenengagement anerkannt wird. Gute Arbeit fördert die Kreativität, ermöglicht Teilhabe und vermittelt ein Gefühl von Wertschätzung. Gut ist eine Arbeit, so der *DGB-Index Gute Arbeit*, wenn sie den Ansprüchen und Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht wird. Gute Arbeit ist damit ein konkreter Ort der Transformation. Fehlen diese Qualitäten, kann Arbeit auch Zwang und Stress bedeuten, gegen Menschenrechte verstoßen, unwürdig, ausbeuterisch und gefährlich sein, zur Ungleichheit beitragen und Familien und Gemeinschaften destabilisieren. Arbeit muss deshalb so gestaltet werden, dass sie menschliche Entwicklung und soziale und ökologische Transformation fördert.

Prekäre Arbeitsbedingungen

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die vormals positive Beschäftigungsentwicklung abgeschwächt; die Zahl von rund 30 Millionen neuen Arbeitslosen konnte seitdem nicht abgebaut werden. Den offiziellen Arbeitsmarktstatistiken zufolge sind heute knapp 200 Millionen Menschen ohne Arbeit. Schreibt man die aktuellen demografischen Trends fort, drängen jedes Jahr rund 40 Millionen Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Das heißt: Bis 2030 brauchen wir rund 420 Millionen neue Jobs, mehr noch als bisher vor allem im Dienstleistungsbereich. Dabei wird in vielen Teilen der Welt das Arbeitskräftepotenzial gar nicht ausgeschöpft: Frauen sind weiter unterrepräsentiert, junge Menschen überproportional von Arbeitslosigkeit

betroffen; trotz großer Fortschritte fehlt es zahlreichen Kindern und Jugendlichen weiter an elementaren Bildungsmöglichkeiten.

Bei der Qualität der Arbeit zeigt sich: Gute Arbeit scheint für viele noch weit entfernt. Das gilt nicht nur für die 21 Millionen Zwangsarbeiter, sondern auch für die rund 830 Millionen erwerbstätigen Armen, die mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen. Frauen sind schlechter bezahlt und abgesichert und leisten den überwiegenden Teil unbezahlter Familienarbeit. Vor allem in den Entwicklungsländern arbeitet ein Großteil der Menschen im informellen Sektor, den geringe Produktivität, schlechte Arbeitsbedingungen, ungerechte Löhne und völlig fehlende soziale Sicherungsleistungen „auszeichnen“. Lediglich ein Viertel der Weltbevölkerung verfügt über sozialen Schutz. Jährlich sterben 2,3 Millionen Menschen bei Arbeitsunfällen. In vielen entwickelten Ländern ist die Zahl derer, die aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr arbeiten können, größer als die der Arbeitslosen. Gewerkschaftsarbeit gegen Missstände aber wird behindert: Die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in Ländern, die das ILO-Übereinkommen 87 zur Vereinigungsfreiheit und zum Schutz des Vereinigungsrechtes nicht ratifiziert haben. Illegale Migrantinnen und Migranten, Sexarbeiterinnen und -arbeiter und Hausangestellte sind Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt besonders ausgesetzt.

Schöne neue Arbeitswelt?

Globalisierung und Digitalisierung der Ökonomie werden auch in den kommenden Jahren die Arbeitsmärkte und den Charakter von Arbeit maßgeblich prägen. Dabei ist die Situation ambivalent: Einerseits tragen globale Wertschöpfungsketten, weltweite Handels- und Investitionsentscheidungen und Migration auch zu einer Globalisierung der Arbeit bei, andererseits werden Arbeit und Arbeitsschutz – wenn überhaupt – nationalstaatlich reguliert. Rund eine halbe Milliarde Menschen arbeitet bereits in globalen Wertschöpfungsketten, die

große Mehrzahl davon in informellen Beschäftigungsverhältnissen. So wurden auch in vielen Entwicklungsländern Arbeitsplätze geschaffen, und eine Reihe von Schwellenländern konnte in den letzten Jahren den Status des Billiglohnlandes überwinden und mit hochwertiger Arbeit zur Konkurrenz für die entwickelten Industrieländer werden. Zugleich aber wurde der Druck der Märkte an die Beschäftigten weitergegeben – Bezahlung, Arbeitsschutz sowie rechtliche und soziale Absicherung wurden schlechter. Löhne und Arbeitsstandards sind im Zuge der Globalisierung von Güter- und Kapitalmärkten zu Faktoren des „Standortwettbewerbs“ geworden; das führt letztlich zu einem „*race to the bottom*“, in dem sich Staaten und Regionen gegenseitig unterbieten – mit gravierenden sozialen und ökonomischen Folgen.

Bereits seit einigen Jahrzehnten ist die Digitalisierung der Ökonomie ein maßgeblicher Treiber der internationalen Arbeitsteilung. Dieser Trend, dafür spricht Einiges, verstärkt sich in den kommenden Jahren; die Verschränkung unterschiedlicher Technologien wie künstliche Intelligenz, 3D-Druck, Smartphones, Robotik oder Biotechnologie differenziert die Arbeitsteilung noch weiter aus. Das Internet der Dinge verändert ganze Wertschöpfungs-systeme und entgrenzt Güter- und Arbeitsmärkte weiter räumlich und zeitlich. Arbeit wird mobiler und multilokal.

Wie aber wird die beschäftigungspolitische Bilanz dieser digitalen Revolution aussehen? Das ist umstritten und bisher nicht absehbar. Einerseits weckt sie Hoffnung auf neue Geschäftsmodelle und Branchen, die Arbeitsplätze schaffen; auf eine höhere Produktivität, die allen zugute kommt; auf bessere, gesündere Arbeitsplätze und flexiblere Formen der Arbeit im Dienste der Beschäftigten; auf mehr Zeitsouveränität, mehr Möglichkeiten für Existenzgründungen und die Unterstützung von Ansätzen der solidarischen Ökonomie.

Andererseits ist Skepsis berechtigt. Denn die wirtschaftliche Entwicklung der letzten dreißig Jahre hat beides hervorgebracht: einen enormen technologischen Schub und extreme Ungleichheit.

Weitere technologische Revolutionen können die Ungleichheiten verschärfen. Der „Aufstieg der Roboter“ (Martin Ford) weckt Ängste, und die sind nicht unbegründet: Eine neue Welle der Automatisierung könnte tatsächlich Routinearbeitsplätze vor allem auf der mittleren Ebene im Angestelltenbereich kosten – und dies nicht mehr nur im Fertigungs-, sondern auch im Dienstleistungsbereich und in der Wissensarbeit. Qualifikationen werden entwertet, andere dagegen stark nachgefragt; ganze Berufe werden verschwinden und neue entstehen. Eine Folge könnte eine weitere Polarisierung auf den Arbeitsmärkten und damit auch bei der Einkommensverteilung sein, z. B. durch eine stärkere Nachfrage nach Hochqualifizierten (angeworben über die globalen Arbeitsmärkte) und schlechtbezahlten Dienstleistungsjobs (besetzt über nationale Arbeitsmärkte oder Migration). Bereits heute zeigt sich: In den flexiblen Arbeitswelten von *Crowd-Working*, *Click-Working* und „*Human Cloud*“-Plattformen sollen Lohnempfänger zu „Unternehmern“ werden, sind Beschäftigte oft nur auf Abruf gefragt – mit irregulären Verträgen, kurzfristigen Arbeitsverhältnissen, schlechtem sozialen oder gewerkschaftlichen Schutz.

Jedoch: Digitale Technologien bergen Transformationspotenzial auch für gute Arbeit. Die Frage, wer von der „Digitalen Dividende“ profitiert, ist noch nicht entschieden. Die Zukunft kennen wir nicht genau, aber wir können Einfluss nehmen. Sozialdemokratische, sozialistische und progressive Parteien müssen sich deshalb das „Vorhaben Gute Arbeit weltweit“ und die zukünftige Gestaltung der Arbeit weiter auf ihre Fahnen schreiben – und dies nicht punktuell, sondern umfassend im Sinne der Decent Work Agenda der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei brauchen, sind:

- **Nachhaltige Arbeit:** Nachhaltige Arbeit ist ein Ziel globaler sozialer und ökologischer Transformation. Sie bedeutet, sich mit einer sinnstiftenden und sicheren Tätigkeit in nachhaltige

Wertschöpfungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen und davon ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Der Ort dieser Arbeit und das, was Länder, Regionen, Kommunen und Unternehmen dafür tun können, um gute Arbeit für (und durch) die Transformation zu schaffen, werden sehr unterschiedlich sein. Eine auf nachhaltige Arbeit gerichtete Beschäftigungsstrategie hat folgende Voraussetzungen und Eckpunkte: die Formulierung von Beschäftigungszielen; ein stabiles makroökonomisches Umfeld; Wachstum in nachhaltigen Branchen, das sich in Arbeitsplätze übersetzt; innovative Bildungs-, Lern- und Qualifizierungsoffensiven, um den Wandel und die Digitalisierung der Arbeitswelt zu begleiten; neue regulatorische Rahmen für informelle Beschäftigte ebenso wie für Web-basierte Arbeitsplattformen und Arbeitsformen; eine beschäftigungssensible Steuer- und Fiskalpolitik; besserer Zugang zu Krediten für kleine und mittelständische Unternehmen sowie ein besonderes Augenmerk auf Bereiche, wo Arme leben und arbeiten (z. B. in der Landwirtschaft). Des Weiteren sollte der digitale Fortschritt genutzt werden, neue Arbeits(zeit)modelle zu entwerfen. Dabei geht es nicht um Arbeitskraftunternehmer, die alle Risiken selbst tragen und ihr Leben betriebswirtschaftlich optimieren müssen. Es geht um ein Modell, das die Gesamtheit der Arbeit in den Blick rückt und die Wertschätzung der Arbeit an der gesellschaftlichen Nützlichkeit orientiert. So schlägt der Club of Rome in seinem Bericht *Wie wir arbeiten werden vor*, Arbeit in einem Mehrschichten-Modell zu denken, das klassische bezahlte Erwerbsarbeit, Pflege, gemeinnützige und wohltätige Arbeit sowie Selbstversorgung umfasst. Wichtig ist dabei, eine gerechtere Verteilung der häuslichen Arbeit und der Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern zu erreichen – etwa durch besseren Zugang von Frauen zu gut bezahlter und qualitativ guter Arbeit, durch eine bessere Grundversorgung mit Wasser, Strom und Nahrung,

durch Änderung gesellschaftlicher Normen und Anerkennung von Sorgearbeit. Notwendig sind dabei alternative Formen der Einkommenssicherung jenseits von klassischer Lohnarbeit für alle Bevölkerungsgruppen.

- **Rechte:** Gute Arbeit darf nicht vom Wohl und Wehe der jeweiligen Interessen von Unternehmen und Regierungen abhängen: Sie muss notwendig rechtebasiert sein. Vereinigungsfreiheit, Tarifautonomie und das Recht auf Kollektivverträge, Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit, Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie das Gebot gleichen Lohns für gleiche Arbeit – das sind die Kernarbeitsnormen der IAO. Sozialdemokratische, sozialistische und progressive Parteien müssen in ihren Ländern und international auf die Umsetzung dieser Normen sowie weiterer Konventionen zum Schutz von Beschäftigten drängen. Dazu gehören neben der Ausweitung der Unternehmensverantwortung für gesetzlich verbindliche, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten auch verbindliche Rechenschafts- und Transparenzpflichten für alle Unternehmen entlang der Lieferkette; ferner gehört dazu die Weiterentwicklung des internationalen Normengefüges, etwa mit Blick auf die Stärkung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der IAO-Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik. Die Einhaltung von Kernarbeitsnormen muss fester, sanktionierbarer Bestandteil von Handelsabkommen sein. Um soziale Menschenrechte überall zu verwirklichen, brauchen wir „*living wages*“ (Existenzlöhne), die Ausweitung des Arbeitsschutzes sowie sozialen Schutz für alle, um persönliche sowie ökonomische Krisen besser abzufangen. Hier bietet das von der IAO präsentierte Konzept von *Social Protection Floors*, einer sozialen Grundsicherung, die Aussicht auf die Schaffung eines sozialen Basisschutzes auch

für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaften in den Ländern des Südens. Und schließlich müssen wir uns mit Blick auf die Globalisierung der Arbeit international und regional für eine geregelte, sichere und verantwortungsvolle Migration und Mobilität einsetzen.

- **Beteiligung:** Wenn wir es ernst meinen erstens mit dem Auftrag, Menschen in die Lage zu versetzen, wichtige Lebensbereiche mitzugestalten; wenn wir zweitens konstatieren, dass sich die Wirtschaft immer mehr ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entzieht und demokratische und gemeinwohlorientierte Prinzipien sowie gesellschaftliche Belange kaum mehr eine Rolle spielen; und wenn wir drittens davon ausgehen, dass die Demokratisierung der Wirtschaft die zentrale Voraussetzung für eine gelingende sozial-ökologische Transformation ist – dann ist es in den kommenden Jahren entscheidend, Demokratie und Partizipation auch am Arbeitsplatz zu stärken.

Die Arbeiterbewegung verfügt weltweit über reiche Erfahrungen mit verschiedensten Beteiligungsformen. Den Anspruch auf Beteiligung und Mitbestimmung im Unternehmen und bei der Gestaltung und Nutzung des Produktionsprozesses heute zu erneuern, ist nicht nur vor dem Hintergrund des digitalen Wandels und der Durchsetzung von guter Arbeit, sondern auch für eine soziale und ökologische Transformation insgesamt wichtig. Umgekehrt gelingt die Transformation nur dann, wenn Betroffene zu Beteiligten werden – wenn wir also das Beteiligungspotenzial der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer systematisch nutzen und den Wandel mit ihnen von unten gestalten. Solche Interventionen scheinen nach Jahrzehnten des Neoliberalismus weit entfernt und werden auf massive Widerstände stoßen.

Auch gibt es keine Patentlösungen. Am unmittelbarsten wird Autonomie über Formen der solidarischen Ökonomie,

über selbstverwaltete Betriebe und Produktionsgenossenschaften zurückerobert. In anderen Fällen muss die betriebliche Mitbestimmung ausgedehnt werden auf relevante Fragen der Arbeitsgestaltung, etwa der Zeitsouveränität. Das verlangt starke und freie Gewerkschaften. Um hier Fortschritte zu erzielen, muss ihre Arbeit von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten unterstützt und ermöglicht werden – gerade auch dort, wo Gewerkschaften schwächer und Gruppen schwieriger zu integrieren sind: etwa bei *Clickworkers*, bei Landlosen, Hausangestellten, Straßenhändlern und Wanderarbeitern.

In einer globalisierten Wirtschaft müssen Gewerkschaften und ihre Partner eine neue Form von Solidarität realisieren – eine Solidarität, die nicht mehr auf den geografischen Ort und homogene Gemeinschaften beschränkt ist, sondern die viele heterogene Ausformungen der Arbeit entlang der Wertschöpfungsketten und Migrationsnetze umfassen muss. Effektive Interessenvertretung und Mitsprache aller Beschäftigten können sich deshalb nicht länger innerhalb nationaler Grenzen vollziehen. Transnationale Unternehmens- und Branchennetze, internationale Rahmenabkommen mit transnationalen Unternehmen und unterschiedliche Formen des sozialen Dialogs sind Strategien, mit denen Gewerkschaften bereits heute darauf reagieren. Wir müssen sie darin weiter unterstützen.

5.4 Riskante Zeiten? Frieden ist unteilbar

Wir leben in Zwischenzeiten: Politische und gesellschaftliche Umwälzungen haben die alten Strukturen und Muster politischen Handelns bereits aufgelöst, ohne dass in der Krise das Neue schon sichtbar wäre. Vielerorts wird die Legitimität bestehender politischer Ordnungen und damit auch das staatliche Ur-Versprechen in Frage

gestellt, Sicherheit organisieren und gewährleisten zu können. Zwischenzeiten sind ambivalent – sie bieten offene Räume, um Politik neu zu gestalten, schaffen aber auch Unsicherheit.

Wachsende Unsicherheit

Ein bestimmendes Grundgefühl vieler unserer Gesellschaften ist Unsicherheit. Umfragen zufolge nimmt indes „Sicherheit“ auf der Skala der sympathischsten Begriffe mittlerweile einen Spitzenplatz ein neben „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ – und dies in einem dreifachen Sinne: als soziale, existenzielle Sicherheit, als Sicherheit der persönlichen Unversehrtheit (vergleichbar den beiden Dimensionen menschlicher Sicherheit „Freiheit von Not“ und „Freiheit von Furcht“) und schließlich als Verlässlichkeit der Regeln und gesellschaftliche Kontinuität. Denn mit Sicherheit verbindet man auch die Institutionen und Arrangements, deren Aufgabe es ist, Krisen konstruktiv zu lösen, Gewalt zu verhindern sowie innere und äußere Bedrohungen für den Einzelnen und die gesellschaftliche und politische Ordnung abzuwehren.

Ursachen für Unsicherheit – subjektiv empfunden oder manifest – gibt es heute viele. Zu den Trends auf globaler, nationaler und individueller Ebene gehören:

- **Die Erosion der internationalen Ordnung:** Multilaterale Institutionen wie die Vereinten Nationen konnten sich nicht hinreichend als Säulen einer robusten Weltfriedensordnung etablieren; hingegen sind die Renaissance von Großmachtpolitik, die Wiederkehr des Krieges als politisches Mittel und die wachsende Neigung zur Selbstentbindung von kollektiven Normen klar erkennbar. Dies geht einher mit der Gefahr eines neuen globalen Wettrennens. Andererseits gab es in den letzten Jahren auch Erfolge der internationalen Diplomatie, etwa das Kli-

maabkommen, die *Agenda 2030* oder das Atomabkommen mit dem Iran.

- **Akute Krisen:** Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit verschwimmen. Ursachen dafür sind etwa langanhaltende Kriege und Gewaltökonomien, gezielte Angriffe auf Zivilbevölkerungen, steigende Zahlen gewaltsam Vertriebener, Geopolitik und Stellvertreterkriege, Ressourcenkriege und ethnisch aufgeladene Auseinandersetzungen, Umwelt- und Wasserkonflikte, Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie „zivilisatorische Selbstgefährdungen“ (Ulrich Beck) wie der Klimawandel.
- **Unter Druck geratende staatliche Gewaltmonopole:** Souveräne Staaten und ihr Gewaltmonopol sind einerseits zentrale Elemente der internationalen Ordnung. Andererseits gelten die Auflösung des Gewaltmonopols sowie seine mangelnde Legitimierung (bei repressiven Strukturen) als wichtige Ursache gewalttätiger Auseinandersetzungen. Hinzu kommen weitere Entwicklungen wie Debatten um umfassendere Sicherheitskonzepte oder die Privatisierung von Sicherheit angesichts neuer Bedrohungen wie dem transnationalen Terrorismus. Auch die Automatisierung der Kriegsführung wirft unmittelbare Fragen nach einer künftigen Verfasstheit demokratisch kontrollierter Gewaltmonopole auf.
- **Individueller Kontrollverlust:** Die individuelle Lebensgestaltung vieler Menschen wird immer komplexer, unübersichtlicher und prekärer. Kulturelle und soziale Systeme, mit deren Hilfe viele durch das Leben navigierten, lösen sich auf. Die eigene Zukunft ist nicht mehr planbar, das Vertrauen in die Institutionen, die früher Halt und Orientierung versprochen, schwindet. Gewalt gegen Frauen ist häufig die Konsequenz der

strukturellen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Männer sind weltweit einer der Hauptgründe für den vorzeitigen Tod von Frauen. Für viele scheint die umgebende Welt deshalb „entsichert“ zu sein, die Fähigkeit, Risiken zu tolerieren nimmt ab – größer hingegen wird die Sehnsucht der verunsicherten Mitglieder der (westlichen) „Risikogesellschaften“ (Ulrich Beck) nach möglichst umfassender Sicherheit.

Sicherheit in einer entgrenzten Welt: Für wen, durch wen?

Sicherheit nach innen und nach außen zu gewährleisten, ist seit jeher Aufgabe des Staates. Zunächst neutral, ist der Begriff der „Sicherheit“ in vielen Ländern politisch und gesellschaftlich aufgeladen. Ist von Sicherheit die Rede, dann muss man fragen: Um wessen Sicherheit geht es? Wer soll wodurch und vor welchen Gefahren geschützt werden? Oftmals verborgen bleibt dabei die Frage nach den Ursachen und der politischen Verantwortung. Gesellschaftliche Unsicherheit wird in den nächsten Jahren für die Politik zu einer besonderen Herausforderung, weil sich der politische Raum den Ängsten der Gesellschaft nicht verschließen darf. Geboten ist der sorgfältige Umgang mit ihnen und – wo möglich – die Bearbeitung ihrer Ursachen. Zugleich dürfen der Wunsch nach Sicherheit nicht so stark und die Antwort des Staates nicht so einseitig werden, dass man selbst ein streng kontrolliertes und die Freiheit zunehmend einschränkendes Gemeinwesen als Zufluchtsort empfindet.

Freiheit und Sicherheit stehen somit zwar in einem Spannungsfeld, sind aber nicht auf derselben Ebene angesiedelt. Sicherheit dient im Rechtsstaat dem Schutz der Menschen- und Freiheitsrechte aller dort lebenden Menschen – alle Maßnahmen sind entsprechend abzuwägen. In autoritären Systemen dagegen steht oft nicht die Sicherheit der Menschen im Mittelpunkt, sondern die des Staates oder der Machthaber. In demokratischen Systemen aber er-

höhen schärfere Gesetze oft nicht die Sicherheit, sondern begrenzen die Freiheitsrechte. Während als Antwort auf das gesellschaftliche Sicherheitsbedürfnis oft der Ruf nach der vermeintlichen „Gefahrenabwehr“ ertönt, die eher auf vermehrte Eigensicherung, auf die Abkehr von – nun – „riskanten“ Freiheiten und soziale Kontrolle setzt, werden die realen Risiken und Bedrohungen aber nur durch einen „Multilateralismus der Problembewältigung“ gemindert werden können. Dieser setzt eher auf kollektive Sicherheit, kooperative Elemente, Transparenz, demokratische Einflussmöglichkeiten und Öffnung. Die Sicherheit des einen lässt sich nicht ohne die Sicherheit des anderen gewährleisten.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten verbinden deshalb die akute Bewältigung von Krisen mit der Arbeit an mittel- und langfristig tragfähigen Lösungen. Sie setzen sich ein für eine Politik, die das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzt und Gewalt aus den internationalen Beziehungen verbannt. Ein sozialdemokratisches Friedensverständnis nach innen wie außen strebt nachhaltigen, positiven Frieden an, der mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Es impliziert eine große Bandbreite ziviler Instrumente, betont globale Solidarität und die Rolle der Parlamente und setzt die Interaktion mit anderen Politikbereichen voraus. Im Zentrum des Interesses steht menschliche Sicherheit. Projekte, die die Progressive Allianz dabei verfolgen sollte, wären:

- **Die Stärkung der Vereinten Nationen:** Es ist Zeit für eine neue Agenda des Friedens. Diese zu initiieren und zu gestalten steht in der langen friedenspolitischen Tradition sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Hier müssen erste Antworten auf ganz verschiedene friedenspolitische Fragen zusammenfließen: Wie können eine neue Entspannungspolitik und vertrauenspolitische Maßnahmen gestaltet werden? Wie können die Vereinten Nationen als zentraler friedenspolitischer

Akteur im 21. Jahrhundert reformiert und gestärkt werden? Welche praktischen friedenspolitischen Instrumente brauchen wir – Friedenseinsätze, zivile Friedensförderung, Mediation, Versöhnung – und wie lassen sich diese weiterentwickeln? Wie gelangen wir zu einer globalen Renaissance der Abrüstung?

Konkret sollten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten vor allem die Institutionen stärken, die gemeinsame Sicherheit garantieren, allen voran die Vereinten Nationen. Nur sie sind in der Lage, eine globale Friedenspolitik zu gestalten. Umso besorgniserregender ist ihr aktueller Zustand: Die VN ächzen wie kaum eine andere Institution unter der Last ihrer Aufgaben, dabei werden ohne sie die friedenspolitischen Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Oft stehen die VN nur rhetorisch im Mittelpunkt. Es geht aber um ihre faktische Stärkung, um sie fit für die Zukunftsaufgaben zu machen: Progressive, sozialdemokratische und sozialistische Parteien sollten darauf hinwirken, den neuen VN-Generalsekretär bei der Durchsetzung von Reformen im Rahmen der „*Sustaining Peace*“-Agenda politisch, finanziell und personell zu unterstützen. Dazu gehört, den regulären Haushalt zu stärken, die Arbeitsweise des Sicherheitsrates zu reformieren und Transparenz und demokratische Mitwirkung an der VN-Arbeit zu erhöhen bzw. auszubauen. Die VN ernstnehmen bedeutet aber vor allem, sich innerhalb und außerhalb der Institution für konkrete Initiativen einzusetzen – als politische Innovationskraft, als Agenda-Setter, als aktive politische Verbündete der VN und als Brückenbauer zwischen den unterschiedlichen Positionen. Das heißt beispielsweise, die Forderungen der Horta-Kommission zur Stärkung von *UN-Peacekeeping* als Antwort auf neue Arten von Konflikten und Gewalt zu unterstützen, ebenso die der Töpfer-Kommission zur institutionellen Ausgestaltung des VN-Systems mit Blick auf die *Agenda 2030*, wie auch der Empfehlungen der High-

Level Review zur VN Resolution 1325, in der Konfliktparteien dazu aufgerufen werden, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Dabei geht es um wesentliche Bausteine einer globalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die die Handlungsfähigkeit der VN bei künftigen Herausforderungen vor allem in den Bereichen zivile Krisenprävention und Konflikttransformation nachhaltig stärken werden.

- **Vorrang für Zivil:** Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten sind sich darin einig, dass Prävention und zivile Instrumente zur Konfliktbeilegung Vorrang vor militärischen Mitteln haben müssen. Wenngleich militärische Einsätze zur Verhinderung schlimmster Menschenrechtsverbrechen und im strengen Rahmen des Völkerrechts als „letzter Ausweg“ legitim sein können, muss eine friedliche Weltinnenpolitik der Handlungslogik des Zivilen folgen. Hierzu bedarf es einer Politik international vereinbarter Krisenprävention, die an den Ursachen von Gewalt ansetzt; diese muss auf lange Sicht konzipiert, demokratisch kontrolliert und an den Prinzipien von Solidarität und Schutzverantwortung orientiert sein. Sie ist umso dringlicher, als in vielen Ländern Tendenzen kurzfristiger und auf den eigenen Vorteil bedachter Politikansätze Raum greifen. Nationalistische Strategien jedoch erleichtern weder den Umgang mit den schwierigen Herausforderungen der Gegenwart noch tragen sie zu ihrer nachhaltigen Bewältigung bei. Indes belegen die Ergebnisse von Verhandlungen wie jene über das Atomprogramm des Iran, dass Diplomatie auch in akuten Krisen erfolgreich sein kann. Ein Wettrüsten aber, das heute nach Jahren zurückgehender weltweiter Rüstungsausgaben erneut droht, könnte die Schere zwischen den Instrumenten ziviler Krisenprävention und mi-

litärischer Sicherheitspolitik wieder weiter öffnen. Dies gilt es zu vermeiden. Stattdessen werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten für den Ausbau ziviler Mittel eintreten. Ebenso sollten sie sich unter Berufung auf kollektive Sicherheitsarrangements für eine restriktivere Kontrolle von Waffentransfers und für die Unterstützung von Verhandlungen über die Erneuerung konventioneller (und atomarer) Rüstungskontrollvereinbarungen stark machen.

- **Legitimes Gewaltmonopol und demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors:** In vielen Ländern haben progressive Kräfte – aus oft sehr nachvollziehbaren Gründen – eine große Distanz zu den staatlichen Akteuren des Sicherheitssektors sowie zu sicherheitspolitischen Themen generell. Dennoch müssen sich sozialdemokratische und sozialistische Parteien verstärkt dem Thema innere Sicherheit widmen, um es nicht den konservativen oder repressiven Kräften zu überlassen. Nur dann können sie Alternativen zum (oft gescheiterten) Paradigma der „harten Hand“ aufzeigen und dem mächtigen Mythos entgegenzutreten, ein Mehr an Sicherheit sei nur über die Einschränkung von Bürgerrechten und ein Weniger an Demokratie und Transparenz zu erreichen. Sozialdemokratische Politik setzt deshalb ein legitimes staatliches Gewaltmonopol bei umfassender demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Verankerung des Sicherheitssektors voraus. Die Formulierung sicherheitspolitischer Ziele und Strategien sowie eindeutige Mandate und Kontrollmechanismen für Sicherheitsakteure müssen dabei Teil der öffentlichen demokratischen Debatte und Entscheidungsfindung sein. Darüber hinaus gilt es, die Arbeit im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention weiter auszubauen und die Stärkung des Vertrauens in der Gesellschaft sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staat als fortwährende Aufgabe zu sehen.

5.5 Städte regieren

In unseren Städten verdichten sich gesellschaftliche Herausforderungen ebenso wie Chancen und Perspektiven. Seit 2006, zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit, leben offiziell mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten; 2020 werden es 60 Prozent sein. Nahezu der gesamte Bevölkerungszuwachs kommender Jahre wird auf die Städte entfallen. Bis zu drei Milliarden Menschen werden im Verlauf weniger Jahrzehnte vom Land in die Stadt drängen – es ist die größte Migrationsbewegung unserer Zeit. Landflucht und Urbanisierung werden besonders schnell in den Ländern des globalen Südens voranschreiten. Mehr noch als heute werden große Städte zu den zentralen Einheiten ökonomischen Wachstums und der Herstellung von Kultur und Wissen. Bereits heute sind sie zentrale Knotenpunkte von Finanz- und Handelsströmen, und sie werden – als eine Art moderne Stadtstaaten – weiter an Einfluss in den (ökonomischen) Globalisierungsprozessen gewinnen.

Die Stadt ist vielerorts zugleich Chance und verdichteter Problembezirk, Wohlstandsenklave und Slumgebiet. Für viele bedeutet sie zunächst eine relative Verbesserung ihrer Lebenssituation, für die in weiten Teilen der Entwicklungsländer verarmte Landbevölkerung wird sie gar zum Zufluchtsraum. Glanz und Elend prallen auf engstem Raum aufeinander, die dramatische Verschärfung der Ungleichheit tritt hier am krassesten zutage und Fragen von Zugehörigkeit, Teilhabe und der Diversität von Gesellschaften stellen sich hier am unmittelbarsten. Vielerorts gleicht die Stadt einer Wildnis voller Risiken, hier konzentrieren sich die Herausforderungen für Infrastruktur, Mobilität, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme.

Auch der Druck auf lokale Ressourcen wie Land und Wasser ist beträchtlich. Städte tragen überproportional zum Ausstoß von Treibhausgasen bei: global mehr als zwei Drittel. Würde sich der Ausbau der Städte mit Zement und Stahl so fortsetzen wie bisher, so der Wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung für globale

Umweltfragen (WBGU), würde allein die Herstellung der Baumaterialien das weltweit für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels noch verfügbare Emissionsbudget bereits ausschöpfen – ohne nachhaltige stadtpolitische Entwicklungsziele können wir die Klimaschutzziele nicht einhalten.

Das Bild des städtischen Alltags in vielen Metropolen gilt manchen als Ausblick auf kommende soziale Auseinandersetzungen, gesellschaftliche Segregation, misslungene Integration, die Privatisierung der Sicherheit und gewalttätige Anarchie. Städte können jedoch auch Orte von Gemeinschaft und Demokratie sein, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft, Geschlechts, sozialer Klasse, Alters und sexueller Orientierung miteinander leben und arbeiten und ihr Lebensumfeld gestalten. Städte sind bereits heute große „Transformationsmaschinen“, und die Zukunft sozialer, nachhaltiger und demokratischer Gesellschaften entscheidet sich nicht zuletzt am Schicksal der Städte.

Städte waren stets Hochburgen sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien. Wir müssen uns, zusammen mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, im 21. Jahrhundert in die Neuorganisation der Stadt einbringen. Viele Stadtkonzepte – seien es die „*Smart Cities*“, die auf Informations- und Kommunikationstechnologien setzen, die „*Resilient Cities*“, die Anpassung in den Mittelpunkt rücken oder die Stadt als kosmopolitische „*Brand*“ – betonen häufig bestimmte Aspekte von Stadtentwicklung und vernachlässigen dabei die sozialen und demokratischen Herausforderungen. Wir sehen die Stadt als Lebensort unterschiedlichster Menschen und bauen unsere Stadtagenda auf emissionsarme Entwicklungspfade, auf Menschenrechte, soziale Inklusion und demokratische Mitbestimmung. Dazu brauchen wir unter anderem:

- **Starke öffentliche Dienste und Infrastrukturen:** Funktionierende, zugängliche und bezahlbare öffentliche Dienste und Infrastrukturen sind Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben

und ökonomische Prosperität. Sie umfassen insbesondere die Bereiche Energie, Wasser, Müllbeseitigung und -vermeidung, Verkehr, Gesundheit, Bildung, adäquater Wohnraum, öffentliche Sicherheit, Kultur und öffentlicher Raum vor allem auch in den ärmsten Vierteln. So kann in vielen Städten z. B. öffentliches Grundeigentum, das der gemeinschaftlichen Agrarversorgung vorbehalten ist, den Zugang zu Nahrung erleichtern. Öffentliche Ansätze haben sich in der Vergangenheit oft als effizienter, universaler und mit geringeren sozialen Kosten verbunden erwiesen. In vielen der genannten Bereiche wird es darum gehen, partikularen Interessen, die die Stadt als Beute- und Spekulationsobjekt begreifen und den öffentlichen Raum weiter kommerzialisieren wollen, ein Konzept städtischer Infrastruktur entgegenzusetzen, das dem Allgemeinwohl dient.

Für die Qualität der Dienstleistungen spielen die öffentlich Beschäftigten (und die Dienstleistungsgewerkschaften) eine zentrale Rolle: Sie müssen gut ausgebildet werden, um die Qualität zu gewährleisten; sie müssen gut bezahlt werden, damit sie in „ihrer“ Stadt auch leben können; und sie müssen das Recht haben, sich zu organisieren. Die Stadt muss ihre Marktmacht dafür einsetzen, in öffentlichen Vergabeverfahren die Einhaltung von Arbeits-, sozialen und ökologischen Standards zwingend vorzuschreiben. Die Schaffung von guter Arbeit in der Stadt ist ebenso ein Schlüssel zur Reduzierung von Ungleichheit wie ein Flächenmanagement, das sich am Gemeinwohl orientiert. Weil dies einen ausreichenden finanziellen Handlungsrahmen voraussetzt, müssen viele Städte ihre Kapazitäten und Fähigkeiten zur Steuererhebung verbessern und fair am Steueraufkommen (etwa transnationaler Unternehmen) beteiligt bzw. in Besteuerungsentscheidungen auf nationaler Ebene einbezogen werden.

- **Eine ökologische Wende:** Müll, Luftverschmutzung, Wasserknappheit und die Kontaminierung von Gewässern und Böden beeinträchtigen die Lebensqualität in Städten stark. Die Stadt soll ihren Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur ein gesundes Lebensumfeld bieten, sondern auch substantiell dazu beitragen, in der weiteren Entwicklung der Menschheit die planetarischen Grenzen zu achten. Deshalb sind Klimaschutz und Ökologie in der Stadtentwicklung als integriert zu begreifen. Ansatzpunkte für eine ökologische Wende, die den Druck auf die Umwelt mindert, gibt es viele: etwa Energieeffizienz- und Energieeinsparmaßnahmen, der Aufbau dezentraler Solaranlagen (z. B. in informellen Siedlungen), der Ausbau von Kreislaufwirtschaften, die Durchmischung von Wohn- und Arbeitsquartieren, emissionsfreier Verkehr in den Innenstädten, energieeffiziente Bauweisen und der Aufbau eines emissionsarmen öffentlichen Nahverkehrs. Dabei muss nachhaltige Stadtpolitik, um allgemein akzeptiert zu werden, ökologische und soziale Aspekte zusammendenken.

- **Vertrauen:** Die entscheidende Voraussetzung für ein gutes Stadtklima ist Vertrauen – in die Mitmenschen, die lokale Regierung, die öffentlichen Dienstleistungen. Notwendig sind Mechanismen und Prozesse, die die Vertrauensbeziehungen in Städten stärken und Vertrauenserosion verhindern. Hier geht es zunächst um Stadtregierungen, die sich als Mediatoren und Organisatoren der Veränderung begreifen, die nachvollziehbare Entscheidungen treffen und über die Ressourcen und Fähigkeiten verfügen, Projekte zu konzipieren und umzusetzen. Ein wichtiger Schritt zu mehr Vertrauen ist ferner die Bekämpfung der Korruption (auch der Alltagskorruption), etwa durch transparente Verträge bei der öffentlichen Vergabe oder Anti-korruptionsrichtlinien für die öffentliche Verwaltung.

Dabei gibt es gerade in urbanen Gesellschaften ein großes Potenzial sowohl an Menschen, die das Zusammenleben im Stadtteil mitgestalten wollen als auch an sozialen Bewegungen, die eigene Forderungen an die Stadtentwicklung richten und neue Ideen einbringen. Hier brauchen wir neben Möglichkeiten demokratischer Teilhabe (beispielsweise durch Verfahren der Beteiligung an Stadtplanungsprozessen, durch Bürgerhaushalte, Runde Tische oder Quartiersmanagement) auch zivile Konfliktlösungsmechanismen, die z. B. vermitteln zwischen denen, die schon da sind und denen, die in großer Zahl hinzukommen. Beteiligung kann nur funktionieren, wenn Verwaltungen und lokale Regierungen den öffentlichen Einfluss ernstnehmen und zulassen und wenn die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit von Kompromissen anerkennen. Gerade mit Blick auf Partizipation in der Stadtpolitik müssen wir darauf achten, dass Teilhabe nicht zum Privileg wird; hier brauchen wir Maßnahmen, um gerade jene zu beteiligen, die die schwächste Stimme haben und um die sich die soziale Stadt am meisten kümmern muss. Und weil Städte große Anziehung auf Migrantinnen und Migranten ausüben, müssen die „Stadtbürgerschaft“ und die damit verbundenen Rechte auf anderen Kriterien beruhen als die Staatsbürgerschaft (z. B. Wohnort oder Teilhabe an der Gemeinschaft). Bereits getan haben diesen Schritt die „*Sanctuary Cities*“ („Zufluchtsstädte“), etwa New York oder San Francisco, in denen Menschen ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus Zugang zu Arbeit, Wohnen und sozialen Dienstleistungen und Schutz genießen.

5.6 Badlands – für eine globale Agrarwende

Ob eine sozial-ökologische Transformation gelingt, wird wesentlich von einer Veränderung unserer landwirtschaftlichen Produktionsform und unserer Ernährungsweise bestimmt. Landwirtschaft ist die Erwerbs- und Existenzgrundlage von über einem Drittel der Menschheit, und sie gehört mit gut 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen zu den Hauptquellen menschengemachter Klimaveränderungen. Bleiben die agrarwirtschaftlichen Strukturen, wie sie sind, verschärfen sie die Umweltbelastung und soziale Ungleichheit weiter und verhindern die nachhaltige Bekämpfung von Hunger.

Trotz Rekordernten und Tiefstpreisen bei Getreide zeigen nicht nur die Hungerrevolten von 2008 und 2011: Das Welternährungssystem bleibt krisenanfällig und verursacht in seinem jetzigen Zustand massive soziale und ökologische Kosten, etwa durch Übernutzung und Degradation landwirtschaftlicher Flächen; enorme CO₂-Emissionen durch Viehhaltung und Rodung; Wasserverschwendung und -verschmutzung; Gesundheitsrisiken durch intensiven Dünger- und Pestizideinsatz; Rückgang der Artenvielfalt auch bei Nutzpflanzen mit dem Risiko schwindender Anpassungsfähigkeit kommender Generationen; höhere Krankheitsanfälligkeit von Pflanzen und Resistenzen durch den Einsatz synthetischer Pestizide sowie eine stärkere Exportorientierung, die zwar Arbeitsplätze und Einkommen schafft, aber auch Preisschwankungen und Handelsbestimmungen unterliegt und lokal, durch die Umwidmung von Flächen, zu Ernährungsunsicherheit führt. Und das ist nicht alles.

Trotz eines starken Rückgangs in den letzten Jahrzehnten leiden weiter knapp 800 Millionen Menschen an Hunger und zwei Milliarden an Mangelernährung. Dabei hat die Konkurrenz um Anbauflächen in den letzten Jahren wieder zugenommen: Nur 43 Prozent des angebauten Getreides dient als Lebensmittel, der Rest wird zu Tierfutter, Treibstoff und Industrierohstoffen in erster Linie für die

entwickelten Länder verarbeitet. Aber die Landwirtschaft ist nicht nur ein Hauptverursacher des Klimawandels, sie trifft auch die Folgen – in den kommenden Jahren werden durch Dürren, Überschwemmungen und die Bodenversalzung durch den Anstieg des Meeresspiegels viele fruchtbare Ackerflächen verschwinden.

Landwirtschaft unter dem Druck der Märkte

Viele dieser Probleme sind in erster Linie einer industrialisierten Landwirtschaft geschuldet, die, obwohl sie weltweit nur einen kleinen, aber wachsenden Teil der Nahrung produziert, das ganze System dennoch maßgeblich prägt. Sie muss, damit die massiven Investitionen Gewinne abwerfen, auf großflächige Monokulturen, intensive Landnutzung und die Interessen kaufkräftiger Verbraucherinnen und Verbraucher setzen. Soziale und ökologische Anforderungen oder nachhaltige ländliche Entwicklung spielen hier keine Rolle. Zudem potenzieren sich die Probleme, weil sich in der Agrarindustrie wie unter einem Brennglas verschiedene Entwicklungen verdichten, die auch sonst in der globalen Ökonomie zu beobachten sind.

In keiner anderen Branche waren die Fusions- und Konzentrationstendenzen in den vergangenen Jahren so ausgeprägt. Laut *Konzernatlas 2017* kontrollieren lediglich vier Großkonzerne 70 Prozent des Welthandels mit Agrarrohstoffen; drei Konzerne dominieren 50 Prozent des Weltmarktes für Landtechnik; und durch die Übernahme von Monsanto wird Bayer auf einen Weltmarktanteil von einem Drittel bei kommerziellem Saatgut und einem Viertel bei Pestiziden kommen. Noch stärker ballt sich die Marktmacht auf manchen Teilmärkten: So werden vier Fünftel des globalen Teehandels von nur drei Konzernen abgewickelt. Hinzu kommt, dass die Großkonzerne entlang der Lieferkette immer besser miteinander vernetzt sind.

Die Konzentration verdankt sich einer Reihe von Fusionen, oft gesteuert von Investmentgesellschaften. Sie drängen in ein profitables Geschäft und unterwerfen damit eines der für die menschliche

Entwicklung sensibler Systeme der Logik der Finanzmärkte. Der Anteil der Spekulation am Gesamthandel hat deutlich zugenommen. Hedgefonds und Banken dominieren den Handel mit Weizen. Auf Agrarwirtschaft spezialisierte Investmentgesellschaften wurden gegründet und Agrarflächenfonds aufgelegt. Dies verstärkte noch den Aufkauf großer Agrarflächen und Wasserrechte seit der Nahrungsmittelkrise 2008; beteiligt sind hauptsächlich private, aber auch staatliche Investoren und Agrarunternehmen, Hand in Hand mit den Regierungen vor Ort. In Afrika konzentrieren sich die Landnahmen vor allem auf Länder mit unsicheren Rechtsverhältnissen und einem großen Bevölkerungsanteil an Hungernden.

Die Folgen dieser Entwicklungen sind letztlich: starke Abhängigkeit von einzelnen Abnehmern und Anbietern, Privatisierung von Wissen, Verschwinden alternativer Anbaumethoden. Hinzu kommt ein großer Preisdruck entlang der Lieferkette, der wiederum für geringe Einkommen, schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen (mit-) verantwortlich ist. Die für eine konstante und sichere Lebensmittelversorgung unerlässliche, dezentrale kleinbäuerliche Landwirtschaft unterliegt oft im ungleichen Konkurrenzkampf mit globalen Unternehmen und wird verdrängt – mit schwerwiegenden Folgen für die lokale und regionale Ernährungssicherheit.

Aufbau lokaler und regionaler Ernährungssysteme

Vielerorts jedoch beginnt man umzudenken – in Richtung diversifizierter agrarökologischer Systeme, die sowohl die industrielle Landwirtschaft ersetzen als auch die bäuerliche Subsistenzwirtschaft weiterentwickeln sollen. Aus der Idee von der Agrarökologie ist eine Bewegung von heute bereits Millionen kleinbäuerlichen Betrieben geworden. Sie leben eine Alternative, die Grundlage eines Konzepts zur sozialen und ökologischen Neuausrichtung der Landwirtschaft sein kann. Ziel des agrarökologischen Konzepts ist, mit unterschiedlichsten Anbaumethoden und Artenvielfalt die Bodenfruchtbarkeit

zu verbessern, Chemikalien zu ersetzen, zu einem ausgewogeneren Nahrungsangebot sowie einer insgesamt widerstandsfähigeren Landwirtschaft zu gelangen und die bäuerlichen Einkommen zu verstetigen.

Erste Untersuchungen zeigen: Solche Ansätze sind gerade dort sehr produktiv, wo Nahrung dringend benötigt wird. Außerdem sind sie oft arbeitsintensiver und schaffen gerade in Gegenden mit ländlicher Armut mehr Arbeitsplätze. Nicht nur das unterscheidet sie von der industriellen Landwirtschaft, die zumeist versucht, ein Ziel auf Kosten anderer zu erreichen – agrarökologische Systeme können auch unterschiedliche Ziele wie Produktivität, Umweltschutz, Resilienz und Ernährungsqualität miteinander verbinden. Ebenso und vor allem mit Blick auf die rasche Urbanisierung ist der Aufbau lokaler Ernährungssysteme von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung. Dennoch favorisieren die meisten Regierungen und viele Geberländer weiterhin industrielle Ansätze. Sie und eine Reihe von Faktoren stützen das bestehende System: Subventionen für bestimmte Nutzpflanzen und Energie; ein starker Forschungsschwerpunkt auf industrialisierte Landwirtschaft; die Lobbymacht der Großkonzerne und die Erwartung billiger Nahrung und Ernährungsweisen.

Stärker als bisher müssen sich deshalb sozialdemokratische, sozialistische und progressive Parteien auch Fragen der Landwirtschaft und der Ernährung annehmen. Dazu gehören:

- **Die Stützung und Förderung agrarökologischer Systeme:** Hunger ist nur vor Ort zu lösen, durch Ernährungssouveränität und lokale Erzeugung. Regionale Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist dort, wo sie möglich ist, das Rückgrat nachhaltiger ländlicher Entwicklung. Aufbau und Erhalt lokaler Lebensmittelmärkte und regionaler Vermarktungswege sind dabei ebenso wichtig wie der Zugang zu Land und Wasser. Eine Voraussetzung dafür sind sichere Pacht- und Eigentumsverhältnisse, vor allem in den Formen des Gemeinschaftseigen-

tums samt der entsprechenden Wassernutzungsrechte. Saatgutgesetzgebungen und öffentliche Saatgutbanken können die Vielfalt der angebauten Nutzpflanzen fördern und die Anpassung an Umweltveränderungen erleichtern. Gezielte integrierte Forschung zu Problemen agrarökologischer Strategien und regionaler Ernährung, die den Erfahrungsschatz von Bäuerinnen und Bauern berücksichtigt, trägt zur Weiterentwicklung und Verbreitung des Ansatzes bei. Nationale und lokale Regierungen können durch Subventionen oder über den Zugang zu Land Anreize für agrarökologische Anbaumethoden und landwirtschaftliche Kooperativen setzen. Verwaltungen können helfen, eine stabile Existenzgrundlage für bäuerliche Betriebe zu sichern, indem sie regionale, agrarökologisch erzeugte Nahrungsmittel verlässlich abnehmen, z. B. für Gemeindegärten, Krankenhäuser und Schulspeisungen oder im Rahmen von Hungerbekämpfungsprogrammen (wie im Rahmen von zero fome in Brasilien).

- **Ein Regulationsrahmen für die Agrarindustrie:** Die Agrarwende kommt nicht von heute auf morgen. Ziel von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten muss sein, die negativen Auswirkungen des Geschäftsmodells vieler Großkonzerne sowie ihre Verhinderungsmacht zumindest einzudämmen. Erreicht werden kann dies etwa durch schärfere Fusionskontrolle, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Marktmacht, Offenlegung von Landkäufen durch Konzerne und Investoren sowie ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln. In der Landwirtschaft sind die Arbeitsbedingungen so schlecht wie in kaum einem anderen Wirtschaftszweig, sie reichen bis hin zu sklavenähnlichen Verhältnissen. Gerade hier sind der Kampf um existenzsichernde Löhne, das Recht, sich zu organisieren, sozialer Schutz sowie verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang

der Lieferkette besonders wichtig. Als Strategie denkbar ist der Abschluss internationaler Rahmenabkommen mit *Global Unions*, insgesamt jedoch ist ein neuer globaler Rahmen für Handel und Investitionen im Agrarbereich notwendig. Das Welthandelssystem sowie regionale und bilaterale Abkommen müssen sich stärker an den Interessen der armen Länder orientieren, z. B. mit Blick auf Marktöffnungsfragen, Eigentumsrechte, Ausnahmeregelungen für Subventionen, Schaffung von Ernährungssicherheit, temporäre Einfuhrbeschränkungen und die Förderung agrarökologischer Anbauverfahren.

- **Ein demokratisches Ernährungssystem:** Dass agrarökologische Methoden nicht weiter verbreitet sind, liegt unter anderem daran, so der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, dass die Bäuerinnen und Bauern in politischen Entscheidungsprozessen nicht angehört werden. Hier braucht es mehr Mitspracherechte. Eine Form wären Ernährungsräte, wie es sie z. B. in zahlreichen Ländern Lateinamerikas gibt. Sie bringen Produzenten, Konsumenten, lokale und regionale Institutionen, Wissenschaft und Händler an einen Tisch. Ernährungsräte ermöglichen, die Kontrolle über lokale und regionale Ernährungssysteme zurückzuerlangen, Strategien für Ernährungskreisläufe zu formulieren, gemeinsame Ideen für eine Neuordnung der Landwirtschaft umzusetzen und das Monitoring zu übernehmen. Schließlich muss es auch um die Konsumseite des Ernährungsproblems gehen: So muss die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden, dass auch eine veränderte Ernährungsweise (wie geringerer Fleischkonsum), geringerer Verbrauch von Agrarkraftstoffen und Maßnahmen gegen die enorme Nahrungsmittelverschwendung dazu beitragen, unser Ernährungssystem sozial und ökologisch nachhaltiger zu gestalten.



6 Ausblick

Als beim ersten Treffen der Sozialistischen Internationale 1889 in Paris der 1. Mai zum „Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung“ ausgerufen wurde, lautete das Credo: „Der Kapitalismus ist national organisiert – dagegen hilft nur die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.“ Heute, knapp 130 Jahre später, stellen wir fest: Wirklich international ist der Kapitalismus.

Doch im globalisierten Kapitalismus von heute tauchen die alten sozialen Fragen lediglich im neuen Gewand auf. Damals wie heute geht es um das Erklären von sozialen Regeln für Märkte, um brutale Ausbeutung und Gnadenlosigkeit zu unterbinden. Es geht dabei aber auch immer um das Erringen und das Verteidigen der demokratischen Substanz unserer Gesellschaften. Beide Kämpfe – die sozialen und die demokratischen – sind jedoch unter den Bedingungen der Globalisierung weitaus schwieriger zu führen. Die Errungenschaften der Globalisierung sind unbenommen. In vielen Ländern konnte der Anteil der Menschen, die in Armut leben, verringert werden. Und doch erzählen diese Erfolge nicht die ganze Geschichte, wie in diesem Bericht nachzulesen ist. Wenn der Preis für die Erfolge des globalisierten Kapitalismus die Aufgabe zivilisatorischer Regeln bedeutet, die die Natur- und Sozialräume vor den Auswüchsen ökonomischer Verwertung schützen, die riskante Technologien kontrollieren, die kollektive Solidarität und Mitbestimmung der wirtschaftlich Schwächeren ermöglichen und die demokratische Institutionen

und Entscheidungen höher setzen als ungebremst profitgetriebene Marktkräfte, wenn dieser Preis also kurzum mit Selbstaufgabe einhergeht, dann ist dieser Preis zu hoch.

Dennoch wurde die globalisierte Wirtschaft mit allen von ihr verursachten Verwerfungen in den vergangenen Jahrzehnten meist unhinterfragt hingenommen. Außenseiter waren diejenigen, die sich dem Diktum Kürzung der Staatsausgaben und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen widersetzen. „Pass Dich an!“ lautet der kategorische Imperativ der Globalisierungserzählung, die so oder ähnlich auf der ganzen Welt zu vernehmen war. Bis heute meinen nicht wenige, dass die von allen sozialen Regeln entfesselten Märkte ein Naturgesetz seien.

Der globalisierte Finanzkapitalismus unserer Tage kassiert daher gewissermaßen die Unabhängigkeitserklärungen der großen demokratischen Revolutionen. Er geht über die Erklärungen der Menschen und Bürgerrechte hinweg und ignoriert die Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Er riskiert den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften. „Pass Dich an!“ – dieser Satz ist kein Versprechen. Dieser Satz ist eine Drohung. Denn gesellschaftlich stößt er uns zurück in die Fremdbestimmung. Dieser Satz rüttelt am Wesenskern unserer zivilisatorischen Entwicklung seit der Aufklärung: an der Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben. Nicht wie wir leben wollen, sondern wie wir angeblich leben müssen, ist die Botschaft dieses Satzes. Und diese Botschaft ist in ihrer Konsequenz ebenso antiliberal, antidemokratisch und antisozial wie die der Nationalisten und der rechten Populisten.

Genau an dieser Stelle möchten wir deutlich machen, dass es uns bei der Debatte um die Bändigung des Kapitalismus eben nicht nur um ökonomische Fragen geht. Es geht vielmehr um eine neue Ordnung, die allen Menschen die Chance auf ein besseres Leben ermöglicht. Wenn der Reichtum in den Händen einiger Weniger und in großen internationalen Konzernen liegt, geht es um die Lebensbedingungen derer, die daran eben keinen oder nur einen geringen An-

teil haben. Wir sprechen hier von humanen Arbeitsbedingungen, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Achtung der Menschenrechte, vom Kampf gegen Armut, und ja, wir sprechen auch von Krieg und Frieden.

Dass sich herrschende Verhältnisse nicht ändern können, hat man den progressiven und sozialdemokratischen Kräften immer schon einreden wollen. Aber wir haben uns nie von unserem Eintreten für Gerechtigkeit abbringen lassen. Wir haben uns nie zufrieden gegeben mit festgefahrenen Strukturen und wir haben stets gekämpft für ein soziales und gerechtes Miteinander trotz aller Widrigkeiten. In unsicheren Zeiten war in der Vergangenheit auf die fortschrittlichen politischen Kräfte stets Verlass, wenn es darum ging, den Glauben an eine gute Zukunft nicht nur zu wecken, sondern ihn auch tatkräftig zu realisieren. An diese Stärke müssen wir neuerlich anknüpfen, um Lösungen für die vor uns liegenden Aufgaben zu geben.

Dabei steht außer Zweifel: Einer allein kann nichts bewirken. Niemand kann allein für sichere Arbeit und gerechte und anständige Löhne weltweit sorgen – das ist eine ganz zentrale Erfahrung der progressiven Kräfte. Niemand kann allein für Sicherheit sorgen, für Gesundheit, für gute Bildung, für Frieden. Niemand kann alleine den Banken und Hedgefonds die Grenzen aufzeigen. Die Probleme, die im Schatten der wirtschaftlichen Globalisierung entstanden sind, können eine angemessene politische Antwort daher nur auf globaler Ebene finden. Die Gestaltung einer globalen gerechten Ordnung erfordert den internationalen Schulterschluss der progressiven Kräfte. Dabei gilt ein einfacher Zweisatz: Veränderungen werden nur gemeinsam zu erreichen sein und Solidarität schafft Macht für diese Veränderungen. Schließlich ist Solidarität die starke Kraft, die unsere Gesellschaften auch weltweit zusammen hält.

Ein wirksamer Zusammenschluss der progressiven Kräfte auf internationaler Ebene ist nur zu erreichen, wenn wir auch organisatorisch neue Wege nicht scheuen. Von Willy Brandt stammt in diesem Zusammenhang der Satz: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig

ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Nehmen wir das als Aufruf an uns alle, mit kritischem Geist neue Wege zu beschreiten.

Der vorliegende Bericht soll genau dafür einen Anstoß geben und Grundlage sein. Der Text hat den Anspruch, im Sinne internationaler Solidarität und Gerechtigkeit, neue, globale Perspektiven visionär zu denken und gleichzeitig mit praktischen Handlungsempfehlungen zu unterlegen.

Die Progressive Allianz ist prädestiniert dafür, eine Plattform zu sein, um die Debatte über die Gelingensbedingungen für eine gerechtere Gesellschaft fortzuführen und zu intensivieren. Sie versammelt die zentralen sozialdemokratischen, sozialistischen und progressiven Akteure für diesen Austausch.

Gleichzeitig liegt es nun an den Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen dieses Netzwerks, mit ihrer wichtigen Expertise, ihrem umfassenden Partnernetzwerk und ihrer jeweiligen Reichweite neue Allianzen zu bilden und die in der Progressive Allianz diskutierten Inhalte langfristig weiterzutragen und in das Zentrum ihrer politischen Arbeit zu stellen.

Globalisierung ist eben kein Schicksal, das der Einzelne ohnmächtig hinzunehmen hat. Wir können das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der Menschen gestalten, wenn der Wandel von einer starken Bewegung getragen wird.



Biografien



Luiz Dulci

Direktor des Instituto Lula, diente als Generalsekretär im Präsidentialamt Brasiliens, wo er von 2003 bis 2010 den Posten des Ministers im Präsidentialamt bekleidete.

Er wurde 1956 in Santos Dumont, Minas Gerais, geboren. Dulci schloss das Studium an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro mit einem Diplom in klassischen Sprachen und Literatur ab. Er arbeitete als Lehrer an der Grund- und Oberstufe, war in der Erwachsenenbildung im Amazonasgebiet und als Hochschullehrer tätig. Er war der erste Vorsitzende von Sind-UTE, der Erzieher- und Lehrgewerkschaft in Minas Gerais, und eine der führenden Persönlichkeiten der „neuen Gewerkschaftsbewegung“ in Brasilien. Er gehörte 1980 zu den Gründungsmitgliedern der Arbeiterpartei (PT) und wurde zum ersten Generalsekretär der Partei gewählt. 1982 wurde er zum Abgeordneten auf Bundesebene gewählt. Von 1993 bis 1997 war er zunächst als Regierungssekretär und dann als Kultursekretär in der Gemeinderegierung von Belo Horizonte, Minas Gerais, tätig. Von 1996 bis 2002 war er Generalsekretär der Arbeiterpartei. Er ist Autor und Koautor mehrerer Bücher zu politischen, bildungspolitischen und kulturellen Themen.



Sigmar Gabriel

Seit 2017 Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, zuvor zwischen 2013 und 2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Zwischen 2009 und 2017 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Geboren 1959 in Goslar. Studium auf Lehramt für Politik, Soziologie und Germanistik. Von 1990 bis 2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtags und von 1999 bis 2003 Ministerpräsident von Niedersachsen. Seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags. Zwischen 2005 und 2009 bekleidete er das Amt des Bundesumweltministers.



Pascal Lamy

Zwischen 2005 und 2013 Generaldirektor der Welthandelsorganisation. Zuvor zwischen 1999 und 2004 EU-Kommissar für Außenhandel.

Geboren 1947 in der Nähe von Paris. Studium der Rechts-, Politik- und Verwaltungswissenschaften u. a. an der École nationale d'administration (ENA). 1969 Eintritt in die Parti Socialiste. Positionen in der französischen Politik u. a. 1981 als Berater des Finanz- und Wirtschaftsministers Jaques Delors und 1983 bis 1984 als stellvertretender Direktor im Kabinett des Premierministers Pierre Mauroy. Lamy ist stellvertretender Präsident der Foundation for European Progressive Studies.



Risa Hontiveros

Seit 2016 Mitglied im Senat der Philippinen für die Akbayan Citizens' Action Party, deren Vorsitzende sie seit 2012 ist.

Geboren 1966 in Manila. Studium der Sozialwissenschaften an der Ateneo de Manila Universität. Anschließend berufliche Stationen als Journalistin und Moderatorin. Von 2004 bis 2010 Mitglied im philippinischen Repräsentantenhaus. Neben ihrer politischen Laufbahn engagierte sie sich schon früh in zivilgesellschaftlichen Initiativen für Sozial- und Frauenrechte.



Benjamin Mkapa

Von 1995 bis 2005 Präsident von Tansania.

Geboren 1938 in Masasi. Studium der Anglistik und der Internationalen Politik an der Makerere Universität in Uganda und der Columbia Universität in New York. Nach ersten beruflichen Stationen als Journalist Wechsel in die Politik. Von 1977 bis 1980 und 1984 bis 1990 Außenminister seines Landes. Von 1996 bis 2005 Präsident der regierenden Partei Chama Cha Mapinduzi (CCM).



Martin Schulz

Designierter Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zwischen 2012 und 2017 amtierte er als Präsident des Europäischen Parlaments.

Geboren 1955 in der Nähe von Aachen. Ausbildung zum Buchhändler. Von 1987 bis 1998 Bürgermeister von Würselen, einer rheinländischen Kleinstadt. Von 1994 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments und dort zwischen 2000 und 2004 Vorsitzender der SPD-Gruppe, sowie zwischen 2004 und 2012 Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokraten. 2014 kandidierte er als gemeinsamer Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Von 2013 bis 2017 war er EU-Beauftragter des SPD-Parteivorstands.



Sergei Stanishev

Seit 2011 Präsident der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und zwischen 2005 und 2009 Ministerpräsident Bulgariens. Während seiner Regierungszeit wurde Bulgarien in die EU aufgenommen.

Geboren 1966 im ukrainischen Cherson. Studium und Promotion im Fach Geschichte an der Staatlichen Universität Moskau. 2001 bis 2005 sowie 2009 bis 2014 Abgeordneter des bulgarischen Parlaments. Von 2001 bis 2014 Präsident der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP). Seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments.



Jochen Steinhilber

Leitet seit 2010 das Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und ist Ansprechpartner für Grundsatzfragen internationaler Politik. Zuvor leitete er das Büro der Stiftung in São Paulo.

Geboren 1970 in der Nähe von Stuttgart. Studium der Politikwissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Marburg.



Konstantin Woinoff

Koordinator der Progressiven Allianz. Seit 1999 im SPD-Parteivorstand u. a. als Leiter des Büros der stellvertretenden Vorsitzenden Heidemarie Wieczorek-Zeul und derzeit als stellvertretender Internationaler Sekretär.

Geboren 1971 in München. Studium der Soziologie in Berlin, München und Nairobi.